# BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

**Heft 4** **Köln, 20. April 1958** **Preis DM 1.-**

Dritter Jahrgang – Postverlagsort Köln



**Unter Mitarbeit von**

*Franz Beyer – Reimar von Bonin*
*Ulrich W. Doering – Helmut Dörr*
*Josef Emonds – Hermann Etzel*
*Georg Groeninger – Walter Hagemann*
*Johannes Hessen – Hans Iwand*
*Yasushi Nishiwaki*
*Manfred Pahl-Rugenstein – Rudolf Pikola*
*Franz Rauhut – Hermann Rauschning*
*Hans Rheinfelder – Renate Riemeck*
*Franz Paul Schneider – Ernst Schwarz*
*Katharina Seibert*
*Hermann Strathmann – Leo Weismantel*
*Johannes Weidenheim*
*Karl Graf von Westphalen – Hans Wirtz*
*und anderen*


**Inhalt:**


*Prof. Dr. Walter Hagemann*
*Der Irrweg der CDU* S. 217

*Prof. Dr. Renate Riemeck*
*Wir sind der Staat* S. 224

*Dr. Hermann Etzel*
*Politik mit Jokers* S. 229

*Hermann Schwann*
*Die Mammutdebatte im Bundestag* S. 237

*Dr. K. H. Stauder*
*Psychologische Bemerkungen zur Atomdebatte* S. 243

*Richard E. Sperber*
*Amerika und die deutsche Frage* S. 247

*Prof. Dr. Wilhelm Hasenack*
*Deutschland am Scheideweg* S. 253

*Dr. Hans-Joachim Tepe*
*Der hippokratische Eid und die Atomrüstung* S. 258

*Alfred Merkens*
*In memoriam Reinhold Schneider* S. 261

*General a. D. Dr. Franz Beyer*
*Deutsche Atomrüstung und Rapacki-Plan* S. 264

*Dr. Achim von Borries*
*Deutsch-Polnische Chronik* S. 267

*Dokumente zum Zeitgeschehen*
*Wortlaut des Beschlusses des Obersten Sowjets zur Einstellung der Atom- und Wasserstoffwaffenversuche*
*Aufruf der 936 Hamburger Ärzte*
*Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai 1958* S. 281



Professor Dr. Walter Hagemann


## Der Irrweg der CDU

„Abermals nahm ihn der Teufel auf einen sehr hohen Berg, zeigte ihm alle Reiche der Welt und ihre Herrlichkeit und sprach zu ihm: ‚Das alles will ich Dir geben, wenn du niederfällst und mich anbetest.' Da sprach Jesus zu ihm: ‚Weiche Satan, denn es steht geschrieben: Den Herrn, Deinen Gott sollst Du anbeten und ihm allein dienen.'" (Matth. 4, 1—11)

So war das „in jenen Tagen". Eine kriegsstarke Kompanie von Braunhemden hielt einen ständig wachsenden Sektor des Reichstages besetzt: geschlossen marschierten sie in den Plenarsaal hinein und hinaus, geschlossen lachten und brüllten sie, wie auf Kommando klapperten sie mit den Pultdeckeln und machten stereotype Zwischenrufe, und wenn einer der ihren sprach, dann dankte ihm „nichtendenwollender Beifall". Wir alle hofften, daß sich solche Szenen nach 1945 nie wiederholen wür-

den. Nun wurden Millionen an Lautsprechern (leider nicht am Fernsehapparat!) Zeugen dafür, daß es das wieder gibt, nur ist aus der kriegsstarken Kompanie inzwischen ein Bataillon geworden, und es trägt nicht mehr den Namen NSDAP, sondern CDU/CSU.

Alle Vergleiche hinken. Die 270 Abgeordneten der CDU haben nicht als Saalschlachtkapitäne und Hetzredner ihre Karriere gemacht. Sie sind durchweg brave, fleißige, teilweise fachlich hochqualifizierte Bundesbürger, die jeden Vergleich mit den Hitlerrabauken empört zurückweisen werden. Wenn sie auch zumeist einem strengen „Ausleseprozeß" ihre Kandidaturen verdanken, so fehlt es doch nicht an Persönlichkeiten mit konstruktiven Ideen und öffentlichem Mut. Man lese nach, welche Vorschläge Gerstenmaier, Lemmer, Strauß zur internationalen Lage gemacht haben, während ihr Herr und Meister im Urlaub war. Aber was hörten wir aus ihrem Munde in der viertägigen Debatte des Bundestages? Die alte Platte, die nun seit Jahren bis zum Überdruß gespielt wird: Nato — Nato — Nato — — —. Adenauer hatte sie alle wieder auf Vordermann gebracht. Vergebens fragten die Sprecher der Opposition, ob denn ihre früheren Erklärungen keine Geltung mehr hätten. Das gleiche ist in den letzten Jahren allen Fraktionsmitgliedern widerfahren, die einmal laut zu denken wagten, ohne, wie Heinemann, die Konsequenzen zu ziehen.

Um der Lösung dieses Rätsels auf die Spur zu kommen, sollten wir einmal fragen, aus welchen Wurzeln eigentlich diese Partei entstanden ist, und was aus ihr wurde. Daß sich Parteien unter dem Einfluß von Zeit und Persönlichkeiten wandeln, ist nicht ungewöhnlich, und daß Parteiprogramme vor allem der Tarnung dienen können, dafür ist die NSDAP ein klassisches Beispiel. Immerhin war das ein totalitärer Sonderfall. Im übrigen zeigten in Deutschland die weltanschaulich gebundenen Parteien beachtliche Beharrungskräfte, wie die Geschichte des Zentrums, der SPD, in geringerem Maße der liberalen Parteien zeigt. Das „Gesetz, nach dem sie angetreten", blieb für sie bis zu ihrem Ende gültig, ja, es lebte im Falle der Wiederbegründung erneut auf.

Die CDU war eine völlige Neugründung. Ihre Wurzeln liegen in den Erlebnissen der Verfolgungszeit und in dem Willen katholischer und evangelischer Christen zu einer grundsätzlichen Neuordnung des deutschen Daseins. Die christlichen Kirchen hatten als einzige den totalen Zusammenbruch aller Werte überstanden; die christliche Substanz sollte Grundlage der neuen Partei und des neuen Staatswesens werden. Der verhängnisvolle Anteil des Großunternehmertums an der zweimaligen deutschen Katastrophe und die in den Konzentrationslagern entstandene Leidensgemeinschaft zwischen Arbeitern und Bürgern führten zu dem Entschluß, das kapitalistische Wirtschaftssystem durch eine „Gemeinwirtschaftliche Ordnung" zu ersetzen (Ahlener Programm 3. 2. 1947). Das nazistische und militärische Erbe der Vergangenheit sollte radikal überwunden und ein völlig neuer Weg beschritten werden, um die anderen Völker von dem deutschen Willen zur Wiedergutmachung und zu einer friedlichen Politik zu überzeugen.

Erst nach heißen Debatten im Kreise ehemals führender Zentrumspersönlichkeiten entschied sich deren Mehrheit dafür, die alte Zentrumspartei nicht wieder zu begründen, sondern gemeinsam mit evangelischen Christen eine neue christliche Partei auf breiter Basis zu schaffen. Man wird diese Entscheidung vielleicht einmal als einen der folgenschwersten Schritte der Nachkriegszeit erkennen. Warnend wiesen schon damals alte Zentrumsmänner wie Dr. Hamacher darauf hin, daß mit der Preisgabe des Zentrums die „Mitte" im politischen Leben Deutschlands beseitigt und die neue Partei der Gefahr erliegen werde, eine Partei der Reaktionäre und Rechtskräfte zu schaffen. Daß die Entwicklung tat-

sächlich in dieser Richtung verlaufen ist, daß die geistigen Väter dieser Partei mehr und mehr beiseite geschoben wurden, und daß die CDU nicht mehr eine Partei der Mitte, sondern eine entschiedene Rechtspartei ist, das ist für jeden alten Zentrumsmann eines der bestürzendsten Phänomene der innerdeutschen Entwicklung.

Schon bald wurde Konrad Adenauer der unbestrittene Führer der neuen Partei. Der langjährige Kölner Oberbürgermeister war in der Weimarer Zeit innerhalb der Zentrumspartei eigentlich immer ein Außenseiter gewesen, der wiederholt eine von den politischen Vorstellungen und Methoden des Zentrums durchaus abweichende Haltung eingenommen hatte. In der Wilhelminischen Ära aufgewachsen, als Oberbürgermeister früh in selbständige Entscheidungen hineingewachsen, vertrat Adenauer schon nach 1918 die Ideen einer westlich-abendländischen Integration, und er setzte auch nach dem zweiten Zusammenbruch wieder eindeutig auf die westliche Karte. Die weltpolitische Entwicklung kam ihm entgegen. In seinen Machtkämpfen mit der Sowjetunion entschloß sich Washington, aus Westdeutschland ein militärisches und politisches Glacis gegen Moskau zu machen, und Adenauer wurde zum Treuhänder dieser Washingtoner Strategie. Gestützt auf die politische und wirtschaftliche Hilfe der USA und auf eine unter dem Eindruck unleugbarer Erfolge ständig wachsende Partei, konnte sich der Kanzler der jungen Bundesrepublik gegenüber der Opposition, vor allem aber in der eigenen Partei, eine unangreifbare Position schaffen, in der er bis zum heutigen Tage die großen politischen Entscheidungen im Sinne der USA-Politik oder nach Rückfrage in Washington in einsamen Entschlüssen trifft und durchsetzt. Aus einer Partei mit eigenen ideellen und sozialen Zielen wurde bald die bedingungslose Gefolgschaft eines Parteiführers, dem sie als demokratische Legitimation für seine Entscheidungen diente. Schwierigkeiten aus den Reihen der Koalition und den eigenen Reihen konnte der glänzende Taktiker Adenauer immer wieder erfolgreich aus dem Wege räumen. Gestützt auf ein auf seine Person zugeschnittenes Grundgesetz wurde aus der Bundesrepublik eine Kanzlerdemokratie, in der ein einzelner Mann mit legaler Ermächtigung alle wesentlichen Fragen allein entscheidet.

Was wurde aus den Menschen und den Ideen, die an der Wiege der CDU gestanden haben?

Christentum

Die Kirchen hatten sich in den Tagen der Not bereitwillig hinter die CDU und die von ihr proklamierten sittlichen und sozialen Zielsetzungen gestellt. Die katholische und in wesentlichen Punkten auch die evangelische Kirche hielten an diesem Standpunkt auch fest, als aus der Partei ein demokratisches Vollzugsorgan für die Entscheidungen der Staatsräson wurde. Die Vorzugsstellung, welche die Konfessionen auf kirchlichem, kulturellem und erzieherischem Gebiet erhielten, führte zu einer engen Zusammenarbeit, die bis heute mindestens von katholischer Seite als unauflösliche Gemeinschaft betrachtet wird. Es war nicht zuletzt die abendländische Konzeption der Kanzlerpolitik, die in weitesten katholischen Kreisen, selbst über die deutschen Grenzen hinaus lebhafte Zustimmung fand und vergessen ließ, um welch hohen Preis diese einseitige Westorientierung und die Abhängigkeit von der Washingtoner Politik erkauft wurde. So konnte es geschehen, daß führende Persönlichkeiten beider Kirchen in wichtigen Augenblicken, vor allem am Vorabend der Wahlen, die Wege der Kanzlerpolitik mit den Interessen des christlichen Volksteiles identifizierten und dadurch zu wichtigen Wahlhelfern der CDU wurden. Wer offene Kritik an der Bonner Außenpolitik zu äußern wagte, setzte sich dem Verdacht aus, ein Gegner nicht nur

Adenauers, sondern ein Feind des Christentums und einer wahrhaft christlichen Politik zu sein.

Es ist wohl die Frage erlaubt, ob die in den vergangenen Jahren in Bonn mit Billigung der CDU geübte Politik und deren Methoden als christlich bezeichnet werden können. Wenn man Vergleiche mit den Regierungen anderer Länder zieht, die sich nicht auf christliche Moral-Grundsätze berufen, so schneidet die Bundesrepublik nicht besonders gut ab. Es ist eine schlechte Ausrede, zu sagen, daß sich die praktische Tagespolitik in einer „wertfreien Zone" abspiele, und es daher dem Gewissen des Einzelnen überlassen bleiben müsse, die richtige Entscheidung zu treffen. Wie nun, wenn es sich um Persönlichkeiten handelt, die für ihre Entscheidungen nicht Gewissens-, sondern nur Zwangmäßigkeitserwägungen anerkennen? Wie erst, wenn es sich um Entscheidungen handelt, die mit christlichen Grundsätzen schwerlich in Einklang zu bringen sind. Es gibt dafür zahlreiche Beispiele aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens, die von einer wahrhaft christlichen Kritik nicht als bloße Schönheitsfehler, menschliche Schwächen oder technisches Versagen entschuldigt werden dürften. Hohe Ansprüche bedeuten hohe Verpflichtungen, sonst führen sie zu jenem Ärgernis, über das in der Bibel ein sehr hartes Wort steht. Leider hat sich in gewissen Kreisen der CDU ein Pharisäertum breitgemacht, daß sich über „Materialismus", „Atheismus" und „Bolschewismus" hoch erhaben fühlt, aber in seinem eigenen politischen Handeln Vorbildlichkeit vermissen läßt.

Nur ein Beispiel aus jüngster Vergangenheit: in der Bundestagsdebatte vom 23. 1. hat Dr. Heinemann unter Berufung auf christliche Grundsätze und evangelische Erklärungen gegen die Atombewaffnung Stellung genommen. Statt ihn zu widerlegen, werfen ihm Christdemokraten vor, daß er das Christentum in die Arena des Parlaments herabgezogen hätte. Warum? Er gehört nicht mehr der „rechtgläubigen" CDU an und vertritt nicht den amtlich legitimierten Standpunkt. In der letzten Bundestagsdebatte unterstützte die katholische SPD-Abgeordnete Helene W e s s e l ihren Appell gegen den drohenden Atomtod mit Zitaten aus Kundgebungen des Papstes. Die Worte der höchsten Autorität der katholischen Kirche wurden übertönt von lärmenden Zwischenrufen aus den Reihen der — CDU! Der Nichtchrist muß aus einem solchen Verhalten den Eindruck gewinnen, daß die christlichen Grundsätze nur als Wahlschlager gebraucht, nicht aber als Richtschnur politischen Handelns anerkannt werden. Das entspräche durchaus den Grundsätzen jener machiavellistischen Staatsräson, wie sie weithin in der Welt geübt wurde und wird, von deren Herrschaft sich aber eine Partei frei wissen sollte, die sich in ihrem Namen und in ihrer Propaganda als christlich bezeichnet. Dem Verfasser ist kein Fall bekannt, wo in den Jahren der Weimarer Republik im alten Reichstag mit so verkehrten Fronten gekämpft wurde wie im Bonner Bundestag.

### M i l i t a r i s m u s u n d N a z i s m u s

Die Zentrumsparten ist stets wehrwillig gewesen; sie war es selbst in einer Zeit schwerer Bedrängnis. Aber sie hat sich von jeher gegen die Politik der Macht und der hemmungslosen Aufrüstung gewandt. So ist W i n d h o r s t gegen B i s m a r c k aufgetreten; so setzte E r z b e r g e r die Friedensresolution von 1917 durch. In der Weimarer Republik haben sich Zentrumskanzler stets für die Sicherheit des Reiches, aber gegen den Versuch heimlicher Wiederaufrüstung gewandt. Der heutige Fraktionsvorsitzende der CDU, Dr. K r o n e, sprach sich 1929 mit zahlreichen Parteifreunden entschieden gegen den Bau eines Panzerkreuzers aus. Ich kenne keinen Zentrumsmann, der nicht überzeugt war, daß Hitlers Aufrüstung zwangsläufig in den Krieg führen müsse. Für diese Männer

gab es nach dem Zusammenbruch nur eine Parole: Nie wieder Krieg! Nie wieder Kriegsvorbereitungen! Von dieser Haltung gegen den Krieg, gegen die Kriegsrüstung, für internationales Vertrauen waren auch die Gründer der CDU getragen. Freilich galt es, auf der Hut zu sein, denn das „Soldatische" steckte den Deutschen im Blut.

Adenauer überspielte sie alle, unterstützt von den Generalen des Pentagon, welche die Bundesrepublik möglichst schnell gegen die Sowjetunion aufrüsten wollten. Gegen Wirtschaftshilfe und außenpolitische Versprechungen bot Adenauer den Amerikanern ohne vorherige Befragung des Parlaments eine deutsche Wiederbewaffnung an, dann bedingungslose Gefolgschaft in der Nato — nachdem die EVG gescheitert war — und schließlich sogar die atomare Bewaffnung! Jedesmal stellte der Kanzler den Bundestag und die eigene Partei vor vollendete oder angeblich unabwendbare Tatsachen, indem er sich auf angebliche amerikanische Forderungen bezog oder sie rechtzeitig bestellte. So wurde das Unerwartete Ereignis: die christliche, in ihren Anfängen pazifistische Partei unterwarf sich und ging einen Weg, der zu dem Gesetz, nach dem sie angetreten, in krassem Widerspruch steht.

Kein Wunder, daß dieser Prozeß der Remilitarisierung Elemente in die Partei und sogar in die Führungsgremien brachte, für welche die CDU nur ein Instrument ihrer revisionistischen oder reaktionären Bestrebungen war. Begriffe, welche die Amerikaner von Hitler übernommen hatten, machte man sich nun auch in Bonn zu eigen, die „Politik der Stärke", die „Strategie der massiven Vergeltung", das Wort von den sowjetischen „Todfeinden" (Adenauer), von den östlichen „Banditen" (Jäger), von dem „Bösen, das man auch mit Kernwaffen ausrotten dürfe" (Manteuffel-Szöge). Wieder ist es die „Wunderwaffe", welche den Mangel an einer konstruktiven Politik ersetzen soll, wie es die „Dicke Bertha" im ersten und die „V-Waffe" im zweiten Weltkrieg waren, und der Matador einer nuklearen Aufrüstung, Herr Strauß, kündigte mit Fanfarenton an, daß das Echo auf den ersten Gewehrschuß eines Aggressors eine nukleare und thermonukleare Explosion sein werde.

Für diese Politik der Stärke gibt es keine Gespräche über halbe Lösungen, kein geduldiges, schrittweises Verhandeln, sondern nur entschiedene Forderungen, die man dem Partner, der immerhin eine Weltmacht ist, vor die Füße wirft: „Grundlegende Neuordnung im Osten", „Freie gesamtdeutsche Wahlen und Handlungsfreiheit einer deutschen Gesamtregierung", „Atomare Aufrüstung, denn Deutschland kann nicht länger Objekt der Politik bleiben". Kein Wunder, daß aus solcher Mentalität die wohlmeinenden Pläne eines Kennan und Gaitskell als Einmischung in deutsche Angelegenheiten zurückgewiesen, daß die Pläne Rapackis als belanglos abgetan und die wiederholten Vorschläge Chrustschows zur militärischen Räumung Mitteleuropas als bolschewistisches Täuschungsmanöver zurückgewiesen wurden. Der alte deutsche Größenwahn im Stil Wilhelm II. und Hitlers hat in einer Partei Boden gefaßt, die in ihren Anfängen die Kategorie der Macht leidenschaftlich verurteilte und sich das Wort „si vis pacem, para pacem" zum Leitbild gewählt hatte. Wo blieben die Hoffnungen jener christlichen Deutschen, die unter Hitler Leid und Tod erlitten haben, was wurde aus den bewegenden Friedensworten eines Reinhold Schneider, welche die katholische Jugend nach dem Zusammenbruch gläubig im Munde führte?

Kein Wunder, daß die Partei allmählich zum Sammelbecken zahlreicher Aktivisten des Dritten Reiches wurde, die aus seinem Zusammenbruch nichts gelernt und keine von seinen Parolen vergessen haben. Sie spielen als Fachleute und Hintermänner wieder eine beachtliche Rolle in den verschiedensten Zweigen

der Regierung und Verwaltung, und sie warten auf den Augenblick, wo sie wieder selbst zum Zuge kommen. Dem alten Zentrum hat keiner von ihnen angehört, in der jungen CDU stießen sie auf entschiedene Ablehnung, soweit sie nicht bloße Mitläufer gewesen oder einen echten Gesinnungswandel vollzogen hatten. Heute findet man sie wieder in Schlüsselstellungen, heute begegnen uns bei Prozessen in Arnsberg und Dortmund, im Schörner-Prozeß Juristen als Richter und Zeugen in hohen Stellungen, die einmal in Volksgerichtshöfen die Weisungen einer NS-Blutjustiz vollzogen haben. Gegen diese Entwicklung haben nicht nur die Besatzungsmächte, sondern ebenso entschieden alle echten Demokraten von 1945 entschieden Front gemacht. Aber die Amerikaner drückten bald beide Augen zu, denn sie brauchten deutsche Aktivisten und Vortrupps für ihr europäisches Glacis.

Das ist aus der Parole gegen Militarismus und Nazismus im Laufe eines Jahrzehnts geworden!

Demokratie

Millionen von Deutschen haben die westlichen Siegermächte nicht als Sieger, sondern als Befreier von einem unerträglichen Joch begrüßt. Mit Begeisterung gingen deutsche Demokraten ans Werk, um wenigstens innenpolitisch wieder eine freie Legislative und Exekutive von unten nach oben aufzubauen. Nicht eine Vielzahl kleiner Parteien sollte wieder entstehen, sondern wenige große Parteien sollten die Grundlage einer stabilen Regierung sichern. Die Väter dieses Gedankens ahnten nicht, daß in einer so ungefestigten, traditionslosen Demokratie das System der Großparteien zur Einparteienherrschaft führen könne. Sie sahen nicht voraus, daß gerade in einer so jungen, ideologisch noch ungefestigten Partei wie der CDU dieses Übergewicht zu einem politischen Managertum führen würde, das sich über den Rahmen der Partei hinaus in alle Zweige des öffentlichen Lebens ausbreitete.

Maßgebend hat zu dieser Entwicklung der Führer-Mythos beigetragen, der dem deutschen Volk seit den Tagen des Untertanenstaates noch im Blute steckt. Wenn seit Jahren Konrad Adenauer von Christen beider Konfessionen als „Geschenk Gottes" an das deutsche Volk gepriesen wird, so sollten wir uns erinnern, daß auch einmal Wilhelm II. und Hindenburg, ja selbst Adolf Hitler von christlichen deutschen Menschen als Geschenk der Vorsehung kritiklos verehrt wurden. Es heißt die Leistungen und das Format Adenauers nicht verkleinern, wenn wir feststellen, daß diese unkritische Nachfolgebereitschaft eine tödliche Hypothek auf der demokratischen Erneuerung unseres öffentlichen Lebens werden kann. An die Parole „Der Führer hat immer recht" haben schon einmal Millionen von Deutschen geglaubt. Am Ende einer solchen Entwicklung kann nichts anderes stehen als die faktische, wenn auch nicht formale Liquidierung der Demokratie und damit jener Freiheiten, auf die wir uns gegenüber dem Osten so viel zu Gute halten.

Demokratie bedeutet politische Willensbildung einer reifen Wählerschaft. Tatsächlich ist in den ersten Nachkriegsjahren ein echter demokratischer Elan von unten nach oben getragen worden. Leider sind diese hoffnungsvollen Ansätze weithin in der Gewohnheit, der Routine und dem Managertum erstarrt, und die meisten Persönlichkeiten, die damals diese Entwicklung trugen, sind von der Bildfläche verschwunden. Der Wähler muß es erleben, daß er nicht über Persönlichkeiten seines Vertrauens, sondern über zwei oder drei Großparteien eine Alternativentscheidung fällen muß; daß sich die Mandatsträger im Parlament immer wieder über den offensichtlichen Volkswillen hinwegsetzen, weil die Entscheidung von oben gefallen ist. So hat die CDU der vom Kanzler gefor-

derten atomaren Bewaffnung zugestimmt, obgleich ihr bekannt war, daß sich über 80 % der Wähler, darunter über 70 % der CDU-Wähler gegen die Atomrüstung ausgesprochen haben! Es wird sich in den nächsten Wochen erweisen müssen, ob die Aktion gegen den Atomtod die Wählermassen so stark zu mobilisieren vermag, daß Regierung und Parlamentsmehrheit ihre Entscheidung revidieren müssen. Kein einziger Abgeordneter der CDU, der dieser Wählerschaft sein Mandat verdankt, hat sich bisher für diese Kampagne zur Verfügung gestellt.

Nach der Auffassung der CDU-Führung hat das Volk der Regierung mit über 50 % einen Blankoscheck für weitere 4 Jahre ausgestellt. Dieser Wahlkampf ist mit ungewöhnlichen Geldmitteln, mit hämmernder Propaganda und unter der Leitidee geführt worden: „Möchtest Du weiter am Wirtschaftswunder teilhaben?" Die Frage der atomaren Bewaffnung wurde als völlig unaktuell in den Hintergrund geschoben, obgleich die Regierung bereits damals Vorentscheidungen über diese Lebensfrage getroffen zu haben scheint. Schweigen wir von dem Verlauf und den Methoden jener Wahlkampagne, von der Unterstützung durch hohe kirchliche Stellen, von der Kaptivierung des Mannes auf der Straße durch die angebliche Alternative „CDU oder Bolschewismus". Es ist ernstlich die Frage gestellt worden, ob das demokratische Gesicht solcher Wahlentscheidungen sich wesentlich unterscheide von den Methoden, wie sie in der DDR und anderen östlichen Staaten bei Wahlen geübt werden.

### Union

Wenn sich CDU und CSU als Union bezeichnen, so liegt darin nach der Absicht ihrer Gründer nicht nur der Wille zur Überbrückung der Klassen und Konfessionen, sondern ebenso sehr der Wille zur nationalen Einheit unseres Volkes. Zentrum und Bayerische Volkspartei haben auch in schwersten Tagen den Gedanken der nationale Einheit über alles gestellt und dadurch zu ihrer Erhaltung entscheidend beigetragen. Die CDU wurde in allen vier Zonen nach gleichen Grundsätzen aufgebaut, auch in der sowjetisch-besetzten Zone und in Berlin waren es alte Zentrumsleute, die gemeinsam mit evangelischen Christen zur regionalen Gründung der Partei schritten. Heute stehen sich Ost- und West-CDU als feindliche Brüder gegenüber.

Schuld ist daran vor allem der „kalte Krieg", den sich Amerikaner und Russen jahrelang auf deutschem Boden lieferten und der die deutschen Menschen beiderseits des Eisernen Vorhangs politisch auseinanderriß. Aber es war noch mehr. Die erzwungene Trennung wurde nicht durch persönliche Kontakte gemildert, sondern ideologisch und politisch ständig vertieft. Schon im Oktober 1945 hatte Adenauer als Oberbürgermeister von Köln einen trizonalen Bundesstaat in enger Verschmelzung mit Frankreich und Belgien vorgeschlagen, und seit jener Zeit hat er im Einverständnis mit dem Weißen Haus seine Politik der westlichen Integration Klein-Deutschlands beharrlich weiterbetrieben. Er fand Unterstützung bei breiten katholischen Kreisen, denen ein integriertes Klein-Europa unter katholischer Führung viel erstrebenswerter erschien als ein wiedervereinigtes Deutschland. Unwiderlegt, ja unwidersprochen hat Dr. Dehler im Bundestag festgestellt, daß Herrn Adenauer 1952 eine gemeinsame Staatsbürgerschaft zwischen Frankreich und der Bundesrepublik wichtiger erschien, als die von Moskau vorgeschlagenen Wege zur Wiedervereinigung. Alle Welt weiß, daß Adenauer nicht die Rückkehr der Saardeutschen zum Mutterland wollte, sondern die Einbringung des „Saarvolkes" in ein imaginäres „Europa". Welche zweitrangige Bedeutung jahrelang der Wiedervereinigung beigemessen wurde, zeigt ein Blick in die der CDU nahestehende deutsche Presse, die sich fast nie mit der Wieder-

vereinigungsfrage beschäftigt hat. Am deutlichsten aber wird dieses mangelnde Interesse in den praktischen Bonner Entscheidungen: Die Gewißheit einer weiteren Entfremdung hat den Bundeskanzler nicht daran gehindert, der Gründung der Bundesrepublik die Aufrüstung Teildeutschlands, den Eintritt in die Nato und schließlich die Bejahung der atomaren Bewaffnung folgen zu lassen, welche die nationale Spaltung unwiderruflich machen muß. Gewiß wird oft und gern von den leitenden Persönlichkeiten der Wille zur Einheit betont, aber die Taten stehen in krassem Gegensatz zu diesen Proklamationen.

Das alles weiß man auch in der „Unions-Partei", und gelegentlich sind Vorschläge und Vorstöße aus ihren Reihen unternommen worden. Aber wo es darauf ankam, sich gegenüber der Führung durchzusetzen, wie bei der letzten Bundestagsdebatte, da wagte niemand ein offenes Wort zu sprechen.

Male ich zu schwarz? Nein, ich sage nur einen Teil der Wahrheit. Die 1945 gegründete CDU ist auf einen Irrweg geführt worden. Sie verleugnet ihre Grundsätze oder bedient sich ihrer nur für den Hausgebrauch. In der Ebene der Staatsräson sind ihre höchsten Leitbilder die Treue zu den USA und der Nato und die Treue zum Führer, der stur seinen eigenen Weg geht.

Wie soll es weitergehen? Entweder die Partei kehrt wieder zu ihren Anfängen zurück, oder sie wird zerfallen aus Mangel an innerer Substanz und die großen Wählermassen und die „Mitläufer" verlieren, wenn der Führer abtritt bzw. die Wirtschaftswunderträume und die Machtträume zerrinnen.

Es ist unpopulär und nicht ungefährlich, solche Gedanken zu äußern, denn — wir leben in einer Demokratie! In den letzten Wochen sind mir eine Fülle von Zuschriften aus den Kreisen des alten Zentrums und der CDU zugegangen, die ein erschütterndes Spiegelbild der Hoffnungslosigkeit sind. Bemerkenswerterweise rühmen die meisten Schreiber den „Mut" des Adressaten und bitten ihrerseits um vertrauliche Behandlung ihrer Briefe. Soweit ist es gekommen! Der Verfasser dieser Zeilen fürchtet weniger die Mächtigen in Bonn als den Atomtod für sein Volk. Am größten aber ist seine Angst davor, durch Schweigen mitschuldig zu werden an dem, was uns möglicherweise bevorsteht.

Vor 1933 war es leichter, die warnende Stimme zu erheben. Heute ist es leider unmöglich, in einer CDU-treuen, katholischen Presse das Wort zu ergreifen, um Worte ernster Kritik zu sprechen. Wir leben noch im Schatten des Dritten Reiches, mit dem unser Volk seelisch noch nicht fertig geworden ist. Auch nicht die CDU.

---

Prof. Dr. Renate Riemeck

# Wir sind der Staat

Obrigkeitsstaat oder Demokratie?

Die parlamentarische Demokratie ist im Staatsgefühl des deutschen Volkes nicht eben tief verankert. Das ist geschichtlich bedingt: Sie hat keine Tradition. Sie ist schon einmal verraten und geschändet worden. Durch den Mißbrauch einer ausgezeichneten Verfassung ist sie schmählich zugrunde gerichtet worden.

Die Demokratie ist die beste, aber auch die verwundbarste aller Staatsformen. Wer sie bejaht, wer deshalb bemüht ist ihre staatsbürgerliche Gesinnung zu pflegen und zu fördern, der kann nur mit Beklommenheit und Besorgnis beobachten, welchen unermeßlichen Schaden die 35stündige Bundestagsdebatte über die atomare Aufrüstung dem demokratischen Gedanken zugefügt hat. Millionen

von Menschen in der Bundesrepublik stehen in Gefahr, aus Empörung über die parlamentarische Praxis in Bonn an der Funktionsfähigkeit des Grundgesetzes zu zweifeln.

Sie fragen, ob die Mehrheitsbeschlüsse des Parlaments nicht nur den militärischen Vorstellungen einer kleinen Gruppe, vielleicht nur dem politischen Starrsinn eines einzigen Mannes entsprechen. Sie begreifen es nicht, daß eine parlamentarische Mehrheit in offenkundigem Widerspruch zum Volkswillen — das Volk in eine Militärpolitik verstricken will, die mit einem tödlichen Risiko verbunden ist. Man weiß, daß die 51 % der Wählerstimmen, auf die sich die Regierungsmehrheit beruft, wenn sie ihre Macht ausspielt, kein Mandat für die atomare Bewaffnung waren. Millionen von Deutschen haben noch die Parolen des Wahlkampfes in den Ohren. Sie klangen ganz anders.

Die Bundesregierung und die Partei der alles niederwalzenden Mehrheit behaupten mit verwegener Stirn, vom Volk am 15. September 1957 den Auftrag erhalten zu haben, die Nato-Politik im Sinne der atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik fortzuführen. Mit aller Deutlichkeit muß festgestellt werden: das ist einfach nicht wahr! Die Propagandaredner der CDU/CSU, an ihrer Spitze Dr. A d e n a u e r, haben damals immer wieder behauptet, die Frage der atomaren Aufrüstung stehe überhaupt nicht zur Debatte und erst recht nicht zur Entscheidung. Sie komme in zwei bis drei Jahren auf uns zu. Diese Frage könne überhaupt nicht die Wählerentscheidung beeinflussen. Es sei ein nicht genügend anzuprangender Propagandatrick der Oppositionsparteien, überhaupt das Stichwort vom Atom in den Wahlkampf hineinzubringen. So hörte man noch am 14. September. Aber schon einige Wochen nach der Wahl, im Herbst 1957, fielen die Kabinettsentscheidungen über die atomare Aufrüstung der Bundeswehr und die Errichtung von Raketenbasen auf deutschem Gebiet. Die Dezemberkonferenz der Nato in Paris hat dann praktisch endgültig politische Entscheidungen in diesem Sinne gefällt. Wenn hier nicht Irreführung des Wählers durch die Taktik des Verschweigens und dann kurze Zeit später Mißbrauch des auf diese Weise gewonnenen Mandats vorliegt, haben klare Worte und politische Parolen jeden Sinn verloren. Auf jeden Fall aber zeigt das heutige atomwaffenlüsterne Verhalten der Bundesregierung und ihrer Koalitionsparteien, was von dem Wahlkampf und von der Entscheidung des 15. September 1957 zu halten ist. Die Bundestagsdebatte hat den Glauben vieler Deutscher an die politische Rechtschaffenheit der Mehrheitspartei und an die Zuverlässigkeit verfassungsmäßiger demokratischer Verfahrensweisen geradezu verhängnisvoll erschüttert.

Nach der Katastrophe des 2. Weltkrieges hat kein gutwilliger Deutscher daran gezweifelt, daß die Verwirklichung demokratischer Grundsätze für die Genesung unseres Volkes und den Wiederaufbau unseres Staatswesens von lebensentscheidender Bedeutung ist. In dieser Überzeugung haben die Väter des Bonner Grundgesetzes die verfassungsmäßigen Grundlagen für das staatliche Provisorium der Bundesrepublik geschaffen. Sie wußten aber, daß der Staat nicht in einer geschriebenen Verfassung existent ist, sondern in den einzelnen Staatsbürgern, die ihn tragen; denn in einer Demokratie ist der Wille zur staatlichen Ordnung bei den Regierten weit wichtiger als der Ordnungs- und Machtwille der Regierenden.

Ein juristisch nicht zu fassendes, aber in dem staatsbürgerlichen Bewußtsein des einzelnen tief verwurzeltes Verantwortungsgefühl, ist die wahre und allein tragfähige Grundlage jeder echten Demokratie. Demokratisierung des Volkes, nicht Parlamentarisierung der Macht wäre deshalb die Aufgabe einer deutschen Regierung gewesen, die nach den furchtbaren und schmerzensreichen Erfahrun-

gen der Vergangenheit ein neues Staatsgefühl in unserem Volke zu begründen hatte.

Stattdessen bemäntelt eine beklagenswert willige Koalitionsmehrheit, die ihren politisch eigenständigen Willen längst aufgegeben hat, die politischen Entschlüsse ihres Partei- und Regierungschefs mit ständiger Zustimmung und mit Entschließungen, die von der Regierung bestellt sind und ihr alles offen lassen. Sie kann tun, was sie will. Im Besitz der absoluten Mehrheit wird der Wählerwille von der Regierungspartei nicht achtungsvoll interpretiert, vielmehr willkürlich manipuliert. Dem Volke werden nachträglich Willensäußerungen zugeschrieben, an die es bei der Wahl nicht im Traum gedacht hat. Es sollte gar nicht an sie denken! — Sie wurden ihm aus den Augen gerückt, als nicht zur Entscheidung stehend wegdiskutiert und abgetan.

Die demokratisch gewählte Regierung hat in immer stärkerem Maße ein System entwickelt, das auf die Einengung der politischen Verantwortung hinausläuft und dem Volke als dem eigentlichen Träger der Staatsgewalt nur noch alle vier Jahre einmal ein Mitspracherecht einräumen möchte. Ist der von oben nach unten gerichtete Obrigkeitsstaat mit seinen autoritären und zentralistischen Methoden wieder für die Regierungspraxis maßgeblich geworden? Daß die Machtausübung in der Demokratie auf der wechselseitigen Verständigung zwischen Regierung und Regierten beruht und diese Verständigung sich nicht auf die Stimmabgabe bei der Wahl beschränkt, gehört zu den ungeschriebenen, aber um so strengeren Gesetzen einer demokratischen Staatsordnung. Die derzeitigen Regierungsparteien scheinen dem versucherischen Gebrauch der Macht erlegen zu sein. Mit der Abkehr von der horizontal gerichteten Ordnung der Demokratie, die auf der kooperativen Wechselwirkung von Volkswillen und ausführender Regierungsgewalt beruht, wird heute in alarmierender Weise die verborgene Ethik des staatlichen Zusammenlebens verletzt.

### Die „Dämonie der Macht"

Das ist eine Entwicklung, die aufmerksame Beobachter des innenpolitischen Klimas der Bundesrepublik schon lange mit Sorge erfüllt. Die Debatte und der Mehrheitsbeschluß über die Ausstattung der Bundeswehr mit Massenvernichtungsmitteln hat nur die staatspolitisch gefährlichen Tendenzen und die Wendung zur mechanischen Zwangsgewalt des Obrigkeitsstaates hin eindeutiger enthüllt als zuvor. Wenn als Ergebnis der Bonner Vorgänge die Rufe nach dem politischen Streik und nach außerparlamentarischen Aktionen immer lauter werden, so ist das die Schuld aller jener, die sich zum Fürsprecher einer dem demokratischen Grundgedanken widersprechenden, unumschränkten Regierungsgewalt machen. Die Anwälte jener hochgezüchteten institutionellen Entwicklung wollen dem Volk heute das Mitspracherecht in einer so hochbedeutsamen Frage wie der Atomkriegsrüstung streitig machen. Sie können aber den einzelnen trotzdem nicht aus der politischen Verantwortung entlassen, weil diese in einer Demokratie grundsätzlich und eindeutig unübertragbar und unverzichtbar ist. Dieser Tatbestand kann auch nicht dadurch vernebelt werden, daß sich jetzt die Regierungsparteien bemühen, den Mehrheitsbeschluß vom 25. März zum heiligsten Gut der Demokratie zu erheben. Sie möchten ihn so gern unantastbar erscheinen lassen und der opponierenden öffentlichen Meinung unter Berufung auf das Grundgesetz Fesseln anlegen. Das ist um so bedenklicher, als es noch nie eine Demokratie gegeben hat, die nicht auch Mehrheitsbeschlüsse korrigieren konnte. Das ist um so fragwürdiger, als sich die Regierungsparteien scheuen, die von der Opposition vorgeschlagene Volksbefragung sofort durchzuführen. Die Opposition handelt aber in vollständiger Loyalität zur demokratischen Staatsidee, wenn sie

der Auffassung ist, daß eine Regierung — in diesem Fall wohl ein Regierungschef — sich durch die moralische Kraft der öffentlichen Meinung in der Amtsführung korrigieren lassen muß, wenn diese in eklatantem Gegensatz zum Volkswillen steht. Es geht um nichts anderes, als um die Sicherstellung der Grundrechte einer demokratischen Lebensordnung, um die Sicherstellung des staatsbegründeten Motivs, das jeden einzelnen sagen läßt: „In meiner Verantwortlichkeit steht das Geschick meines Volkes. Niemand kann und darf mir diese Verantwortung für das Gesamtwohl abnehmen. Ich und niemand anders werde einmal für das, was ich heute geschehen lasse, zur Rechenschaft gezogen."

Warum zeigen die Regierung und ihre Parlamentsfraktionen ein so großes Unbehagen darüber, daß die politischen Auseinandersetzungen „auf die Straße" gezogen werden? Wollen sie sich etwa die Lehre N i e t z s c h e s zu eigen machen, daß eine demokratische Bewegung ein Aufstand des Pöbels gegen die Vornehmheit ist?

Es steht überhaupt nicht zur Diskussion, ob eine Volksbefragung exekutive Bedeutung hat. Sie hat eine politisch-psychologische Bedeutung. Sie rüttelt nicht an den Grundfesten der Demokratie. Sie soll im Gegenteil wesentliche Bestandteile einer demokratischen Staatsgesinnung wieder in die Rangordnung der politischen Skala einfügen. Sie soll den 267 Atomaufrüstern im Plenarsaal des Bundeshauses vor Augen führen, daß ihre Politik nicht in Einklang mit dem politischen Wollen des Volkes steht, das sie repräsentieren. Sie soll zur Umkehr mahnen, zur Rückkehr zu den Grundlagen der funktionalen Demokratie. Die Verantwortung für die Demokratie liegt jetzt mehr denn je bei den Oppositionsparteien und allen staatstreuen oppositionellen Kräften im Volk, denn es besteht die Gefahr, daß die parlamentarische Demokratie durch ein formalistisches Institutionsdenken ihres Sinngehaltes entleert wird.

Schon kann man aus dem Regierungslager vernehmen, daß die Volksbewegung gegen den Atomtod das „Ende der Demokratie" bedeuten könnte. Warum eigentlich? Das Ende der Demokratie wäre es, wenn das Volk in einer solchen Situation nicht von seinen verbrieften Rechten Gebrauch machen würde: von der Redefreiheit, der Versammlungsfreiheit, der Meinungsfreiheit, der Pressefreiheit. Das Ende der Demokratie wäre es, wenn das obrigkeitsstaatliche Denken sich bereits wieder so fatal entwickelt hätte, daß niemand es wagen würde, für die demokratische Freiheit „auf die Straße" zu gehen und zum legalen Widerstand gegen eine als Irrweg erscheinende Regierungspolitik aufzurufen.

Das für den Bestand der Demokratie entscheidende Staatsbewußtsein des Volkes darf nicht weiterhin immer mehr abgedrosselt werden, damit die Regierenden sich einer ungestörten Machtausübung erfreuen können. Von der Macht sagt Friedrich M e i n e c k e: „Wer sie in Händen hat, steht in andauernder sittlicher Versuchung ‚sie zu mißbrauchen und über die Grenzen, die Recht und Sitte ziehen, auszudehnen. Man kann das einen Fluch nennen, der auf der Macht liegt, — er ist unabwendbar." Eben deshalb ist eine Demokratie darauf angewiesen, daß sich die Regierung jederzeit die regulierende Kontrolle der Volksvertretung und des Volkes gefallen läßt. Wenn dieses unter bestimmten Bedingungen nicht mehr geschieht, ist die Demokratie in Gefahr. Wo die Mehrheit des Parlaments selbst bei einer Frage über Leben und Tod die notwendigen Korrekturen an den Maßnahmen der Regierung nicht mehr vorzunehmen gewillt ist, wo nur noch Entschlüsse des Regierungschefs in unbegreiflicher Eilfertigkeit sanktioniert werden, da muß der „Dämonie der Macht" durch das Volk selbst entgegengetreten werden.

## Um Freiheit, Demokratie und Frieden

Die Bewegung gegen die Atomaufrüstung der Bundesrepublik hat seit den verhängisvollen Debatten im Januar und im März täglich, ja stündlich an Breite gewonnen und sich auf alle Bevölkerungsschichten ausgedehnt. Die Menschen sind nicht nur von der Angst vor dem uns alle bedrohenden Atomtod erfaßt. Sie sind nicht nur darüber entsetzt, daß die vom Bundeskanzler betriebene Politik der Stärke uns nun also bis an den Abgrund der Selbstzerstörung geführt hat. Sie spüren auch, daß der Machtwille der Rüstungspolitiker in der Bundesrepublik das demokratische Staatsgefühl zerrüttet und die Energetik unseres staatlichen Zusammenlebens in verhängnisvoller Weise unterbrochen worden ist.

Aus dieser Besorgnis erklären sich die verschiedenen Formen des Kampfes gegen die Bonner Entscheidung. Vierundvierzig Universitäts- und Hochschul-Professoren haben in der Voraussicht des Kommenden schon vor der Atomdebatte an die Gewerkschaften mit ihren 6½ Millionen organisierten Mitgliedern appelliert und ein überwältigend großes Echo gefunden. Der Arbeitsausschuß „Kampf dem Atomtod" hat sich konstituiert. Protestkundgebungen finden statt. Überall wird eingesehen, daß die Politik der Bundesregierung zum nationalen Notstand führen muß. Professoren gehen in die Fabrikhallen und begründen, warum die Wissenden nicht länger schweigen können. Fast 1000 Ärzte allein in Hamburg haben ihre warnende Stimme erhoben. Wissenschaftler, Künstler, Arbeiter und Unternehmer haben sich zu einer Aktionsgemeinschaft zusammengeschlossen. In Hamburg, Braunschweig, Bremerhaven, Göppingen und Kassel ist es zu Arbeitsniederlegungen gekommen. In den Resolutionen der Gewerkschaften, die den 44 Professoren zugeschickt werden, mehren sich die Forderungen nach einem politischen Streik. Der Kampf von unten ist für die Regierung selbstverständlich höchst unangenehm. Aber es ist zweihundert Jahre alte Erfahrung der Politik, daß jeder Versuch, das Volk von den politischen Entscheidungen auszusperren oder durch institutionelle Manipulationen zu überspielen, sich rächt. Mit politischer Einengung werden die Überzeugungen Andersdenkender nicht überwunden, sondern nur explosiv gemacht. Der Lohnkonflikt in der Stahlindustrie konnte noch einmal in buchstäblich letzter Minute verhindert werden. Man kam den Forderungen der Gewerkschaft entgegen, weil man wußte, daß bei der herrschenden Erbitterung über die Bundestagsbeschlüsse der Lohnkampf jederzeit in einen politischen Streik umschlagen konnte. Da jedermann erwartet, daß die Parlamentsmehrheit den Gesetzentwurf zur Volksbefragung ablehnen oder durch Überweisung an einen Ausschuß (in der Hoffnung auf ein Abschwellen des Widerstandswillens im Volke und aus Angst vor den Folgen einer starren Ablehnung vor dem 1. Mai) auf die lange Bank schieben will, werden in verschiedenen Ländern, ja sogar in Gemeinden Vorbereitungen für lokale Befragungen getroffen. Der Kampf gegen den Wahnsinn des atomaren Wettrüstens, das nun auch nach dem Willen des Regierungschefs der Bundesrepublik dem gespaltenen Deutschland aufgezwungen werden soll, geht weiter. Auch formaljuristische Erschwerungen, die die Bundesregierung in den Weg legen will, werden daran nichts ändern. Das Ziel dieses Kampfes ist die Rückgängigmachung des Atombeschlusses und eine größere Beteiligung demokratischer Kräfte an unserem staatlichen Leben. Es besteht kein Zweifel, daß dieser Kampf gegen den atomaren Selbstmord und für den Sinngehalt der Demokratie das höchste Maß an Legitimität besitzt. Es ist denkbar, daß in der Entwicklung der Volksbewegung ein Punkt erreicht wird, der legale Widerstand so groß geworden ist, daß es allen an der Atomaufrüstung Westdeutschlands heute interessierten Mächten, dem Bundeskanzler und den Natostrategen, unzweckmäßig erscheint, weiterhin auf der

Parlamentsentscheidung vom 25. März 1958 zu bestehen. Schon heute hängt das Leben der Menschheit an einem dünnen Faden zwischen dem fragwürdigen Atombombengleichgewicht der Weltmächte. Dieser beängstigend schwache Faden muß aber zum Zerreißen gespannt werden, wenn die Staaten des europäischen Kontinents in den Besitz von nuklearen Vernichtungsmitteln kommen. Gegen eine solche „Atomanarchie" muß jedes demokratische Mittel aufgeboten werden, um die gefährdete Ordnung und Sicherheit wiederherzustellen. Unser Leben, unsere nackte Existenz stehen auf dem Spiel.

Der Hauptvorstand des DGB hat sich darum auch ausdrücklich weitere Schritte gegen die atomare Bewaffnung (einschließlich des politischen Streiks) vorbehalten, falls etwa andere Aktionen nicht zum Erfolg führen. Es wird kein politischer Streik stattfinden, wenn man Einsicht walten läßt. Möglicherweise wird er aber nicht abzuwenden sein, wenn man die Erbitterung der Arbeiterschaft weiterhin einfach ignoriert. Dann allerdings könnte es geschehen, daß sich die derzeitige Taktik der Bundesregierung als zweischneidig erweist. Dann kann sich die Empörung aufstauen, und der Streik kann kommen, wenn nicht heute oder morgen, dann übermorgen.

Es wäre gut, wenn Regierung und Opposition, die Gewerkschaften und das ganze deutsche Volk daran dächten, daß ein großer deutscher Pädagoge einmal gesagt hat: „Demokratie ist der Protest gegen jede Form von Vergewaltigung". Die Schlüsse, die aus diesen Worten zu ziehen sind, dürften für die angesprochenen Gruppen sehr verschieden sein.

---

Dr. Hermann Etzel

# Politik mit Jokers

## Die Rolle der Bundesrepublik

Die im Widerspruch zu dem Potsdamer Abkommen aus drei Besatzungszonen gebildete Bundesrepublik sollte als Magnet und Bollwerk gegen den Osten wirken und in das Aufmarsch- und Einkreisungssystem des Westens einbezogen werden. Das war die teils erklärte, teils nicht bestrittene Absicht. Der nicht ausgesprochene, stets geleugnete, aber deswegen nicht weniger wahre Nebengedanke war, die deutsche Potenz nicht noch einmal zu einem gefährlichen Riesen und Schiedsrichter in Europa werden zu lassen. Sein Mittel war ungeachtet aller gegenteiligen Beteuerungen die Aufrechterhaltung der Spaltung, die Deutschland nicht nur neutralisiert, sondern paralysiert. Die kabbalistische Kurzformel für die dem westdeutschen Staat zugedachte Rolle lautete: Möglichst stark, jedoch an der Leine, gegen den Osten, nicht zu stark und gebunden gegenüber dem Westen; ständige Schürung des westdeutsch-östlichen Gegensatzes, um den Kessel wohltemperiert, ohne Gefahr einer selbständigen, planwidrigen Explosion, unter Dampf zu halten.

Der nach eigener Versicherung unmilitärische, nach amerikanischer amtlicher Benotung „fortschrittliche" Bundeskanzler bot auf eigene Faust die Teilnahme an einer atlantischen Streitmacht an. Nach dem Scheitern des EVG-Projektes wurde die Republik in den zur Westeuropäischen Union umgestalteten, erweiterten und seiner antideutschen Tendenz entkleideten Brüsseler Pakt und in die

Nato eingefügt, die Aufrüstung in Gang gesetzt, die Wehrpflicht eingeführt, mit der Stationierung von Atomverbänden, der Lagerung von Atomwaffen und der Errichtung von Abschußrampen für Raketen auf westdeutschem Territorium begonnen und von der Bundesregierung und einer Mehrheit des Bundestages unter dem Druck der amerikanischen Militärplaner der Nato und dem Stillschweigen der britischen Regierung die Ausrüstung der Bundeswehr mit zunächst nur taktischen Atom- und Raketenwaffen bedingt beschlossen. Fehlt noch die Auslieferung der atomaren und nuklearen Sprengsätze an die Bundeswehr, ihre Ausrüstung auch mit strategischen Atomwaffen und die Aufnahme eigener westdeutscher Kernwaffenerzeugung, um die Bundesrepublik zu einer wahrscheinlich auch vom Westen gar nicht gewollten vollausgerüsteten Atommacht werden zu lassen. Weil dem Westen an der Wiedervereinigung in Wahrheit nicht liegt, hält er starr und hartnäckig an anachronistischen Bedingungen fest, die der Sowjetunion in dieser Frage die Kapitulation ansinnen, also nicht ernst gemeint, sondern dazu bestimmt sind, von der anderen Seite nicht angenommen zu werden und ihr vor der Weltöffentlichkeit und den Westdeutschen den Schwarzen Peter zuzuschieben. Die angelsächsisch-französische Politik hat die Wiedervereinigung blockiert, die Gefahr der Remilitarisierung und Refaschisierung Westdeutschlands ausgelöst und die in der ersten Schreckphase 1945 entstandene Metanoia abgebrochen. Die Zeit dürfte kommen, in der sie diese ihre geschichtliche Schuld schmerzhaft erkennen wird.

### Die strategischen Fehlplanungen des Westens

### Thor- und Matador-Raketen als Jokers

Der Westen baute seine Planungen zunächst auf der Vorstellung auf, daß die Sowjetunion wissenschaftlich-technisch hoffnungslos im Rückstande sei, durch atomar-nukleare Überlegenheit in Schach gehalten und eingeschüchtert werden könne und überdies durch wirtschaftliche und innenpolitische Schwierigkeiten und Spannungen gefährdet sei. Diese Annahme stellte sich als Wahn und Irrtum heraus, die Hoffnungen auf inneren Umsturz erwiesen sich als trügerische Wunschbilder und grausame Selbsttäuschungen. Wer es noch nicht wahrhaben wollte, wurde durch die Untersuchungen und Schlußfolgerungen des amerikanischen Gaither-Berichts aufgestört. Er gelangte zu der lapidaren Feststellung, daß Amerika im Raketenbau um Jahre hinter der Sowjetunion zurückliege und sein strategisches Bomberkommando, wenn es nicht schon 1960 völlig neutralisiert sein soll, verteilen müsse. Er verbarg auch nicht, daß der wissenschaftlich-technische, auf breiter Grundlagenforschung beruhende sowjetische Vorsprung bedenkliche Mängel und Fehlleistungen des amerikanischen Bildungs- und Forschungswesens offenkundig gemacht hat. Das zwar dienstlich geheimgehaltene, aber gleichwohl durchgesickerte Ergebnis der Gaither-Untersuchung rief in der amerikanischen Öffentlichkeit einen durch die bedeutende Konjunkturabschwächung verstärkten Schock, in Regierungs- und Parlamentskreisen Beunruhigung und Verwirrung hervor. Im Weißen Haus, State Department und Kongreß, vor allem auch im Johnson-Ausschuß des Senats nimmt das Gefühl zu, technisch-strategisch in Zeitnot zu sein. Das Pentagon befürchtet, Rußland werde bis 1960 so stark gerüstet sein, daß ein Gleichgewicht der beiden Atomgiganten nicht mehr mit Sicherheit zu erwarten sei. Die Russen könnten, meinte auch die Londoner Times am 25. Februar, in wenigen Jahren in der Lage sein, westliche Bomberflugplätze durch Raketen zu zerstören und ihre Luftverteidigung so aufzubauen, daß strategische Natobomber den sowjetischen Verteidigungsgürtel nicht mehr zu durchstoßen vermöchten. Darum müsse der Westen, vor allem die Festung Amerika, bis dahin treffsichere Langstreckenraketen besitzen, durch

die es möglich würde, nicht nur die bemannten Bomber der Royal Air Force und der US-Luftwaffe zu ersetzen, sondern auch die Strategie der Einkreisung mit Mittelstreckenraketen, also die Stationierung amerikanischer Abschußrampen in England nach dem vor einem Jahre zwischen Eisenhower und Macmillan vereinbarten und jetzt am 24. Februar veröffentlichten Raketenabkommen zu überprüfen. Auch der Daily Telegraph erörterte die Möglichkeit einer Revision des Abkommens, wenn erst einmal Amerika eine zielsichere Interrakete habe. Dann könne daran gedacht werden, das Schwergewicht von Europa in Gebiete zu verlagern, wo Amerika, Rußland und Kanada aneinandergrenzen. Solche Zukunftsmusik bricht sich an der ehernen Tatsache, daß vorläufig jedenfalls die Entwicklung ballistischer Raketen des Westens noch in den Kinderschuhen steckt.

Die politische und strategische Position des Westens ist also weitgehend verändert. Von „Befreiung" mit militärischen Mitteln ist nicht mehr die Rede. Das roll-back-Unternehmen in Ungarn erwies sich als Wurf eines Bumerangs. Die Entwicklung in Polen erfüllte westliche Blütenträume nicht. Chruschtschow hat soeben in Budapest jede Einbeziehung osteuropäischer Probleme in die Themen einer Gipfelkonferenz mit der Warnung zurückgewiesen, den „Garten anderer Leute zu betreten". Der langjährige amerikanische Einsickerungs- und Durchdringungsversuch auf dem Balkan mußte unter Preisgabe eines Reuegeldes von drei Milliarden Mark aufgegeben werden; das jugoslawische Pferd lief nicht, sondern scherte aus. Neuerliche Veränderungen sind dort im Werden, die auch Rückwirkungen auf die strategische Lage im Mittelmeer und auf das Verhältnis zum Gemeinsamen Markt der sechs Messinamächte haben dürften. Die über die akademische Eisenhowerdoktrin hinwegschreitende Ausbreitung und Festigung des Einflusses der ihrer vollen Entfaltung und Reife entgegengehenden Sowjetunion im Vorderen Orient ist unaufhaltsam. In dem Maße, in dem sich das politische und militärische Kräfteverhältnis zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen Lager wandelt und die Koexistenz- und Friedenslehre des Ostens die dritte globale Kraft, die neutralistischen Staaten, anzieht und gewinnt, sinkt offenbar der reale Glacis- und Bündniswert der Territorien der Infrastruktur. Ihre Popanzfunktion glauben anscheinend Amerika und in seinem Kielwasser die forschen Verteidigungsminister von Bonn und London retten zu können; wenigstens für die Zeit der Durststrecke bis zum Anschluß an den technisch-strategischen Vorsprung Rußlands, aber ohne die Gewißheit, die Oase 1960 erreicht zu haben. Die letzten Nachrichten über die Explosion einer neuen sowjetischen Dreiphasenbombe, die in der Aufeinanderfolge: Kernverschmelzung, Kernspaltung, Kernverschmelzung (fusion, fissure, fusion, daher auch Drei-F-Bombe genannt) detoniert, haben eine solche Gewißheit weiter erschüttert und in Frage gestellt. So versucht es der Westen mit der Politik des Jokers, mit den Thor- und Matador-Raketen, der bedingten atomaren Bewaffnung der Bundeswehr und der großen Einsatzfigur des „Alten von Bonn". Es wird sich zeigen, was per Saldo von diesen Austauschkarten im großen Rommee mit der Sowjetunion zu halten ist.

Nur so ist zu verstehen, daß einige britische Hauptblätter wie die Times und der Daily Telegraph der Errichtung von Abschußrampen für Thor-Raketen in England trotz eigener Bedenken nicht entgegentraten. Die Amerikaner zweifelten, gab die Times zu, daran, daß sie in absehbarer Zeit Langstreckenraketen ohne große Streuung erzielen könnten. Deshalb werde bis auf weiteres wohl an der Strategie der Mittelstreckenraketen und deren Stationierung in Europa festgehalten werden, obschon dadurch das Raketenfieber weiter steige und viele Menschen in Großbritannien bedauerten, daß dieses in das Atomwettrennen eintreten wolle, das es sich wirtschaftlich gar nicht leisten könne. Auch der ameri-

kanische Präsidentschaftskandidat Stevenson hat kürzlich in seinem Aufsatz „Kolonialismus — gut oder schlecht?" offen eingeräumt, daß das Gewicht der weltweiten Verpflichtungen dieses Landes größer ist, als seine Wirtschaft zu tragen vermag. Der Daily Telegraph möchte die ernsten Bedenken, daß England sich durch die Beteiligung an der Strategie der Mittelstreckenraketen noch mehr gefährde, der Druckknopfkrieg dadurch noch näher rücke und die Hinnahme der amerikanischen Raketenstützpunkte keine gute Art sei, eine Gipfelkonferenz vorzubereiten, nicht gelten lassen. Bis zur Erzeugung einer zielsicheren Interrakete verschaffe sich der Westen mit dem Abkommen von Bermuda eine gute Karte für das Spiel mit den Sowjets, die geradezu der Joker für die Nato sein könne. Beide Blätter trösteten sich damit, daß jeder der beiden angloamerikanischen Partner ein Veto gegen die Auslösung der Atomraketen hätte. Die Amerikaner hätten die Sprengsätze im Gewahrsam, das britische Bomberkommando aber besitze und kontrolliere die Startmittel, die Stützpunkte, ihre Ausrüstung und das Personal. Die Entscheidung über den Abschuß bleibe dem gemeinsamen Beschluß beider Regierungen vorbehalten, versicherte das britische Verteidigungsministerium.

Widerspruchsvoll genug entwerteten die beiden Zeitungen im gleichen Atemzug das Raketenabkommen. Nach Ansicht der Times besteht kein Anlaß zum Frohlocken. Denn für lange Zeit müßten sich die Vertragspartner mit der nichtballistischen Mittelstreckenrakete Thor behelfen. Sie ist eine schwer zu handhabende Waffe, deren Mechanismus leicht durch klimatische Einflüsse gestört werden kann. Sie ist von einem verwickelten Treibstoffsystem abhängig und arbeitet mit dem bei sehr tiefen Temperaturen verdampfenden Sauerstoff. Vor allem kann sie nicht unterirdisch stationiert werden, ist also ein leicht verwundbares Ziel und im Rahmen der Abschreckungsstrategie, die gerade im ersten Stadium eines Schlages unverwundbare Vergeltungsmittel verlangt, von sehr zweifelhaftem Wert. Sogar Verteidigungsminister Sandys bestritt im Unterhaus nicht, daß sich die Thor erst noch im letzten Entwurfstadium befindet. Ein Labourabgeordneter bezeichnete ihre Stationierung als Investition in einen veralteten Typ. Der Daily Telegraph nannte sie einen Lückenbüßer und eine Katze im Sack. Offensichtlich kann sie die Ankündigung des letzten britischen Weißbuchs, daß sie „praktisch jedes wichtige Ziel in der Sowjetunion" treffen werde, nicht wahrmachen. Für dieses Instrument, das vermutlich nur zur Ausbildung von Bedienungspersonal verwendet wird, muß England 120 Millionen Mark bezahlen. Ein sehr eigenartiger Joker. Diese Fragwürdigkeit sollte dem vitalen westdeutschen Verteidigungsminister, dem in der kalifornischen Flugzeugfabrik Douglas der technische Werdegang der Thor vorgeführt wurde, nicht verborgen geblieben sein, obschon er neuerdings auch wegen seiner politischen und psychologischen Intelligenz — nicht nur im Hinblick auf sein Interview mit dem Labourabgeordneten Crossman — angefochten wird. Auch die Italiener dürften sie sich vor Augen halten, da ihnen von Norstad die Ehre zugedacht ist, in Piemont und auf Sardinien Thor-Rampen zu erhalten.

Ebensowenig ist die von Bonn für die noch nicht vorhandene Marine angekaufte amerikanische Matador-Rakete militärisch ein Joker. Das Geld für sie ist verschwendet. Westliche Stimmen kehren hervor, daß sie von geringer Reichweite ist, aber immerhin — welch' ein schwerer psychologischer Fehlgriff! — zur Bombardierung Polens genügt. Nach dem Londoner Observer ist sie zudem keine treffsichere Waffe und nur dann von einigem militärischen Wert, wenn sie mit einem Atomsprengkopf versehen wird. Das aber wird nur den beharrlichen sowjetischen Verdacht bestätigen, daß Westdeutschland den Weg zur Atommacht eingeschlagen hat. Als auf der Pariser Dezemberkonferenz

der Nato die westeuropäischen Verbündeten angesichts des zunächst weitgehend theoretischen Charakters der amerikanischen Raketenofferten einen politischen Ausgleich mit Moskau forderten, und sich zeigte, daß im Ständigen Natorat der Rapacki-Plan keineswegs grundsätzlich und bedingungslos abgelehnt wird, durfte gehofft werden, daß sich Westeuropa von den unversöhnlichen Thesen und starren Formeln der Dulles-Politik abzuwenden beginnt. Warum also nun doch wieder diese törichte Verschärfung der Bonner Politik, die nur den über die strategisch-technischen Tatsachen und Sachverhalte voll unterrichteten Osten erneut gegen uns aufbringen kann? Warum läßt sich Bonn immer wieder auf einen Weg drängen, der die deutsche Zukunft noch tiefer in die Sackgasse führt?

### Die atomare Ausrüstung der Bundeswehr, ihre Ziele und ihre Folgen

Während des Urlaubs des Bundeskanzlers hatten seine Minister die außenpolitische Parlamentsaussprache verschoben, weil sie befürchteten, daß eine solche Debatte mitten in der Diskussion über eine Gipfelkonferenz ungelegen käme. Nach seiner Rückkehr stieß er, der die Richtlinien der Politik innerhalb der Bundesregierung bestimmt, den Beschluß um. Die Debatte, die ursprünglich auf außenpolitische Angelegenheiten allgemeiner Art, insbesondere auch auf die Fragen einer Gipfelkonferenz und der Wiedervereinigung beschränkt bleiben sollte, exaltierte zum Kampf über eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr und führte zu einem Mehrheitsbeschluß über deren Ausrüstung mit taktischen Atomwaffen unter der ultimativen Bedingung, daß die strategische Planung der Nato diese Ausrüstung fordert und eine allgemeine kontrollierte Abrüstung nicht zustande kommt. Die Haltung des Bundeskanzlers und seines Verteidigungsministers in der Debatte war von Anfang an darauf eingestellt, die Folgerungen aus den Auffassungen und dem Bericht Norstads durch Regierung und Parlamentsmehrheit übernehmen zu lassen, richtiger, vorwegzunehmen, bevor noch die Maitagung der Nato gesprochen hat. Es war ein leicht durchschaubares Zusammenspiel mit den Amerikanern, in dem Bonn wieder einmal vorpreschte und sich herausstellte. Der Bundeskanzler wollte die Beschlußfassung nach seinen eigenen Andeutungen zu dem Zweck, das Gewicht der Bundesrepublik in der Nato zu erhöhen. Daß er die Illusion gehabt haben könnte, dadurch auch den Osten zu beeindrucken oder einzuschüchtern, ist schwer anzunehmen.

Jedenfalls waren die Entscheidungen über die atomare Ausrüstung der Bundeswehr und den Ankauf der Matador schwerwiegende Fehler, außenpolitisch, psychologisch und innenpolitisch. Die Aussichten für das Zustandekommen der Gipfelkonferenz haben sie kaum zerstört, wenn auch vielleicht etwas getrübt, wohl aber die berechtigten Erwartungen hinsichtlich ihrer Ergebnisse gedämpft, ein neues Hindernis auf den Weg der Weltmächte zur Abrüstung gewälzt und die Voraussetzungen für die Wahrung der deutschen Lebensinteressen auf ihr verschlechtert. Auch auf die Afroasiaten und die Lateinamerikaner haben sie einen schlechten Eindruck gemacht. Sie sind geeignet, Warschaus Wunsch, sich aus dem West-Ost-Gegensatz mehr herauszuhalten, im Keime zu ersticken. Dies um so mehr, als die öffentliche Meinung in Polen durch die jüngsten Aufdeckungen zahlloser Massenmorde aus der deutschen Besatzungszeit in der Woiwodschaft Grünberg aufs stärkste erregt ist. Die an die amerikanische Adresse gerichteten beschwörenden Hinweise des polnischen Außenministers waren eine unmißverständliche Warnung. „Für Leute, die den Sinn ihres Lebens in der Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomraketen und ihre höchste Ehre in dem Beitritt zum Deutschen Ritterorden sehen, muß eine atomwaffenfreie Zone in der Tat ein Unsinn sein, weil sie ihre Pläne bedroht", schrieb das Parteiorgan Tribuna Ludu.

Radio Warszawa erklärte, Polen habe jetzt allen Grund zur Beunruhigung; man könne sich nicht wundern, wenn die Polen, die die volle Normalisierung der Beziehungen zu Bonn wünschten, nunmehr mit wachsendem Mißtrauen nach dem Westen und nach der Bundesrepublik schauten. Zu alledem droht ein demonstrativer Ausbau sowjetischer Atombasen in Polen, der DDR und der Tschechoslowakei als Reaktion auf den westdeutschen Beschluß, falls er ausgeführt würde. Wem und wozu dient nun eigentlich diese Art einer Bonner „Ostpolitik"?

Der Beschluß von Bonn hat die Schatten für das deutsche Anliegen der Wiedervereinigung wesentlich vertieft und die Weigerung des Ostens, es tagesordnungsgemäß auf einer Gipfelkonferenz zu behandeln, verschärft, aber auch die Bereitschaft des Westens, sich nachdrücklicher und aufrichtiger darum zu bemühen, nicht erhöhen können. Schon der Januarbrief Eisenhowers an Bulganin hatte erkennen lassen, daß Washington in der Abrüstung und der friedlichen Benützung des Weltraums den Ansatzpunkt des Großen Gesprächs sieht. Noch deutlicher wurde der US-Botschafter Bruce vor der Carl-Schurz-Gesellschaft in Bremen. Er wandte sich gegen eine Erschwerung des ersten Schrittes durch zusätzliche Forderungen wie jener der Wiedervereinigung. Aus Washington verlautete dann, daß an dem Junktim zwischen allgemeiner Abrüstung und Wiedervereinigung nicht festgehalten werde. Macmillan erklärte im Parlament, die größten Erfolgsaussichten biete die Abrüstungsfrage. So war auch die Meldung nicht unglaubwürdig, Dulles habe den Außenministern Lloyd und Pineau in Manila vertraulich eröffnet, daß Eisenhower auf die Erörterung der Wiedervereinigung bei der Chefkonferenz verzichte. Dabei ist es geblieben.

Innenpolitisch haben die Bundestagsdebatte und der Atomwaffenbeschluß weithin negativ gewirkt. Parlamentsmehrheit, Bundesregierung und Kanzler dürften viele Sympathien eingebüßt und beträchtlich an Rückhalt in der Bevölkerung verloren haben, die sich auch durch eine homöopathische Dosierung der Atompolitik nicht mehr beruhigen läßt und nun, zu spät, erkennt, zu welcher Entwicklung ihre Abstimmungen in den Septemberwahlen 1953 und 1957 geführt haben; darum ihr Widerstand gegen die von einigen Bundesländern, Parteien oder Organisationen erwogenen Meinungsbefragungen, die sie ein Votum gegen die Bonner Atomwaffenpolitik befürchten lassen. Wieder einmal hat im Bundestag die Grobmechanik des parlamentarischen Belagerungszustandes einer unnachgiebigen Mehrheit die Opposition niedergewalzt und jede Möglichkeit einer gemeinsamen Außenpolitik vernichtet. Die demoralisierende Erfahrung der Opposition, daß sie von Anfang an die Regierungspolitik im Parlament selbst nicht zu beeinflussen vermag, treibt sie zu außerparlamentarischen Initiativen und Aktionen.

Gibt es keinen Verantwortlichen, der sich vor den Folgen einer neuen Hybris fürchtet? Der Bundeskanzler sollte davor zurückschrecken, auf dem nun eingeschlagenen Wege weiterzuschreiten. Es ist unwahrscheinlich, daß er es tut, denn er besitzt etwas, das fälschlicherweise eiserne Nerven genannt wird. Er wird in der, in einer Nato bleiben wollen und wohl nicht über den Schatten seiner Natur und seiner Vergangenheit springen können. Es bestehe kaum Aussicht, daß die Westmächte einem echten Disengagement, also dem vollständigen Abzug aller ausländischen Truppen aus Deutschland, Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn, der Wiedervereinigung Deutschlands als eines neutralen Staates und der Vereinbarung einhaltbarer internationaler Garantien zustimmen werden, solange Dulles und Adenauer die Außenpolitik Amerikas und Westdeutschlands bestimmen, meinte der Londoner Observer am 9. Februar resigniert.

## Lage und Perspektiven der britischen Politik

### England und die Kontinentaleuropäer

England und Frankreich haben vor der Beschlußfassung des Bundestages ihre Stimme nicht erhoben. Sie, die eine selbständige westdeutsche Atommacht kaum wünschen dürften, hoffen wahrscheinlich, daß die eine oder andere Nein-Stimme in der Nato die vorgeschriebene Einstimmigkeit verhindern und damit die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik zu Fall bringen wird oder daß jedenfalls die Verhandlungen über ein militärisches Disengagement und eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa die westdeutsche Maßnahme gegenstandslos machen werden. Darüber wird der Generalsekretär der Uno in Moskau und London gesprochen haben, und darum war wohl Pineau am 28. März überraschend in Bonn. Mitte April kommen in Paris die Verteidigungsminister, im Mai sie und die Außenminister der Nato in Kopenhagen zusammen. Ihre Beratung und Beschlüsse werden Anhaltspunkte für die künftige Haltung und Taktik der Westmächte bei dem Großen Dialog mit dem Osten und über die Richtung und Standfestigkeit der französischen und britischen Ansichten geben. Sie werden insbesondere Fingerzeige dafür liefern, ob und inwieweit eine katalysatorische Wirkung der britischen auf die bis vor kurzem so starre amerikanische Politik geplant und möglich und Macmillan gewillt ist, für eine militärische Verdünnung in Mitteleuropa einzutreten. Dazu müßte er dem nuklear so forschen Abschreckungspolitiker und Verteidigungsminister Sandys, dem Schwiegersohn Churchills, Widerpart halten und den umstrittenen Außenminister Lloyd fest an die Hand nehmen. Dieser hat in der Debatte des Unterhauses über die Dezemberkonferenz des Atlantikrates eine Politik des Disengagements in Europa mit der Begründung abgelehnt, daß das ein neutralisiertes Deutschland, also ein Element der Unsicherheit zur Folge hätte, und die sehr bezeichnende Bemerkung angefügt, es sei höchst unrealistisch zu glauben, daß es unter den gegenwärtigen Umständen irgendein Kontrollsystem geben könnte, um Deutschland niederzuhalten! Das ist es. Leute seines Schlages wollen keine Wiedervereinigung. Es ist ihr A und O, offen und versteckt. Die Times hat den verräterischen Zungenschlag sofort gerügt. News Chronicle schurigelte den Unglücksraben also: „Solange die Phantasielosigkeit und Schwerfälligkeit Selwyn Lloyds auf dem Foreign Office lasten, ist kaum mit einer Besserung zu rechnen. Seine Rede war so kümmerlich, so farblos, so ganz wie die eines kleinen Politikers, der stöhnend in seinem Wahlkreis seine Pflicht absolviert, daß die meisten Parlamentsmitglieder mit schwerem Herzen in die Weihnachtsferien gegangen sein müssen."

Macmillan sollte es nicht unmöglich sein, mit einer fortschrittlichen Haltung zur Entspannung und zum Frieden beizutragen. Im Februar bekannte er doch selbst vor dem Parlament, er habe bei der Rückkehr von seiner Commonwealthreise und auf dieser eine wachsende Bereitschaft gespürt, nahezu jeden Plan aufzugreifen, der einen Ausweg zu bieten scheint, und er selbst wolle — hier wurde die Handschrift Nehrus sichtbar — nichts unversucht lassen, jede Chance wahrzunehmen, und nichts vernachlässigen. Und bei der Seato-Konferenz in Manila hat er seinen Außenminister die westliche Bereitwilligkeit hervorkehren lassen, jederzeit mit den Sowjets ein Gespräch zu führen. Er könnte sich auf eine günstige öffentliche Meinung in England stützen. Weite Kreise und ein sehr großer Teil der Presse haben den Bonner Atombeschluß mißbilligt. Viele, so auch der Observer, sehen in ihm einen Verstoß gegen den Nato-Grundsatz der Interdependence, der Teilung der Aufgaben und Funktionen der atlantischen Partner in bezug auf die strategische und taktische, atomare und konventionelle Ausrüstung. Der Daily Herald forderte im Interesse der Hoffnungen auf eine fruchtbare Gipfelkonferenz, im besonderen auch wegen eines notwendigen mili-

tärischen Disengagements in Europa, die Beendigung des „Irrsinns" einer atomaren Bewaffnung Westdeutschlands. Sogar die besonnene, zurückhaltende Times, die im übrigen jede Klarheit der Bundestagsdebatte darüber vermißte, womit denn Norstad die Bundeswehr eigentlich ausrüsten wolle, sprach von der Möglichkeit, daß die westdeutschen Soldaten im Zuge der Ausführung des Bundestagsbeschlusses zwangsläufig eines Tages auch die Atomsprengköpfe besitzen würden. Sie gab offen zu, daß die Richtung, in der sich die Lage jetzt nach dem Bonner Beschluß entwickle, die Spannungen, die der Wiedervereinigung entgegenstünden, eher vermehren als vermindern. Auch der Daily Telegraph glaubt, daß sich die Ansicht, die Sowjetunion werde niemals einen von einer atomar bewaffneten Armee gestützten gesamtdeutschen Staat dulden, „sehr wohl als richtig erweisen" werde.

Der Widerhall, den das Fünf-Punkte-Programm und der Feldzug der Labourpartei und der Gewerkschaften für eine allgemeine Abrüstung und eine mitteleuropäische Friedenszone finden, zeigt die tiefe Beunruhigung der Bevölkerung. Die Öffentlichkeit erkennt, daß die Gesamtlage des Landes immer heikler, seine wirtschaftliche und finanzielle Belastung immer drückender wird. Durch die Exklusivpolitik des Gemeinsamen Markts der sechs Messinamächte und den von Frankreich ausgehenden Widerstand gegen das britische Projekt einer Freihandelszone sieht sie Lebensinteressen Englands und des Commonwealth bedroht. Der neue Dreibund, das rüstungspolitische Dreieck Westdeutschland, Frankreich, Italien, untergräbt eine britische Bereitschaft zum Kontinent. Die nach der Statistik des Londoner Handelsministeriums im zweiten Halbjahr 1957 erstmals eingetretene Überflügelung der britischen Ausfuhr durch die Bundesrepublik, die damit nach den Vereinigten Staaten das größte Exportland geworden ist, hat in Großbritannien stärkstes Unbehagen ausgelöst. Eine wirkliche Gegensätzlichkeit der Interessen tritt in Erscheinung, eine Entfremdung, wenn nicht eine Spaltung zwischen England und dem Commonwealth einerseits und den Kontinentaleuropäern andererseits kündet und bahnt sich an. Die besondere strategische Lage Englands läßt dort viele Menschen mit Furcht der Stunde entgegensehen, da es ein halbes Dutzend Atommächte geben wird. So scheinen die Voraussetzungen für eine selbständigere britische Politik gegeben, die deshalb noch kein Alleingang zu sein braucht. Spanien und Portugal könnten den Kontinentaleuropäern kein Ersatz für Großbritannien sein.

### Sowjetische Einstellung der nuklearen Probeexplosionen

Nun ist, zeitlich mit der endgültigen Klarstellung und amtlichen Verankerung der Macht des Parteisekretärs zusammenfallend, die Moskauer Ankündigung einer einseitigen Einstellung atomarer und nuklearer Probeexplosionen erfolgt. Ihre Bedeutung und Wirkung können nicht überschätzt werden. Manche mögen das Angebot ultimativ empfinden, weil die Sowjetunion ihre Freiheit zurückgewinnt, wenn eine entsprechende Entscheidung des Westens ausbleibt. In Wahrheit ist es eine Alternative. Ein Kreuzweg ist erreicht. Die Menschheit ist vor ihre ernsteste und folgenschwerste Entscheidung, auf den Prüfstand ihrer Existenz gestellt. Jeder Zynismus, jede Bagatellisierung verbietet sich. Niemand ist berechtigt, die volle Aufrichtigkeit der Proklamation in Zweifel zu ziehen. Der Westen wird gut daran tun, seine Platten „Manöver, Propaganda" abzustellen und sich nicht der Verbitterung darüber hinzugeben, überspielt worden zu sein. Er kann auch nicht mit dem Hinweis ablehnen oder ausweichen wollen, daß die Sowjetunion soeben eine neueste Versuchsreihe abgeschlossen, er selbst aber seine eigene noch nicht begonnen habe, und nicht mit dem Vorwand operieren, daß sich nach den neuesten Erfahrungen Probeexplosionen überhaupt oder

wenigstens für einige Zeit verheimlichen ließen. Keine Winkelzüge sind erlaubt. Die Welt, die voll Angst dem Ausbruch eines entfesselten nuklearen Wettrüstens entgegenbangt, würde dem Westen bei einer solchen Haltung nicht folgen; er müßte verspielen. Der ungewöhnliche Entschluß einer internationalen Gruppe von Wissenschaftlern und Geistlichen, gerichtliche Klagen gegen die Fortsetzung der Kernwaffenexplosionen einzureichen, zeigt, wie tiefgehend die Beunruhigung der Weltöffentlichkeit, wie groß aber auch ihre Entschlossenheit ist, jede Möglichkeit auszuschöpfen, um die Einstellung der Probeexplosionen zu erzwingen. Die Würfel fallen: Friedliche Koexistenz oder Selbstmord. Möge der Westen guten Willens und erleuchtet sein, möge er seinen Teil zu Konferenzen beitragen, auf denen sich die Teilnehmer nicht nur anstarren.

In einer solchen Lage erwarten Westdeutschland schwere Bewährungen. Hier versagen die kleinen Mittel der Jokers, dieser oder jener Rakete, dieses oder jenes Vorbehalts in einem Parlamentsbeschluß. Mögen sich die Verantwortlichen von dem Atem der großen Stunde, die angebrochen ist, anwehen lassen.

---

Hermann Schwann

# Die Mammutdebatte im Bundestag

Wir haben den ehemaligen FDP-Bundestagsabgeordneten Hermann Schwann, Bergisch-Gladbach, der seine Wiederwahl in den deutschen Bundestag abgelehnt hat, um seine Meinung über die außenpolitische Aussprache im Bundestag gefragt. Er schreibt:

Die Debatte hat über die heutige Position der einzelnen Parteien eine gewisse Klarheit gebracht. Ungeklärt geblieben sind die Beweggründe oder besser gesagt die Hintergründe, die die Regierungsparteien oder richtiger gesagt die Regierung, insbesondere den Bundeskanzler, als den für die Richtlinien der Politik verantwortlichen Mann, zu ihrer unentwegt gleichbleibenden intransigenten Haltung veranlassen. Ohne die großen Gefahren eines sowjetischen Expansionsdranges irgendwie zu verniedlichen, nimmt man dem Bundeskanzler den „Russenschreck" nicht ab. Wäre er in der immer wieder vorgetragenen Form tatsächlich bei den Verantwortlichen vorhanden, dann müßten sie, um ihn auszuräumen, gänzlich andere Wege gehen.

Nicht gelungen ist es der Bundesregierung, die gegen sie am 23. 1. 1958 von Dehler und Heinemann gerichteten massiven Vorwürfe zu widerlegen oder aus der Welt zu schaffen. Der Vorwurf, ernsthafte Angebote zur Wiedervereinigung nicht geprüft zu haben, wurde dokumentarisch weiter unterbaut, neu vorgetragen und erweitert. Die Hoffnung der Regierung, aus der Niederlage vom 23. 1. 1958 einen Sieg zu machen, ist gescheitert. Die Vorwürfe der verpaßten Gelegenheiten bleiben im Raum. Einen Teilerfolg erreichte die Bundesregierung allerdings, indem sie die kritischen Fragen der Opposition nach den wirklichen Hintergründen ihrer Politik umging, und die Opposition auf das Spezialgebiet der atomaren Aufrüstung abdrängte. Hier konnte man unter Verwendung des Russenschrecks mit Begriffen wie Nato-Verpflichtungen, Sicherheit und Freiheit usw. arbeiten. Die dezidierteren Fragen der Opposition konnte man

auf diese Weise umgehen oder ihnen ausweichen. Die Verantwortung für die Spaltung unseres Volkes auch innerhalb der Bundesrepublik trägt ausschließlich die Bundesregierung.

Das Ergebnis der Aussprache ist nicht nur ein betrübliches, sondern in mehrfacher Hinsicht im höchsten Grade gefährlich. Es lautet: Die Bundeswehr erhält nukleare Waffen. (Falls sich nicht unsere Verbündeten einsichtsvoller gegen diesen Beschluß zur Wehr setzen.) Gefährlich ist diese Tatsache einmal innenpolitisch. Jeder regionale und organisierte Versuch, die Durchführung dieses Beschlusses zu hindern, wird sich in seiner Begründung absolut decken mit den propagandistischen Vorstellungen, die von außen in Zukunft in das deutsche Volk massiert hineingetragen werden. Damit erhält die Regierung die sachlich völlig unberechtigte Handhabe, die Versuchsansteller als Propagandisten ausländischer Mächte zu diskriminieren und entsprechend zu behandeln. Wir werden in Kürze die ersten Märtyrer im Kampf gegen die Atombewaffnung feststellen können. Die Regierung sollte lieber eine Außenpolitik einleiten, die sich ernsthaft darum bemüht, die verhärteten Fronten allmählich abzubauen. Es wäre außerdem unumgänglich, daß man sich Gedanken über eine moderne Gesellschaftsordnung macht, die die Schäden des hyperkapitalistischen Systems mit einer Finanzoligarchie an der Spitze und die des kommunistischen Systems der Numerierung des Menschen überwindet und durch eine für uns Europäer fortschrittlichere und unserer Entwicklung entsprechendere Gesellschaftsordnung ersetzt unter der Überschrift „Der Mensch ist das Maß aller Dinge".

Außenpolitisch wird sich dieser Beschluß sowohl hinsichtlich einer globalen Abrüstung und Befriedigung als auch für die Lösung der deutschen Frage katastrophal auswirken. Die Gipfelkonferenz, wenn sie überhaupt noch zustande kommt, ist mit der Hypothek einer vorherigen Verschiebung der Kräfteverhältnisse nach einer Seite belastet und wird die andere Seite zum Nachziehen veranlassen. Das allgemeine Wettrüsten nimmt seinen Fortgang. Die Forderung nach globaler kontrollierter Abrüstung wird absolut unglaubwürdig, nicht nur soweit sie von der Bundesregierung vertreten wird, sondern auch pars pro toto für den gesamten Westen, wenn man wie bisher alle Vorschläge, wenigstens zu Teillösungen zu kommen, auf Veranlassung der Bundesregierung ungeprüft und ohne Verhandlung in den Papierkorb wirft und zunächst auf die bisherigen Rüstungen ein Zusätzliches überdimensional aufstockt.

Mit den im Bundestag angegebenen Gründen ist ein solches Verhalten nicht zu vertreten, d. h. die Gründe reichen nicht aus. Die Bundesregierung muß sich also gefallen lassen, daß nun nach den wirklichen Gründen geforscht wird. Dabei entsteht, von Deutschland aus gesehen, ganz natürlich zunächst die Frage, ob die Bundesregierung trotz aller Lippenbekenntnisse die Wiedervereinigung will. Will der Bundeskanzler nicht vielmehr die Erhaltung des status quo, nachdem er nach Jahrzehnten das Ziel erreicht hat, das er am 1. 2. 1919 in der bekannten Kölner Rede so formulierte: „Eine Teilung Preußens, meine Damen und Herren, ist nach meiner Überzeugung unbedingt nötig und wird auch erfolgen; entweder wir kommen direkt oder als Pufferstaat zu Frankreich oder wir werden eine westdeutsche Republik. Ein Drittes gibt es nicht." Aber selbst wenn man annimmt, daß nach dieser Äußerung im Jahre 1919 (!) der Bundeskanzler den status quo unter allen Umständen erhalten will, ist damit noch keineswegs eine ausreichende Erklärung für seine Politik der letzten 9 Jahre gefunden. Diesen status quo könnte man auch auf anderem, weniger gefährlichen Wege erhalten. Gibt es also darüber hinaus weitere Gründe, die für diese Politik gesucht und gefunden werden müssen?

Daß es auch in Deutschland Menschen gibt, die mit dem zumindest für Deutschland tödlichen Gedanken eines Kreuzzuges gegen den Bolschewismus spielen, ist kein Geheimnis. Man findet sie in der abendländischen Akademie und in dem Kreis um das Abendland. Man findet sie auch im Bundestag. Sie äußern sich: „Die Sowjets sind unsere Todfeinde"; „Der Westen wird von Gentlemen, der Osten von Banditen regiert"; „Vor tausend Jahren (955 Schlacht auf dem Lechfeld) hat man den Begriff Ko-Existenz noch nicht gekannt, man hat zum Schwert gegriffen"; „Im Kriegsfall wird die Sowjetunion ausradiert werden" uvam.

Gehört auch der Bundeskanzler in diesen Kreis prominenter CDU-Politiker, die die Ostfrage „mit 5 Atombomben auf Moskau" lösen wollen? Hält er an seiner Meinung aus dem Jahre 1947 noch fest, die er auf einem Herrenessen in Köln (bisher nie dementiert) geäußert haben soll: „Meine Herren, ein Krieg zwischen den USA und der UdSSR ist unvermeidlich. Wir müssen dafür sorgen, daß wir auf der richtigen Seite dabei sind." Das deckt sich merkwürdig mit der Äußerung Jägers (Vizepräsident und Vorsitzender des Verteidigungsausschusses im Bundestag) in der jetzigen Bundestagsdebatte, in der er die „auf jeden Fall kommende Endauseinandersetzung zwischen den USA und der UdSSR" voraussagt. War nicht auch in der Feststellung — die Schmeisser keinesfalls in beleidigender Absicht gemacht hat —, der Bundeskanzler habe für den Fall eines sowjetischen Einmarsches für sich und seine Familie das Durchfahrtsrecht durch Frankreich nachgesucht, die Voraussetzung für dieses Gesuch die Vorstellung von der Unvermeidbarkeit eines Krieges? Diese erschreckende Sorge findet weiter Nahrung in der Veröffentlichung von Associated Press, die den Bundesverteidigungsminister gelegentlich seiner US-Reise 1958 (bisher nicht dementiert) in El Paso sagen läßt: Man müsse abwarten, „wie lange" man einen Krieg verhindern kann. Er hat nicht gesagt, man müsse Tag und Nacht darüber nachdenken, ob und wie man einen Krieg verhindern könne, sondern schlicht und einfach, abwarten, „wie lange....."

Allen diesen Äußerungen liegt vielleicht noch nicht die Absicht zugrunde, wirklich einen Krieg zu führen. Noch glaubt man, insbesondere in den USA, die sehr erfolgreiche Wirtschaftsoffensive der Sowjets in den letzten Jahren, auf die Eisenhower im Januar in seiner State of the Union-Botschaft eindringlich hingewiesen hat, dadurch bremsen zu können, daß man mit Dulles „hart am Rande des Abgrundes" marschiert, und dadurch die Sowjets zwingt, einen ständig steigenden Anteil des Sozialproduktes ihres Einflußbereiches für Rüstungszwecke ausgeben zu müssen. Hier bekommt das „wie lange" des Herrn Strauß einen gefährlichen Sinn. Was wird geschehen, wenn eines Tages die an ein sattes und behagliches Wohlleben gewöhnten Westmenschen feststellen, daß durch die Kosten dieses gigantischen Wettrüstens ihre satte Behaglichkeit untergraben wird, und daß außerdem die Sowjets im wirtschaftlichen Wettbewerb im afro-asiatischen Raum immer weitere Fortschritte machen und damit die Prosperität des Westens auch von dieser Seite ernsthaft gefährden? Es besteht die riesige Sorge, daß es dann nicht mehr bei dem „hart am Rande des Abgrundes" bleibt, sondern daß dann beide Seiten in den Abgrund stürzen. Ist das noch Politik?

Manches deutet darauf hin, daß bei der nicht mehr zu verkennenden Auseinandersetzung zwischen zwei Gesellschaftssystemen das kommunistische, zur Zeit jedenfalls, in einer friedlichen Entwicklung die größere Chance für den Endsieg sieht, während das kapitalistische resignierend alles unternimmt, um den Wettstreit der beiden Systeme nicht in einer Atmosphäre des Friedens bestehen zu müssen und in einem Wachhalten einer zunächst noch kalten Kriegspsychose die besseren Möglichkeiten erhofft. Diese Hoffnung, basierend auf der sogenannten Politik der Stärke, wird sich am Ende als trügerisch herausstellen, allein

schon deshalb, weil die sowjetische und neuerdings auch die chinesische Wirtschaftsoffensive in dem afro-asiatischen Raum zu einem Zeitpunkt erfolgt, da im Westen die Konjunktur rückläufig ist. Den 5,2 Millionen Arbeitslosen in USA muß man im klassischen Lande des freien Wettbewerbs mit einem Arbeitsprogramm der öffentlichen Hand zu Hilfe kommen. Die volkswirtschaftliche Unrentabilität der Rüstungsindustrie und der Zwang zur Geheimhaltung treibt automatisch zur Verstaatlichung wenigstens dieses großen Wirtschaftszweiges. Der Rückgang der Produktion in Hütten- und Walzwerkerzeugnissen auf die Hälfte, der Rückgang der Stahlerzeugung auf ein Drittel wird in absehbarer Zeit zu einer noch stärkeren Konzentration und damit zur Ausschaltung des freien Wettbewerbs führen. Die Erhöhung des Rüstungsaufwandes, insbesondere für das Fernraketenwesen, bringt in Zeiten rückläufiger Konjunktur die Notwendigkeit zu starker Kürzung der übrigen Ausgaben, in erster Linie natürlich der Auslandshilfen mit sich. Die hier entstehenden Lücken werden von den Sowjets durch langfristige Kredithergaben zu billigem Zins und geschickterweise ohne gleichzeitige politische Bindung bereitwilligst ausgefüllt.

Auch für die deutsche Außenpolitik läge hier eine bedeutsame und wichtige Aufgabe. Sie ist nicht erkannt worden, weil man je nach innenpolitischen Notwendigkeiten die deutsche Position im Weltgeschehen immer wieder anders gesehen hat, nie aber einheitlich oder real. Man stolpert von einem Extrem ins andere. Auf dem Bundesparteitag in Hamburg im Jahre 1953 versuchte der Bundeskanzler den Glauben zu wecken, beeindruckt von seinem triumphalen Empfang in den USA, als ob die Bundesrepublik noch eine F ü h r u n g s aufgabe im weltpolitischen Raum zu übernehmen in der Lage wäre. Heute übertreibt man nach der entgegengesetzten Seite, indem der gleiche Kanzler die Bedeutungslosigkeit der Bundesrepublik im Konzert der Großen überbetont. Richtig ist, daß sich in der Welt ein Vorgang vollzieht, der vielleicht eine Parallele findet in den Jahren 1780 bis 1815. Damals drängten die Völker Amerikas aus einem kolonialen Schattendasein und aus dem Stadium des Ausgebeutet-Werdens heraus zur politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit. Heute sind es die Völker Asiens und morgen werden es die Afrikas sein, die das gleiche Ziel anstreben. Richtig ist weiter, daß neben den beiden Weltreichen, den USA und der UdSSR, eine dritte Weltmacht, die Volksrepublik China, auf dem Wege ist, sich durchzusetzen. Andere asiatische Mächte werden folgen. Das Schicksal des Lebens auf dieser Erde wird im Gegensatz zum vorigen Jahrhundert nicht mehr bestimmt von Europa oder gar von einem Einzelvolk in Europa. Diese Feststellung aber heißt keineswegs, daß Deutschland und Europa keine Aufgabe mehr hätten und bedeutungslos geworden wären. Der früher allein bestimmende Erdteil könnte eine große Bedeutung gewinnen, wenn er diese Entwicklung als unaufhaltsam erkennt und sich die Aufgabe stellt, ohne jede Absicht zur Restauration, zum Rückfall in koloniale Ausbeutungsmethoden, für die nach oben drängenden Kräfte und Völker ehrlicher Mittler und Helfer zu werden. Gerade diese Aufgabe aber verbaut man sich, wenn man einseitig, einflußlos und bedingungslos sich mit denjenigen verbündet, die den Weg aus dem Gestern und Vorgestern noch nicht sehen und reaktionär festhalten an überkommenen Weltmachtsträumen. Die Kriege, die z. B. Frankreich zur Erhaltung seines Imperiums völlig nutzlos führt, werden uns, der Bundesrepublik und dem ganzen Westen, aus der Partnerschaft mit Frankreich angelastet. Geschmacklose und arrogante Äußerungen verantwortlicher Politiker verstärken den negativen Eindruck. So z. B. die Auslassungen des Vorsitzenden im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages Kiesinger vor dem Rundfunk nach seiner Asienreise: „Bei einer Reise durch diese Gebiete — wohl durch ganz Asien — (schon darin liegt die Arroganz, denn in

China war er z. B. nicht) wird einem das hohe Privileg, ein Europäer sein zu dürfen, ganz klar. Das hat nichts mit Rassenstolz zu tun, sondern ist einfach ein bescheidener Dank an den Schöpfer." Auch das witzig sein sollende Angebot des Bundeskanzlers an einen Journalisten am Ende der Bundestagsdebatte: „Also, Se können auch Botschafter werden, oder Jeneralkonsul (!), vielleicht in Liberia oder sonstwo bei den Nejern" liegt auf der gleichen Ebene. Sie sind nicht nur kennzeichnend für das Bildungsniveau der Verantwortlichen, sondern für die höchst unchristliche, verblendete Überheblichkeit der Repräsentanten einer christlichen Partei. Wem fällt dabei nicht das Gleichnis vom Pharisäer und Zöllner ein mit dem bekannten „Ich danke Dir, Gott, daß ich nicht bin wie andere Leute". Noch bedenklicher aber ist es, daß man solche Äußerungen nicht etwa beschämt verschweigt, sondern sie besonders in der Parteipresse der CDU, so in der Kölnischen Rundschau vom 27. März, zum höheren Ruhm des Führers verbreitet. Man hat gar kein Gefühl für die Deplaziertheit und für die daraus erwachsenden politischen Schäden. So gewinnt man weder Einfluß auf die irrenden Freunde, wie Frankreich, noch aber das Vertrauen derjenigen, die auf dem Wege nach oben marschieren werden. Das Gleichnis schließt: „... Denn wer sich selbst erhöht, der wird erniedrigt werden..." Wenn schon das Gefühl für unaufhaltsame Entwicklungen und für das rechte Maß fehlt, dann sollte wenigstens der Verstand vor falschen und beängstigenden Simplifikationen warnen. Deutschland und mit ihm Europa werden die heute mißachteten und verkannten Völker noch einmal sehr als Freunde entbehren, zumal, da andere frühzeitig sich ihre Freundschaft und vielleicht sogar Dankbarkeit — allerdings nicht ohne Eigennutz — zu sichern verstehen.

Die Politik des kalten Krieges hat also eine Wirtschaftskrise nicht verhindert. Je länger sie fortgesetzt wird, um so mehr müssen sich die USA in ihrer praktischen Wirtschaftsführung — sicher noch nicht ideologisch — der kommunistischen Wirtschaftsordnung nähern. Wie im Großen in der USA, so werden sich die Dinge bei Fortbestand des politischen Spannungsfeldes auch bei den mit den USA verbündeten Völkern, langsamer oder schneller, entwickeln. Je höher z. B. der Aufwand der Bundesrepublik für die Rüstung sein wird, um so begrenzter wird unser Markt draußen, um so weniger bleibt uns für die Schaffung wirtschaftlicher Stützpunkte und wirtschaftlicher Brückenköpfe in der Welt.

Die Konjunktur wird auch bei uns trotz allen Optimismusses des Herrn Erhard zurückgehen, die Einnahmen der öffentlichen Hand ebenso. Die Ausgabenverpflichtungen werden enorm steigen. Wird der satte Bundesbürger sich ohne Widerspruch bereit finden, den Riemen enger zu schnallen? Am Ende dieser Entwicklung steht die Erkenntnis, daß man falsch gedacht hat, diesen Irrtum aber nicht eingestehen kann, und deshalb bereit ist, die Flucht nach vorne, d. i. der heiße Krieg, anzutreten. Man hofft damit, der Beweislast für sein verfehltes Tun sich entziehen zu können. Millionen von Toten, vielleicht unser ganzes Volk, aber werden Kläger sein. Ist das noch Politik?

Kritik verpflichtet, einen anderen Weg zu zeigen. Die Bundesregierung ist in den letzten 9 Jahren die scheinbar gerade Straße der Politik der Stärke marschiert: Montanunion, an der EVG vorbei über die Pariser Verträge zum Gemeinsamen Markt und zur Nato, das sind ihre Meilensteine. Das vorausgesagte Ergebnis der politischen Entspannung und der Wiedervereinigung ist nicht erreicht worden. Im Gegenteil, die Fronten haben sich als Folge dieser Politik verhärtet, der Graben zwischen Ost und West ist tiefer geworden. Die Einfluß-Sphäre der kommunistischen Ideologie oder der Sowjets in der Welt ist durch diese Politik nicht nur nicht zurückgedrängt, sondern wesentlich größer geworden. Alle Anregungen, die deutsche Zweigeteiltheit dazu zu benützen, um

Gegensätze zunächst in Europa abzubauen, wurden, soweit sie aus dem Kreis der eigenen Verbündeten kamen, von Bonn abgelehnt, ja torpediert. So der Edenplan, Eisenhowers Vorschlag eines cordon sanitaire, einer verdünnten Zone. Vorschläge in der gleichen Richtung, soweit sie vom „Todfeind" gemacht wurden, waren nach Bonner Auffassung undiskutabel und belanglos. Eigene Ideen, um eine politische Entspannung zu erreichen, wurden überhaupt nicht vorgetragen. Man sprach nur in „Fronten", in Nato-Verpflichtungen, in weltweiter kontrollierter Abrüstung. Man sprach von Frieden und Freiheit und von safety first. In Wirklichkeit aber dachte man nur daran, „auf der richtigen Seite dabei" zu sein. Diese ganze Politik der Stärke wird morgen oder übermorgen wie ein Kartenhaus zusammenfallen, wenn etwa in Frankreich Gaillard oder in England Macmillan oder in absehbarer Zeit Herr Dulles oder in Italien die derzeitigen Machthaber abtreten. Wo bleibt dann die viel gepriesene Sicherheit? Die Politik, die zur Integration der Bundesrepublik im Westen und zur Integration der DDR im Osten führte, war allenfalls noch vertretbar — ich persönlich habe schon das Streben zur EVG und den Abschluß der Pariser Verträge für falsch, zumindest aber vor Ausschöpfung aller Möglichkeiten, zu einer politischen Entspannung zu kommen, für voreilig gehalten —, wenn man damit eine Befriedung der Bundesrepublik mit seinen westlichen ehemaligen Kriegsgegnern erreichen wollte. Sie wurde in dem Augenblick aber verhängnisvoll, in dem man nach der Befriedung im Westen nicht sofort energisch und mit ganzem Einsatz die Befriedung mit dem Osten anging.

Die Bundesregierung hatte, und zwar ohne Gefährdung der Nato und ohne Gefahr für Freiheit und Sicherheit, den Sowjets etwas zu bieten: Befriedigung des berechtigten russischen Sicherheitsbedürfnisses an seiner offenen europäischen Flanke. Die Sowjets haben wiederholt in ihren Noten und Verlautbarungen angedeutet, daß sie für eine Garantie in dieser Richtung etwas zu zahlen bereit seien. Genau an diesem Punkt müßte eine deutsche Außenpolitik aus ihrer bisherigen statischen und dogmatischen Haltung — und zwar in Durchführung von Anregungen der eigenen Verbündeten und daher mit ihrer Zustimmung — heraustreten und in richtiger Einschätzung der deutschen Position eine eigene Initiative entwickeln. Die Außenpolitik einer Bundesregierung, die ohne Gefährdung der Interessen der westlichen Welt auch deutsche Politik zu machen bereit war, mußte spätestens bei Beginn der Londoner Abrüstungskonferenz 1956/57 den energischen Versuch unternehmen, die Atomwaffenherstellung, -lagerung und -ausrüstung auf die drei glücklich-unglücklichen Besitzer USA, UdSSR und Großbritannien zu beschränken. Das und nur das konnte und kann eine deutsche Außenpolitik bis zur endgültigen allgemeinen Ächtung dieser Waffen anstreben.

Damals winkte beim Gelingen dieses Versuches noch ein hoher Preis: Die völlige Neuordnung der Besatzungsverhältnisse in Europa, die politische Entspannung, wenigstens in Europa, und als Gegenleistung der Sowjets ein echtes Interesse an der deutschen Wiedervereinigung nach Klärung des militärischen Status von Gesamtdeutschland, und zwar in Frieden und Freiheit. Die Bundesregierung hätte also, wie wiederholt von ihr gefordert, a l l e Staaten in Europa auffordern müssen zu einem Gespräch über die Frage der Atomwaffenfreiheit. Ängstliche Gemüter hätten diese anzustrebende Konvention kündbar machen können, falls sich die angedeuteten Entspannungsergebnisse auf politischem Gebiet als irreale Hoffnung herausgestellt hätten. Ich persönlich bin der Auffassung, daß eine derartige Konvention, zumal dann, wenn man auch außereuropäischen Staaten, etwa im Nahen Osten und in Asien (Indien, China, Japan) die Beitrittsmöglichkeit offen ließ, ganz automatisch eine Reihe bisher unlösbarer Fragen angestoßen und gelöst hätte. Unter diesem Aspekt erscheint der Rapacki-

Plan und der Tito-Plan nicht umfassend genug. Man kann beide aber nur ablehnen, wenn man selbst bereit ist, für die umfassendere Lösung aktiv einzutreten.

Ich fasse zusammen: Die nach dem Willen der Bundesregierung beschlossene atomare Aufrüstung der Bundeswehr und die Ablehnung einer wenigstens regionalen Entspannungsmöglichkeit wird zu einer erheblichen Steigerung des Rüstungswettlaufes führen — alle Staaten, auch die neutralen, werden durch das Vorgehen der Bundesrepublik gezwungen, auch zur Atombewaffnung zu streben. Sie gefährdet darüber hinaus den Bestand der Nato, wenn morgen oder übermorgen in Frankreich oder England ein Regierungswechsel eintreten würde, oder wenn Eisenhower seinen Außenminister aus der Entwicklung heraus durch einen anderen zu ersetzen sich gezwungen sieht. Sie zerstört vor allem die innere Geschlossenheit der Bundesrepublik im gemeinsamen Willen zur Abwehr eines Systems, das für uns nicht paßt. Die gefährliche Parole „Lieber rot als tot" und die gegensätzliche „Lieber tot als Sklave" werden die Bundesrepublik innenpolitisch in eine bedenkliche Zerreißprobe bringen, ohne eine echte Alternative zu enthalten. Diese ist in unserer Zeit einzig im atomaren Grauen eines neuen Krieges vorgestellt.

Noch ist es Zeit. Man kann nur hoffen, daß die Regierenden sich nach dem Gang der Debatte im Bundestag noch einmal sehr genau überlegen, was sie tun.

---

Dr. K. H. Stauder

# Psychologische Bemerkungen zur Atomdebatte

Die viertägige außenpolitische Debatte des Bundestages in diesem Frühjahr hat zwei Phänomene bloßgelegt, die, so peripher sie manchem Hörer erscheinen mögen, den Schlüssel für die unbewußten Hintergründe der gefallenen Entscheidungen liefern.

Das erste Phänomen waren die militanten und aggressiven Formulierungen der Regierungsparteien und der frenetische Beifall, der sie begleitete. Niemand kann sich wundern, daß dieser blinde Enthusiasmus mit der einstigen Massenpsychose des Berliner Sportpalastes verglichen wurde.

Das zweite Phänomen war die Tendenz, die deutsche Kriegsschuld und die Verantwortung an den Verbrechen, die im Namen Deutschlands begangen worden sind, geflissentlich abzuschwächen. Schon ist es wieder so weit, daß ein Mann vom Range Carlo Schmids sich vor dem Bundestag rechtfertigen muß, weil er sich rückhaltlos und in tiefer Scham zur deutschen Schuld bekennt.

Nur wenige Sprecher und Hörer dieser Debatte werden wissen, daß diese beiden Phänomene psychologisch eng zusammenhängen. Die moderne Tiefenpsychologie kennt diesen Zusammenhang genau. Sie weiß, daß jede ungetilgte Schuld, jedes verdrängte und unbewußt gewordene Schuldgefühl sich nur allzuleicht in neue Aggressionen verwandelt, in der Neurose des einzelnen wie im Gang der Geschichte. Wohlgemerkt: wir unterstellen keinem Redner der außenpolitischen Debatte den bewußten Vorsatz oder Willen zu einem Angriff mit Kernwaffen. Aber die Psychologie der Tiefenperson kann dazu beitragen, die Einsicht in unbewußte gesetzmäßige Vorgänge zu fördern. Sie kann hoffen, eine tiefere

Besinnung einzuleiten, wenigstens bei den Menschen, die sich nicht primär gegen neue Erkenntnis verschließen. Um eine ärztliche Aufgabe also geht es. Was der psychotherapierende Arzt am Bett des einzelnen tut, kann ihm am Krankenlager der Welt nicht versagt werden.

Es muß auf das Tiefste beunruhigen, wie wenig die Kriegsverbrechen und Judenverfolgungen das deutsche Volk in seiner Gesamtheit beschäftigt haben. Das hat freilich viele Gründe. Es soll nicht geleugnet werden, daß auch unsere einstigen Gegner Fehler begangen und Beweise der Unmenschlichkeit geliefert haben, die der Verdrängung unserer Schuldgefühle Vorschub geleistet haben. Aber wir haben hier nicht von den Vergehen anderer, sondern von unseren eigenen zu sprechen. Daß sich viele Deutsche nicht zu ihnen bekennen, ist eine der großen Gefahren für den Weltfrieden.

Kaum hatte Deutschland den Schock des totalen Zusammenbruches überstanden, da hörte man bereits die neuen Losungen. Die Berichte aus den Konzentrations- und Vernichtungslagern wurden in weiten Kreisen als jüdische oder feindliche Propaganda abgetan, die Dokumentarfilme aus diesen Stätten des Grauens als „gestellt" bezeichnet. Die Verbrechen, welche die Schergen Hitlers in den besetzten Ländern verrichtet hatten, wurden geleugnet. Deutschlands alleinige Kriegsschuld wurde abgestritten. Gewiß, unsere Schuld und unsere Verbrechen waren so ungeheuerlich, daß sie in unserer Vorstellung, in unserem Mitgefühl, in unserem Bewußtsein keinen Platz mehr fanden. Dann ist die Verdrängung schnell und hilfreich zur Hand. Aber keine Verdrängung ins Unbewußte befreit den Menschen von seiner Schuld oder Mitschuld.

Täuschen wir uns nicht darüber, wie weit dieser Prozeß der Verdrängung und Leugnung unserer Kriegsschuld in Westdeutschland fortgeschritten ist! Wir treffen ihn täglich an: In den Memoirenwerken aus der Hitlerzeit, in den Reden der Soldatenbünde, in manchen Zeitungsberichten, in den Freisprüchen deutscher Gerichte, in jedem dritten Gespräch, das wir führen, und nun auch bei manchen Rednern und Zwischenrufern des Bundestages. Man wollte und man will so weiterleben, als wenn das alles nicht geschehen wäre. Man versucht, die Schuld abzuschwächen, man verkleinert Verbrechen zu Fehlern, man stempelt das Schuldbekenntnis zu einer Selbstbezichtigung, die gegen die nationale Würde verstößt, man beginnt, sich zu rechtfertigen. Und wie jeder, der eine Schuld fühlt, sich ihr aber nicht stellt, bezichtigt und schmäht man den, an dem man schuldig geworden ist, auch den Russen und manchen Orts auch wieder den Juden. Das ist die psychologische Situation, aus der jene aggressiven Reden von der Befreiung des europäischen Ostens, von der Ausrottung des Bösen und des sowjetischen Systems erwachsen. Das ist der gefährliche unbewußte Hintergrund, aus dem der Ruf nach Massenvernichtungsmitteln in Deutschland ertönt. Das ist auch der tiefenpsychologische Grund, warum die politischen Konzeptionen der letzten Jahre gescheitert sind, mit ihnen die Wiedervereinigung.

Statt unsere unermeßliche Schuld zu bekennen und wie jeder ehrliche Schuldner mit äußerster Anstrengung abzutragen, haben wir uns in Bündnisse, in militante Abenteuer gestürzt und uns am Wirtschaftswunder berauscht. Geben wir einmal ehrlich zu, daß der neue deutsche Reichtum nur deswegen möglich geworden ist, weil wir weder unsere Schuld eingestehen noch unsere Schulden an die Welt bezahlt haben. Wären wir zu beidem ohne Einschränkung bereit, so würden wir wahrscheinlich auch den genauen Preis für die Wiedervereinigung erfahren haben. Vielleicht ist er kongruent unserem trügerischen Wohlstand im Westen. Hätten wir beides getan, so wären wahrscheinlich auch die politischen Gespräche mit dem Osten anders verlaufen. Begreifen wir doch, daß der Schuldige und Schuldner keine primären Forderungen stellen und schon gar nicht

Rangordnung und Reihenfolge der Themen bestimmen kann, sondern nur in geduldigen Gesprächen und in Opferbereitschaft alte Schuld tilgen und eine neue gereinigte Verständigung, auch über den Preis der Wiedervereinigung erreichen kann. Statt dessen finanzieren wir mit dem Geld, mit dem wir viele Wunden der Welt, die wir geschlagen haben, hätten heilen können, neue Streitkräfte und Vernichtungswaffen, die Rußland, dem wir am meisten verschuldet sind, als Bedrohung empfinden muß.

Solche Eingeständnisse kommen uns hart an. Das teilen sie mit jeder psychologischen Erkenntnis, und mit jeder inneren Wandlung. Der Gedanke, den eigenen Wohlstand vielleicht opfern zu müssen, um unser Unrecht endlich gut zu machen, um Friede und Wiedervereinigung zu gewinnen, dieser Gedanke mag vielen zunächst unerträglich erscheinen. Wem aber der Friede nicht jedes Opfer, auch das der Armut unseres Volkes, wert ist, der sollte nicht seinen uneingeschränkten Friedenswillen beteuern.

Man wird nach bekannter Manier auch diese psychologischen Erkenntnisse als unrealistisch und unbewiesen bezeichnen. Aber es gibt in der Tiefenpsychologie sehr genaue Beweise. Nicht nur der Neurotiker, sondern jeder Mensch reagiert sehr empfindlich, wenn das Thema angesprochen wird, das er verdrängt hat und sich im Unbewußten verheimlicht. Die Sprecher der Regierungsparteien haben genauso gereizt und empört reagiert, als Carlo Schmid durch sein Warschauer Bekenntnis ihre verdrängten Schuldgefühle ansprach. Es wehrt sich ja stets der Verdrängende gegen die Wahrheit. Daß sich diese verdrängte Schuld aber bereits — wie beim Neurotiker — in aggressiven Tendenzen niederschlägt, das beweisen der Ruf nach Stärke, der Beschluß der atomaren Bewaffnung und die kollektive Ekstase, die sie begleitete.

Wer die menschliche Stimme Albert Schweitzers, die Karl Bechert beschwor, überjohlen will, weil die gestern gefeierte Wahrheit des großen alten Mannes heute parteiprogrammwidrig und unbequem ist, der beweist, daß er der Ehrfurcht vor dem Leben schon den Rücken gekehrt hat und daß sich seine Entscheidung unterirdisch aus solchen aggressiven Tendenzen speist.

Wir sollten auch in der Politik hinter den rational begründeten Programmen die psychologischen Triebfedern sehen. Wir sollten der maskenreichen Bühne des Bewußtseins und ihren Souffleuren mißtrauen, damit wir hinter den moralisch verbrämten Texten die verschobenen Zeichen des Unbewußten erkennen. Dann erst können wir hoffen, daß altes Unrecht nicht neue Untat gebiert. Es bleibt uns nicht erspart, dieses alte Unrecht, wie Romano Guardini sagt, aufzuarbeiten. Er hat dreifach begründet, warum Unrecht nicht ungesühnt bleiben darf. Es ist ein Sittengebot und unser Gewissen weiß das unmittelbar. Unrecht ist aber ebenso real, eine Macht, die weiterwirkt, wenn sie nicht bewältigt und neu eingeordnet wird. Und Unrecht ist drittens unmittelbare geschichtliche Wirksamkeit. Genau wie im einzelnen so wird auch in der Geschichte eine Schuld der res publica, die nicht erkannt, verurteilt und gesühnt ist, „zur immer wiederkehrenden Form des Verhaltens und zerstört die politische Existenz". Das ist kein Moralgerede, sondern einfache Wahrheit (Romano Guardini). Sorgen wir also dafür, daß das Ungeheuerliche, das wir Deutsche über die Welt gebracht haben, nicht aus unserem Bewußtsein verdrängt wird. Denn dann würde es als Modell unserer künftigen Taten zerstörend weiterwirken.

Damit soll nicht der unselige Begriff der Kollektivschuld wieder aufleben. Dieser irrtümliche Begriff der Sieger hat die Verdrängung der Schuld in Deutschland nur begünstigt. Es gibt nur individuelle Schuld. Nie kann die Tat eines anderen mir zur Schuld werden. Aber es gibt die Solidarität des einzelnen mit seinem

Volke. Wie in der Familie mich Ehre, Leistung und Schuld der Meinen mitbetrifft, so muß ich auch Schuld und Unrecht meines Volkes in meine Verantwortung nehmen und alles, was mir möglich ist, dazu tun, sie zu tilgen. Auch das hat Guardini gesagt und hinzugefügt, daß ich andernfalls nur ein Schmarotzer bin.

In manchen der sogenannten primitiven Kulturen lebt ein genaueres Rechts- und Schuldgefühl fort als in der Hochzivilisation des Westens. Dort reinigt sich der heimkehrende Krieger noch in strengen und harten Ritualen von der Schuld des Tötens. Wir bauen Kriegerdenkmäler und gründen Kriegervereine, in denen man töten und Tod aufs neue glorifiziert. Auch der Sieger reinigt sich nicht, er berauscht sich an Feiern. Die Armeen der technischen Zeit beten nicht mehr wie einst vor der Schlacht. Sie rufen nicht Gott an, sondern die Kaliber der Bomben.

Hier wäre manches zu sagen zur Psychologie der Angst, des Todestriebes und der Selbstzerstörung des Menschen. Das würde weitab von unserem Thema führen. Nur dies soll noch gesagt sein: Angst hat nicht der, der auf Waffen verzichtet, sondern der, der sie fordert. Es gehört heute mehr Mut dazu, zu bekennen und mit dem Osten zu verhandeln als mit nuklearen Waffen zu drohen und abzuschrecken. Auch das wurde aus den Worten manches Sprechers der Regierungsparteien psychologisch sehr klar. Selbst die Ambivalenz wurde hörbar, mit der man den Massenvernichtungsmitteln gegenübersteht. Auch diese Ambivalenz ist dem Psychologen vertraut. Es graue ihnen, so sagen die Redner, vor den nuklearen Waffen. Aber tief innen „genießen sie den Gedanken der ungeheuren Macht", die ihnen die Vernichtungswaffe verleiht. So hat es der amerikanische Psychologe A. M. Meerloo schon 1950 niedergeschrieben. Er kennt „unter der glänzenden Rüstung unserer Seelen" den archaischen Wunsch nach Krieg und Zerstörung. Er kennt ihn aus den Angstträumen amerikanischer Bomberbesatzungen. Er kennt auch diese Ambivalenz, in der sich Grauen vor der Waffe mit dem heimlichen Genuß der Macht mischt. Haben — so fragt er — nicht unsere Reporter bedauert, „daß die Resultate von Bikini nicht riesiger und sensationeller waren?" Vergessen wir nicht, daß in den „comic strips", die zu Amerikas beliebten Exportartikeln gehören, der „superman" durch einen Druck auf den Knopf den weltzerstörenden Elektronenkrieg auslöst. Das sagt nicht nur dem Amerikaner Meerloo, sondern uns allen genug von der unterirdischen Psychologie dieser Zeit.

Man wird auch diese Konsequenzen aus der psychologischen Erkenntnis als unwürdige Selbstbezichtigung und als Kapitulation vor dem Kommunismus abtun. Nun, wenn das Schuldbekenntnis und der Wille, Unrecht zu sühnen, als Verrat gelten, dann gibt es kein menschliches Gespräch mehr. Dann sind Abendland, Rechtsstaat und Humanität nur noch Phrasen. Nicht die Gegner der atomaren Aufrüstung kapitulieren vor den Sowjets. Deutschland hat 1945 vor ihnen total kapituliert. Aber es hat die Konsequenzen daraus nicht gezogen. Es treibt über die verdrängte Kriegsschuld mit psychologischer Notwendigkeit in neue aggressive Haltungen und in das tödlichste Experiment seiner Geschichte hinein. Das hat die Debatte des Bundestages bewiesen.

Richard E. Sperber

# Amerika und die deutsche Frage

Der Verfasser dieses Beitrages ist Erster Vorsitzender des „Amerikanischen Rates für die Wiedervereinigung Deutschlands", der seinen Sitz in Chicago hat. Der Rat, der die Aufrüstung der Bundeswehr im amerikanischen und im deutschen Interesse ablehnt, hat sich vor wenigen Tagen in einem Memorandum an den Abrüstungsausschuß des US-Senats gewandt. Der Wortlaut dieser Eingabe ist in den nachfolgenden Ausführungen enthalten. D. Red.

## Amtliches Totschweigen

Die gegenwärtige Wirtschafts-Rezession in den Vereinigten Staaten beherrscht das Denken der Menschen in so hohem Maße, daß andere Probleme — selbst weltpolitische Ereignisse von weittragender Bedeutung — demgegenüber in den Hintergrund getreten sind. Unter diesen psychologischen Voraussetzungen („Das Hemd ist uns näher als der Rock") finden selbst dramatische Erklärungen wie diejenigen des sowjetrussischen Außenministers Gromyko über die Einstellung der Atomversuche nicht die gebührende öffentliche Beachtung. Der Durchschnittsbürger glaubt seinen Zeitungen, daß es sich auch dabei nur um einen russischen Propagandatrick gehandelt hat, und überläßt im übrigen das Tauziehen um eine Gipfelkonferenz den verantwortlichen Politikern in Washington.

Unter solchen Umständen und bei einer derartigen Mentalität kann es nicht wundernehmen, daß das Problem der deutschen Wiedervereinigung aus der öffentlichen Diskussion Amerikas fast völlig verschwunden ist. Trotz der Beteuerungen der deutschen Bundesregierung bei ihren für die deutsche Öffentlichkeit bestimmten Proklamationen, daß die Wiedervereinigung nach wie vor das Hauptziel ihrer Politik sei, halten ihre offiziellen diplomatischen Vertreter in den USA immer noch an ihrer Politik des Totschweigens gegenüber diesem deutschen Anliegen fest, wo es angesichts der Lage erst recht geboten wäre, es unermüdlich zu erläutern und im Zusammenhang mit den anderen großen Weltproblemen (Atomversuche — Gipfelkonferenz — Abrüstung) zu interpretieren. Wenn deutsche Diplomaten sich überhaupt öffentlich vernehmen lassen, dann ist es bestenfalls eine Rundfunk-Diskussion über den Gemeinsamen Markt oder die Nato; niemals aber über die deutsche Wiedervereinigung.

Die amtliche deutsche Apathie in der Wiedervereinigungsfrage war mit ein Grund, warum sich verantwortungsbewußte Deutschamerikaner in Chicago zusammenfanden, um dieses wichtige Problem nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Naturgemäß konnte unser Rat bei der Erörterung der Wiedervereinigung Deutschlands nur von den Interessen der Vereinigten Staaten ausgehen, denen wir als Bürger dieses Landes verpflichtet sind. Erfreulicherweise ergab sich dabei jedoch — selbst bei kritischer Prüfung aller Zusammenhänge — immer wieder ein Gleichklang der Interessen zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Volk. Wir konnten bei unseren Beratungen einwandfrei feststellen: Die Wiedervereinigung Deutschlands ist nicht nur die Voraussetzung für die nationale Zukunft des deutschen Volkes, sondern liegt auch im Interesse der Sicherheit Amerikas.

## Gefährliches Risiko

Ein Blick auf die Weltkarte genügt, um festzustellen, daß der Eiserne Vorhang in Deutschland heute die einzige Front ist, an der sich amerikanische und sowjetrussische Truppen unmittelbar — wie in einer Hauptkampflinie — gegenüber-

stehen. Es ist aber ein uraltes Axiom, daß dort, wo gegeneinandergerichtete Streitkräfte eine Landfront bilden, politische Reibungsflächen entstehen, an denen sich leicht bewaffnete Konflikte entzünden können. Die Zahl der historischen Tatsachenbeweise für diese Wahrheit ist Legion und wird heute von keinem vernünftigen Menschen mehr bestritten.

Jede Verstärkung dieser Truppen — auch in Friedenszeiten — durch moderne Waffen bringt unausbleiblich eine Verschärfung des militärischen Drucks auf die Gegenseite mit sich. Dem Gegner bleibt nur die Alternative übrig, diesen verstärkten militärischen Druck durch eigene Rüstungen auszugleichen oder — wenn er dazu nicht in der Lage ist — sich durch politisches Nachgeben dieses unerträglichen Drucks zu entledigen. Es ist heute für jedermann offensichtlich, daß dies die grundlegende Erwägung des amerikanischen Außenministers John Foster Dulles war, als er im Jahre 1952 seine Politik des „roll back" konzipierte. Jene andere Politik des „containment" des früheren Planungsbeamten im Staatsdepartement, Georg Kennan — der damit weiteren russischen Expansionen einen Riegel vorschieben wollte — genügte den Republikanern anscheinend nicht mehr, sondern sollte durch eine politische Gegenoffensive — einschließlich der Parole der Befreiung der osteuropäischen Staaten von sowjetischer Hegemonie — ersetzt werden. Noch im Präsidentschaftswahlkampf 1952 konnte man Mr. Dulles im Brustton der Überzeugung von der Befreiung der baltischen Staaten reden hören. In Deutschland wurde die Politik des „roll back" als „Politik der Stärke" bekannt, die zur Befreiung der sowjetischen Besatzungszone führen sollte, indem man die Sowjetunion durch überlegenen militärischen Druck zum Rückzug hinter ihre Grenzen zwingen wollte.

Die Erwartungen, die man im Westen an diese Politik knüpfte, beruhten auf der Annahme, daß es der Sowjetunion nicht gelingen werde, die amerikanische Überlegenheit auf dem Gebiet der Atomwaffen und der Luftstreitkräfte — von den Seestreitkräften ganz zu schweigen — auszugleichen. Wie aber heute selbst der hartnäckigste Anhänger dieser Politik zugeben muß, hat sich dies als eine schwere Fehlspekulation erwiesen, die sogar auf einem Gebiet — den Weltraumraketen — zumindest vorübergehend zu einer Übertrumpfung Amerikas durch die Sowjetunion geführt hat.

Anstatt nun die politischen Konsequenzen aus der neuen strategischen und technischen Weltlage zu ziehen, hat Dulles am 16. Dezember 1957 auf der Nato-Konferenz in Paris die Flucht nach vorne angetreten. Statt den Versuch zu unternehmen, mit den Sowjets aus der immer noch sehr beachtlichen Position gleich starker militärischer Macht heraus zu verhandeln und einen modus vivendi zu finden, hat Dulles es vorgezogen, die Sowjetunion durch die Ausrüstung der europäischen Nato-Verbündeten mit Atomwaffen erneut unter verschärften militärischen Druck zu setzen. Nach uralten geopolitischen Gesetzmäßigkeiten muß dieser Versuch genau so ausgehen wie alle vorherigen: Druck erzeugt Gegendruck, und die Sowjets werden ihrerseits nichts unterlassen, um den erhöhten Druck durch geeignete Maßnahmen wieder matt zu setzen.

Was für die westeuropäischen Staaten angesichts der russischen Warnungen vor atomaren Vergeltungsschlägen im Falle eines Krieges schon ein gefährliches Risiko bedeutet, stellt sich im Falle der unmittelbar im russischen Vorfeld liegenden Bundesrepublik Deutschland als geradezu tollkühnes Wagnis dar. Sich angesichts eines gewaltig überlegenen potentiellen Gegners mit den gefährlichsten Vernichtungswaffen auszurüsten, kommt einer Herausforderung des Riesen Goliath durch den kleinen David gleich. Es wäre jedoch für die Deutschen lebensgefährlich, aus diesem Vergleich auch auf den möglichen Ausgang eines solchen

Kampfes zu schließen. Gewiß kann die Sowjetunion durch Atomwaffen vernichtend getroffen werden, aber nur um den Preis des deutschen Untergangs!

Natürlich kann man dagegen einwenden, daß es nicht in der Absicht der Nato-Staaten liegt, die Sowjetunion anzugreifen. Das sei unbestritten; aber die Geschichte hat zur Genüge bewiesen, daß die Anhäufung von politischem Zündstoff genügt, um durch einen einzigen Funken große Explosionen auszulösen. Der Zündstoff an der Zonengrenze in Deutschland ist schon groß genug, um Anlaß zu schweren Besorgnissen zu geben. Wenn er jetzt auch noch durch Anschaffung von Atomwaffen für die deutsche Bundeswehr ins Unermeßliche vermehrt wird, wie es der Deutsche Bundestag beschlossen hat, dann könnte ein kleiner Zwischenfall genügen, um eines Tages die Atombomben losgehen zu lassen.

Das Memorandum

In Erkenntnis dieser sehr realen Gefahren hat der „Amerikanische Rat für die Wiedervereinigung Deutschlands" dem Abrüstungs-Ausschuß des US-Senats ein Memorandum übermittelt, das folgendes feststellt:

I.

1. Eine Atombewaffnung in Westdeutschland würde fast automatisch und notwendigerweise zur Atomausrüstung der polnischen, der tschechoslowakischen und der sowjetzonalen Armee durch die Sowjetunion führen. Dies würde ein mögliches Übergewicht in der Balance der militärischen Macht zwischen den westdeutschen Streitkräften und diesen drei kommunistischen Satelliten-Armeen mehr als wettmachen.

2. Sie würde den militärischen Druck und damit die politischen Spannungen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs in Deutschland vermehren und dadurch die Kriegsgefahr in Europa erhöhen. Da unsere Truppen in Westdeutschland stationiert sind, wären die Vereinigten Staaten automatisch mit verwickelt und würden selber nuklearen Angriffen durch sowjetische Interkontinental-Raketen unterworfen sein.

3. Ohne für Westdeutschland oder die Nato-Allianz mehr Sicherheit zu gewährleisten, würden Nuklear-Waffen für die Bundeswehr die Wiedervereinigung Deutschlands vollständig unmöglich machen.

4. Falls sie verwirklicht wird, würde Atombewaffnung der deutschen Streitkräfte den Erfolg einer Gipfelkonferenz der Regierungschefs — die für September dieses Jahres geplant ist — schwer gefährden.

5. Die russische Bereitschaft zu einer allgemeinen Abrüstung würde sehr wahrscheinlich weiter sinken.

6. Das deutsche Parlament fällte diese Entscheidung über die Atombewaffnung, bevor der Nato-Rat überhaupt zusammengetreten war, um diese Frage zu erwägen und darüber zu entscheiden, geschweige denn bevor er die deutsche Regierung ersucht hat, sich einer solchen Entscheidung zu fügen. Die nächste Sitzung des Nato-Rats ist für den 5. Mai anberaumt. Die deutsche Bundestags-Entscheidung muß daher als eine verfrühte Maßnahme betrachtet werden, die dazu geeignet ist, die Stellungnahme der anderen Nato-Mächte zu präjudizieren.

7. Amerika darf niemals die Entscheidung über Krieg und Frieden in die Hände einer ausländischen Regierung legen, sondern muß dieses höchste Vorrecht über Leben oder Tod unseres Volkes dem Kongreß der Vereinigten Staaten vorbehalten. Die Bundestags-Entscheidung könnte jedoch Amerika durch den Pakt-Automatismus der Nato in einen Krieg hineinziehen, ohne unserer Regierung irgendeine andere Alternative übrig zu lassen, als sich der Entscheidung zu fügen, die andere für uns treffen.

8. Wie öffentliche Meinungsfragen bewiesen haben, sind 83 Prozent der westdeutschen Bevölkerung gegen eine nukleare Bewaffnung der Bundeswehr und gegen die Errichtung von Atomraketen-Basen auf deutschem Boden eingestellt.

9. Unmittelbar nach der Bundestagsentscheidung brachte das Mitglied des britischen Parlaments J. Stonehouse — von 14 anderen Abgeordneten unterstützt — einen Antrag im Unterhaus ein, daß die deutsche Bundeswehr nicht mit Atomwaffen ausgerüstet werden sollte.

10. Das Gesetz ist in den Vereinigten Staaten immer noch in Kraft, das es weder dem Präsidenten noch der Regierung gestattet, amerikanische Atomwaffen an die Streitkräfte eines fremden Landes — nicht einmal an eine verbündete Nation — auszuliefern.

II.

Auf Grund all dieser Tatsachen kann kaum behauptet werden, daß die Atomausrüstung der westdeutschen Streitkräfte durch die nationalen Interessen der Vereinigten Staaten erfordert wird.

Als vernünftige Alternative — zumindest als Grundlage für Verhandlungen — würde der sogenannte „Rapacki-Plan" des polnischen Außenministers Adam Rapacki den Beginn einer graduellen Atomabrüstung durch Schaffung einer Zone in Mitteleuropa bieten, die Polen, die Tschechoslowakei, die Sowjetzone Deutschlands und die Bundesrepublik Deutschlands umfaßt, wo keine Nuklear-Waffen hergestellt oder gelagert werden dürfen.

Diese Zone könnte später durch die Hinzunahme Ungarns, Rumäniens, Bulgariens und Albaniens in Ost-Europa und Dänemarks, der Niederlande, Belgiens und Luxemburgs in West-Europa erweitert werden.

Die Sowjetunion hat in einer Konferenz zwischen Nikita S. Chrustschow und dem polnischen Kommunistenführer Wladislaw Gomulka sogar angeboten, die Unverletzlichkeit dieser Zone durch Atombeschuß zu garantieren, wenn die Westmächte bereit wären, das Gleiche zu tun.

Bezeichnenderweise hat der schwedische Reichstag kurz vor dem deutschen Bundestag über die gleiche Frage entschieden, ob seine nationalen Streitkräfte mit Atomwaffen ausgerüstet werden sollen. Im Gegensatz zu den Deutschen hat das schwedische Parlament dafür gestimmt, diese Entscheidung aufzuschieben 1. um mögliche Verhandlungen über den Rapacki-Plan nicht zu stören und 2. weil eine schwedische Atomwaffen-Produktion in den nächsten zwei Jahren nicht zu erwarten ist.

III.

Nachdem von gewisser europäischer Seite behauptet wurde, daß die Annahme des Rapacki-Plans den Rückzug der amerikanischen Truppen aus Europa erzwingen würde, muß darauf hingewiesen werden, daß kein solcher Rückzug notwendig wäre. Wenn mit den Russen ein Abkommen über den beiderseitigen Truppenrückzug aus deutschem Gebiet ausgehandelt werden kann, so würde dies nicht bedeuten, daß wir unsere Truppen nach den Vereinigten Staaten zurücknehmen müssen. Wie bereits früher durch den US-Senator Hubert H. Humphrey, Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstung, im Senat festgestellt wurde, müssen amerikanische Truppen auf dem europäischen Kontinent verbleiben, selbst wenn eine militärische Loslösung aus Deutschland und eine anschließende Umgruppierung unserer Streitkräfte stattfindet.

Der Amerikanische Rat für die Wiedervereinigung Deutschlands hat in seinem „General-Plan" die Verlegung der amerikanischen Truppen von Deutschland nach Spanien befürwortet, von wo die Kernlandschaften der Sowjet-

union immer noch durch Mittelstreckenraketen zu erreichen wären und wo die Nato weiterhin starke amerikanische Militär-Unterstützung auf dem europäischen Kontinent hätte."

Das Memorandum kommt zu der Schlußfolgerung, daß durch die nukleare Bewaffnung der deutschen Streitkräfte die Sicherheit Amerikas und der gesamten atlantischen Gemeinschaft aufs Spiel gesetzt würde. Aus diesem Grund werden Maßnahmen des Kongresses nicht nur für gerechtfertigt, sondern sogar für geboten erachtet.

In der Aussprache über dieses Memorandum in einer außerordentlichen Sitzung des Rates am 2. April 1958 legte ich meinen Kollegen folgende Hypothese vor: Nehmen wir einmal an, die Insel Kuba wäre mit der Sowjetunion im Warschauer Pakt verbündet und würde auf ihren Flugplätzen russische Flugzeuge mit Atom- und Wasserstoffbomben stationieren, die innerhalb von wenigen Stunden die wichtigsten Industriezentren Amerikas erreichen könnten. Nehmen wir ferner an, die südamerikanischen Staaten Brasilien, Kolumbien, Ecuador, Peru, Venezuela sowie die mittelamerikanischen Republiken wären ebenfalls Mitglieder des Warschauer Pakts. Nehmen wir schließlich an, Mexiko sei in einem Kriege mit den USA geschlagen, besetzt und in eine nördliche sowie eine südliche Hälfte geteilt worden. Während der nördliche Teil von unseren Truppen besetzt ist, hat sich die südliche Hälfte zu einem eigenen Staat organisiert und sich dem Warschauer Pakt angeschlossen. Gegenwärtig ist Süd-Mexiko dabei, eine neue Armee aufzustellen, und beschließt jetzt durch sein Parlament, diese Truppen sogar mit Atomwaffen auszurüsten. Was würden die USA in solcher Lage tun?

Auf den Gesichtern meiner Zuhörer zeigte sich kaltes Entsetzen über diese Vision. Setzt man aber für USA das Wort „Sowjetunion", für Warschauer Pakt die „Nato", für Kuba „England", für die südamerikanischen Staaten „Westeuropa" und für Mexiko „Deutschland" ein, dann hat man ungefähr die gleiche militärische Lage, in der sich die Sowjetunion heute befindet.

Es war bisher eine bekannte Fähigkeit der Amerikaner, sich in die Lage des andern zu versetzen („to put yourself into the other fellow's shoes"). In der Weltpolitik — besonders gegenüber der Sowjetunion — scheint uns diese Fähigkeit abhanden gekommen zu sein. Man wird sie aber wieder erlernen müssen, wenn man auf einer kommenden Gipfelkonferenz nicht wieder aneinander vorbeireden, sondern praktische Ergebnisse erzielen will!

### Friedensvertrag und Gipfelkonferenz

Und damit kehren wir wieder zum Ausgangspunkt unserer Betrachtungen zurück: Zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands. Bis zum gegenwärtigen Stand der Vorverhandlungen für eine Gipfelkonferenz haben die USA darauf insistiert, daß die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands auf die Tagesordnung einer Gipfelkonferenz gesetzt werden müsse. Die Sowjetunion hat ebenso entschieden abgelehnt und darauf verwiesen, daß diese Frage eine Angelegenheit „der beiden deutschen Staaten" sei. Es ist das Verdienst des deutschen Bundestagspräsidenten Dr. Eugen Gerstenmaier, den Versuch unternommen zu haben, die deutsche Frage in Gestalt eines Friedensvertrages doch noch zum Thema einer Gipfelkonferenz zu machen. Leider ist der Versuch inzwischen schon an der Frage gescheitert, mit wem ein deutscher Friedensvertrag abzuschließen wäre.

Merkwürdigerweise hat man bisher aus Deutschland noch keinen Hinweis auf den sowjetischen Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland vernommen, der am 1. Februar 1954 auf der „Berliner Konferenz" durch den damaligen russischen Außenminister W. M. Molotow den Außenministern der Westmächte überreicht wurde. In diesem Vertragsentwurf steht nämlich unter „Politische

Leitsätze" als Punkt Nr. 1 klipp und klar: „Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt. Damit wird der Spaltung Deutschlands ein Ende gesetzt, und das geeinte Deutschland gewinnt die Möglichkeit, sich als unabhängiger, demokratischer und friedliebender Staat zu entwickeln."

Bemerkenswert sind auch die folgenden Punkte: „2. Sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte müssen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages aus Deutschland abgezogen werden. Gleichzeitig werden sämtliche ausländischen Militärstützpunkte auf dem Territorium Deutschlands beseitigt. 3. Dem deutschen Volk müssen die demokratischen Rechte gewährleistet sein, damit alle unter deutscher Rechtsprechung stehenden Personen ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion die Menschenrechte und die Grundfreiheiten genießen, einschließlich der Redefreiheit, der Pressefreiheit, des Rechts der freien Religionsausübung, der Freiheit der politischen Überzeugung und der Versammlungsfreiheit. 4. In Deutschland muß den demokratischen Parteien und Organisationen freie Betätigung gewährleistet sein; sie müssen das Recht haben, über ihre inneren Angelegenheiten frei zu entscheiden, Tagungen und Versammlungen abzuhalten, Presse- und Publikationsfreiheit zu genießen."

Diese Sätze hätten ebenso gut in einem amerikanischen Entwurf eines Friedensvertrages für Deutschland stehen können. Besonders auffallend ist, daß dieses außerordentlich weitgehende Entgegenkommen in der deutschen Frage von der Sowjetunion gezeigt wurde, nachdem die Bundesrepublik bereits Mitglied der Nato und der Weu geworden war.

Bekanntlich wurde dieser russische Friedensvertrags-Entwurf schon am nächsten Tag von Dulles, Eden und Bidault verworfen, weil er keine Bestimmungen über freie Wahlen in ganz Deutschland enthielt. Dabei wären freie Wahlen spätestens nach dem Abzug der Besatzungstruppen — also ein Jahr nach Inkrafttreten des Vertrags — ohne weiteres möglich gewesen, wenn die deutschen Parteien — denen im Vertrag ausdrücklich Betätigungsfreiheit zugesichert war — allgemeine Parlamentswahlen veranstaltet hätten. Niemand hätte sie daran hindern können, und die Kommunisten wären mit Sicherheit die Verlierer gewesen.

In Wirklichkeit wurde der Entwurf Molotows von den Westmächten nicht wegen der angeblich freien Wahlen, sondern wegen des siebenten Punktes abgelehnt, der folgendermaßen lautete: „Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat." Damit war klar zum Ausdruck gebracht, daß das wiedervereinigte Deutschland weder Mitglied der Nato noch des Warschauer Pakts werden dürfe.

Zusammenfassend können wir feststellen: Eine Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit kann nur erfolgen bei genauer und elastischer Berücksichtigung der realen militärischen und politischen Gegebenheiten in Europa. Ohne militärische Entspannung und ohne genügende Sicherheitsgarantien, auch gegenüber Rußland, wird es keine Wiedervereinigung geben. Durch eine amerikanisch-russische Annäherung und durch gegenseitige Nichtangriffs-Garantien werden die beiden Teile Deutschlands als militärische Auslandsbasen und Militärstützpunkte für jede der beiden Seiten an Interesse verlieren.

Es wäre daher jetzt Aufgabe der westlichen Diplomatie, auf die russischen Friedensvertrags-Vorschläge von 1954 zurückzukommen, um die deutsche Frage auf diese Weise doch noch auf die Tagesordnung einer Gipfelkonferenz zu bringen.

---

Prof. Dr. Wilhelm Hasenack

# Deutschland am Scheideweg

## Vestigia terrent

In weniger als einem halben Jahrhundert hat die Menschheit zweimal durch grausame technische Weltkriege den Glauben an menschliche Vernunft und an christliche Nächstenliebe fast verloren. Gebranntes Kind scheut das Feuer; man sollte meinen, daß Völker, welche den Krieg der verbrannten Erde und der zerbombten Städte erlebt haben und welche Millionen und Abermillionen von Toten beklagen mußten, das Böse scheuen: den Flächenbrand, die biologische Zerstörung und den Massentod. Die weit überwiegende Mehrheit in jedem Volk tut das auch, und es steckt schon ein gut Teil weltpolitischer Tragik, ja — ungewollt — etwas Teuflisches dahinter, wenn trotz dieser allgemeinen Sehnsucht nach endlicher Sicherheit im Leben der Einzelnen, der Familien und der Völker schon wieder das Gespenst neuer systematischer Massenvernichtung riesengroß vor uns steht, ins Unendliche gesteigert durch die Möglichkeit der Verwendung atomarer Waffen.

Sogar bei der Verfolgung von friedlichen wirtschaftlichen Zwecken mit atomtechnischen Mitteln ist heute und künftig noch mehr Vorsicht und weitschauende Planung am Platz, als sie oft angewandt wird. Wieviel größer ist das Wagnis und die Gefährdung bei der praktischen Verwendung dieser an sich bewundernswerten Erkenntnisse der modernen Kernphysik, wenn man sie für die Vernichtung von Menschenmassen und für die Ausrottung ganzer Völker „rationell" vorbereitet!

Über diese Zusammenhänge denken die Völker, auch die sowjetischen, taktisch und strategisch, politisch und eugenisch im ganzen anders, als die meisten Generalstäbe und Regierungen, wenn auch leider diese entscheidende Meinungsverschiedenheit viel zu wenig deutlich wird und das Handeln der politischen Stellen zu wenig von ihr entsprechend bestimmt wird. Es sind nicht allein die „Göttinger 18" oder die 101 deutschen Gelehrten oder die über 9000 Naturwissenschaftler aus allen Ländern und Kontinenten der Erde, die warnend ihre Stimme erheben. Vor allem die Frauen und Mütter sehen dieses erneut Tod bringende Unheil. Aber sie sollten es nicht nur entsetzt sehen, sondern sich auch dagegen wehren, daß ihre Kinder, mit Opfern zum Leben gebracht, einem solchen sinnlosen Verderben ausgeliefert werden können. Denn es ist Utopie und verantwortungslose Bagatellisierung zu glauben, daß es bei atomarer Kriegführung wirklichen und dauernden Schutz gäbe.

## Atombombenversuche als Vorbereitung und systematische Erfolgssicherung wechselseitigen Massenmordes

Welch politisches Verhängnis liegt darin, wenn bei lebenswichtigen politischen Entscheidungen in den Kabinetten und in den Parlamenten jeglicher Rest von Vernunft blindlings außer Kraft gesetzt wird, sicherlich oft in bestem Glauben, dem eigenen Volk insgesamt nachhaltig damit zu dienen. Hinter diesem Unbegreiflichen steht als Erklärung eine fast wahnwitzige Angst vor allem, was der politische Gegner tun könnte. So werden auf beiden Seiten der verhärteten Fronten planvoll Dinge vorbereitet, die, gewollt oder ungewollt, einmal eine Vernichtung apokalyptischen Ausmaßes über die ganze Menschheit bringen müssen. Dazu ist „nur" nötig, daß eine ungeheuerliche Verantwortungslosigkeit oder auch nur ein unheilvolles Mißverständnis oder ein tragisches Versagen der modernen Technik dem verhängnisvollen ersten Schritt zu dieser Zerstörung

freien Lauf gibt, zu dieser dann auch für die scheinbar „noch einmal Davongekommenen" nicht mehr reparierbaren, vielmehr dann endgültigen und tödlichen Verpestung der Atmosphäre, des Bodens und des Wassers.

Es ist die Frage berechtigt, ob es nicht schon Wahnwitz ist, diese Zerstörung auf beiden Seiten „vorsorglich" und als angeblichen „Schutz" vorzubereiten. Allein schon durch die Zündung von H-Bomben und durch ganze Versuchsreihen in Nevada, Sibirien, Australien und auf Atolls der Südsee werden vor allem über die Jugend in aller Welt schwere biologische Entartungsgefahren gebracht. Trotz der leichtfertigen Bagatellisierung dieser Dinge, ja der intellektuellen Falschmünzerei durch geflissentliche Umfärbung ins biologisch angeblich wenigstens potentiell Positive (!), etwa durch Pascual Jordan und Teller, kann der Degenerations-, Krankheits- und Todeseffekt schon der H-Bombenversuche riesengroß sein. Dies auch dann, wenn die Folgen für die menschlichen Gene vielleicht erst in Jahrzehnten den buchstäblich zu Tode erschreckten Generationen nach uns sichtbar werden. Strontium 90 heißt das infernalische Gift, das sogenannte „Realpolitiker" auf beiden Hälften der politischen Hemisphäre für die Menschheit eifrig und unbelehrbar bereiten.

Da schon die Vorbereitung einer auf immer höherer absoluter Ebene erstrebten Atomwaffenparität für die Menschheit Krankheit und für viele Einzelne verfrühten Tod bringen kann, so bedeutet die Fortführung der H-Bombenversuche, sei es in der Luft, sei es tief in der Erde, in der Wirkung ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und dem Motiv nach Selbstmord aus Angst vor dem Tode.

### Das russische Stop-Angebot zu kriegstechnischen atomaren Versuchsreihen

Ganz gleich, welche Motive letztlich hinter der angekündigten bzw. vorgeschlagenen Einstellung weiterer Versuchsexplosionen durch die Sowjet-Regierung stecken mögen: die politisch und militärisch im Augenblick entscheidenden Stellen des Westens werden sich von künftigen Generationen einer schweren Schuld, m. E. eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit zeihen lassen müssen, wenn sie starr und stur mit dem Hinweis auf bloßen Propaganda-Charakter es ablehnen sollten, einen solchen ersten wichtigen Schritt gemeinsam zu unternehmen. Die Behauptung, daß unterirdische Atomexplosions-Experimente seismographisch nicht aufgezeichnet würden, entspricht nicht den Tatsachen, und der beruhigende Hinweis auf radioaktiv „saubere" H-Bombenzündungen des Westens untertreibt die Gefahren und gehört in das reichhaltige Arsenal der unverantwortlichen künstlichen Beruhigungsmittel. Diese nehmen im Munde von Ministern einen etwas naiven Charakter an, wenn nachweislich erfolgreiche Raketenabschüsse als „Bluff" bezeichnet werden oder ihre potentielle militärische Bedeutung mit dem kindlich vertrauenden Hinweis: „Hoch ist nicht flach!" erschütternd irreal geleugnet wird. Die Russen scheinen — leider erfolgreich — die in einen Mantel aus natürlichem Uran gekleidete „Drei-F-Bombe" entwickelt zu haben, deren Explosion eine besonders starke radioaktive Verseuchung der Luft bewirkt, wovon Japan in stellvertretendem Vor-Leiden zunächst die schlimmsten Folgen spürt. Es ist durchaus möglich, daß die Bereitschaft Rußlands zu einem Versuchsstop für thermonukleare Waffen mit diesem „Erfolg" der letzten, mit brutaler Konsequenz durchgeführten Versuchsreihe zu erklären ist und nicht, was ohnehin unwahrscheinlich, auf eine innere Wandlung zurückzuführen ist. Aber kann, wie General Norstad will, angesichts des verbrecherischen Charakters der Atomversuche mit nachfolgenden, die Menschheit gefährdenden radioaktiven Ausschüttungen die Folgerung vernünftigerweise die sein,

daß die Kernwaffenversuche auf der westlichen Seite fortgeführt werden müssen?

Die Folgerungen können logisch nur sein:

1. Nicht nur Einstellung der A-, H-, Drei-F- usw. Bombenversuche, sondern auch Aufhören der Atomwaffenproduktion;
2. Überführung der Atomwaffenvorräte in eine — technisch heute schon mögliche — Form, daß aus ihnen langfristig Energie für zivil-industrielle Zwecke gewonnen wird;
3. Durchsetzung eines doppelseitigen wirksamen Inspektionsverfahrens.

Sollten die Russen hierzu nicht bereit sein, so wären die Folgen für die Menschheit katastrophal und der bloße Propaganda-Charakter der Erklärung von Gromyko wäre dann bewiesen. Aber das ist nicht sicher, sondern muß ebenso gewissenhaft wie geschickt ausprobiert werden.

Sind die Russen wirklich nicht zu einem fairen, jede hinterhältige Umgehung auf beiden Seiten ausschließenden Inspektions- und Kontrollsystem bereit, so ist für die Menschheit kein Ausweg mehr vorhanden. Dann muß man — ohne Panik, mit Tapferkeit — resignieren und darf das dann auch, ohne daß der Westen sich selbst Vorwürfe über ausgelassene Gelegenheiten machen müßte. Die schwer glaublichen psychologischen Torheiten und politischen Mißgriffe, welche die Regierungen des Westens sich bisher, auf der brüchigen Basis einer vermeintlichen „Politik der Stärke" haben zu schulden kommen lassen, wären ausgeglichen und in ihrer gefährlichen Wirkung auf die Einheit und Mentalität der westlichen Bevölkerung endlich kompensiert.

Aber so weit sind wir längst nicht. Im Gegenteil: Weitere Mächte, z. B. Frankreich, glauben, sich den Zugang zu dieser angeblich „heroischen" Atomwaffe sichern zu müssen, wodurch die Unsicherheitsrisiken in nicht wenigen Teilen der Welt noch weiter vergrößert werden würden. Denn wenn auch noch politische Leidenschaften und ein Sichanklammern an traditionelle, längst zur leeren Hülle gewordene Machtpositionen einzelner Nationen (schmerzliche Reminiszenzen an „grande nation" u. dgl.) zu den atomtechnischen Gefahren hinzukommen, so können bei der heutigen kernphysikalischen Situation davon hochbrisante, buchstäbliche Explosionshandlungen ausgehen.

### Die Abschreckungslegende

Mit erstaunlicher Verachtung jeder rationalen Logik sagen nun die Militärs auf beiden Seiten, die Atomrüstung sei als wechselseitige Abschreckung nötig, und es ist kein Zweifel, daß sie das zumeist ehrlich glauben und im Gesamtrahmen ihrer militärischen Überlegungen für vertretbar halten. Wer aber zwei Weltkriege bewußt miterlebt hat und nicht in erster Linie militärisch denkt, weiß, daß eine systematische, immer größere Teile der Volkseinkommen verschlingende wechselseitige Rüstung nicht abschreckend, sondern anzündend wirken kann, nicht selten sicherlich selbst gegen den bewußten Willen der politisch und militärisch entscheidenden Kräfte. Einfach zufällige Konstellationen, aber solche höchster Gefährlichkeit, können ungewollt zu neuem Tod und zu neuem Verderben führen, lassen gleichsam in diesen Wahnsinn „hineinschlittern". Sind nicht schon oft „geschliffene Schwerter von selbst zum Feinde getanzt?" (Heute freilich würde es ein grauenhafter Toten- und Contre-Tanz sein!)

Von warnenden Erfahrungen der Vergangenheit, an denen viele einzelne Menschen (Versehrte, Hinterbliebene, Vertriebene, Flüchtlinge) und ganze Völker noch heute leiden, ist Skepsis am Platz gegen die angebliche Abschreckungswirkung einer auf beiden Seiten immer weiter gesteigerten Atom- und sonstigen Rüstung. Zwar versucht man — scheinbar „geschickt", in Wirklichkeit plump und bloß routiniert — auch diese Aufrüstung wieder mit inflationistischen Mit-

teln, wenn auch in den einzelnen Ländern mit unterschiedlicher Schärfe, zu finanzieren. Aber auf die Dauer muß die Lebenshaltung der Menschen gerade dadurch notgedrungen noch stärker eingeschränkt werden als bei einer wirtschaftlich „reellen" Rüstungsfinanzierung. Denn Inflation — auch die „kleine" — zerstört die Möglichkeit und die Bereitschaft zu gutem wirtschaftlichen Werten und Handeln.

Daß dieses alles zudem in einer Zeit geschieht, in der in breiten Landstrichen und in ganzen Völkern viele Menschen noch hungern, macht alles vom christlichen und humanistischen Standpunkt aus noch schlimmer.

Sicherlich macht das ernste Bewußtsein von den vernichtenden Wirkungen nuklearer Waffen auf Menschen, Tiere, Pflanzen und Dinge die überwiegend verantwortungsvollen Teile der politischen und militärischen Führung auf beiden Seiten der weltpolitischen Fronten vorsichtig. Aber dieses vernunftbestimmte Bremsmoment kann durch tückische Zufallsgefahren ausgehebelt werden. Wenn dann später erkannt wird, daß man die Geister, die man rief, nicht wieder losgeworden ist, ist es zu spät. Der einfache Mensch wie der forschende Wissenschaftler sieht hier keinen Ausweg als den eindringlichen Appell an die Staatsmänner, Generale und Volksvertreter, die Atombombenversuche und die Atomwaffenproduktion sofort einzustellen sowie die H-Bombenvorräte einer nützlichen Verwendung (Energiegewinnung) zuzuführen, freilich unter aktiver Zustimmung zu umfassenden Kontrollen und zu redlichen Garantien auf beiden Seiten. Mit der Beseitigung der unmittelbaren und „großen" Angst in allen Völkern und bei ihren Regierungen wäre dann schon viel dazu beigetragen, daß die Menschen, auch die nachdenklichen und vorausschauenden, wieder ruhiger leben und entspannter atmen können.

### Der Rapacki-Plan als potentieller Schritt einer ersten Umkehr

Eine Situation wie die geschilderte muß allmählich durch Gespräche aufgelockert und durch Kompromisse und durch Verzicht auf unbedingte Verfolgung nur scheinbar „großer" (groß im guten Sinn) Machtziele entschärft werden, die sich im übrigen bei atomarer Bewaffnung auch der anderen Seite doch nicht mehr durchsetzen lassen, jedenfalls nicht mit kriegerischen Mitteln. Sonst kann in jedem Augenblick alles auf des Messers Schneide stehen.

Wenn es so ist und wenn die großen zu erstrebenden Abrüstungs- und Entspannungsmöglichkeiten nicht bald verwirklicht werden können, ist es nützlich und richtig, auch kleinere Dämpfungsmittel anzuwenden. Ein solcher u. U. sehr nützlicher Versuch kann die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone sein, die Polen, die Tschechoslowakei, den Balkan und die beiden Teile Deutschlands umfaßt. Der Rapacki-Plan ist, zum mindesten als Diskussionsgrundlage, brauchbar; denn hier wird endlich einmal auf Dämpfung und nicht auf Schürung des Feuers hingearbeitet.

Auf den Staatsmännern beider Seiten des Vorhanges, den man den eisernen nennt, liegt eine so ungeheuer große, für den besonnenen Einzelnen fast unerträgliche Verantwortung gegenüber der Zukunft der gesamten Menschheit, daß sie diese Möglichkeit einer ersten, wirklichen, spürbaren Entspannung nicht durch Verweigerung von wirksamen Kontrollen in den Anfängen leichtfertig zerstören dürfen. Vielleicht ist es, wenn hier ein Teilerfolg gelingt, dann möglich, von einem solchen ersten Anfang aus die wechselseitige, wahrhaft hysterische Angst der bisherigen weltpolitischen Gegner voreinander soweit zu mildern, daß von hier eine allgemeine Entspannung und Abrüstung ausgehen kann. Nur so läßt sich die vordergründige Existenzangst vieler nachdenkender Menschen be-

heben und kann damit die tiefe Sorge um die Zukunft der Menschheit allmählich ihr bedrückendes Gewicht verlieren. Nur so können alle Völker wieder freier und friedlicher leben und dann auch um eine echte und aufrichtige Koexistenz bemüht sein.

Es würde dann auch wahrscheinlich bald möglich werden, daß selbst bei vorerst leider noch aufrecht erhaltener Trennung Deutschlands der Wirtschaftsverkehr zwischen seinen beiden Teilen zunehmen könnte, ohne die Angst, daß jede gelieferte Tonne Stahl, welche die Industrie jenseits des Vorhanges für friedliche Zwecke so dringend nötig hat, zu vom Westen nicht gewollten Zwecken dient.

### Atomare Bewaffnung und Wiedervereinigung

Die Sorge, daß nichts geschehen darf, was die Wiedervereinigung für lange Zeit fast aussichtslos macht und was im Konfliktfall mit Sicherheit die endgültige Zerstörung Deutschlands, biologisch, seelisch und materiell, mit sich bringen kann, haben Pate gestanden, als 44 westdeutsche Hochschullehrer, mit ihnen ich, in Gewissensnot und gewiß nicht leichthin und leichtfertig sich an die Öffentlichkeit und insbesondere an die Gewerkschaften wandten, damit die im Gange befindlichen Erwägungen über die Schaffung von Abschußrampen für Raketen in Deutschland und die von der Mehrheit des Bundestages in diesen Tagen unter bestimmten Bedingungen bereits beschlossene atomare Bewaffnung der Bundeswehr schließlich doch nicht Wirklichkeit werden mögen.

Bei dem Widerhall, den dieser Aufruf in der Öffentlichkeit, positiv und negativ, gefunden hat, wird meist übersehen, daß die 44 Universitätsprofessoren sich nicht nur an die Gewerkschaften — wenn auch an diese besonders eindringlich —, sondern ausdrücklich an das ganze deutsche Volk diesseits und jenseits der Zonengrenze gewandt haben. Es liegt den meisten von uns, die wir den Kampf mit geistigen Mitteln schätzen und wünschen, fern, zum Streik aufzurufen. Aber den Regierungen auf beiden Seiten der trennenden, unnatürlichen Grenzen muß deutlich gemacht werden, daß das deutsche Volk in seiner weit überwiegenden Mehrheit den Übergang zur Atombewaffnung nicht will, mag man die nuklearen Waffen auch, die furchtbaren Gefahren hier geflissentlich verkleinernd, nicht ohne geistige Falschmünzerei, als die konventionellen Waffen der nächsten Zukunft bezeichnen. Das gerade ist ein drastischer Beweis dafür, daß der letzte Rest auch von konventioneller Vernunft, von menschlicher Ratio, im Großen zunichte wird, wenn die Regierungen dieser diabolischen Entwicklung nicht wehren, sondern wenn Verteidigungsminister der Meinung sind, man solle zur Ausrüstung der Streitkräfte wenigstens mit taktischen Atomwaffen bereit sein, wenn Generale das wünschen.

Man ist auf Seiten der sog. „Realpolitiker" und der Militärs immer leicht geneigt, solche schweren Sorgen als Ausfluß einer „Atompanik" anzusehen und hat auch den 44 Professoren leichthin und überheblich „Weltfremdheit" vorgeworfen. Man sagt, daß sich bei ihnen offenbar nicht die Erkenntnis durchgesetzt habe, daß eine wirksame Abschreckung des potentiellen sowjetischen Angreifers, der sowohl atomar als auch konventionell zweifellos hoch vorbereitet ist, ohne Ausrüstung der kontinentaleuropäischen Natostreitkräfte mit nuklearen Waffen, wenigstens auf der taktischen Ebene, nachhaltig nicht möglich erscheine.

Wir sehen die Zusammenhänge anders: Die Ausrüstung Westdeutschlands mit Atomwaffen führt notwendig auch zur nuklearen Rüstung der Deutschen auf der anderen Seite, jenseits der nördlich-mittleren Elbe, der Werra, des Frankenwaldes; sie vermindert nicht, sondern sie erhöht das Wagnis einer Explosion, durch welche die schrecklichsten militärischen Kettenreaktionen ausgelöst wer-

den können. Denn den Nachweis, daß die nukleare Ausrüstung die Sicherheit Deutschlands und die Chance seiner Wiedervereinigung erhöht und nicht verringert, muß die militärische Seite schuldig bleiben; sie versucht ihn auch gar nicht, braucht ihn fast nicht zu versuchen bei Völkern, die gegenüber diesen Fragen der physischen Existenz unbegreiflich stumpf verharren, wie eine Schafherde bei sich nähernder Gefahr. Stichprobentests von Meinungsforschungs-Instituten zeigen zwar, daß 80 % und mehr der westdeutschen Bevölkerung die atomaren Waffen ablehnen. Aber die Stärke des Protestes gegen den starren Willen einer formal freilich nicht diktatorischen, sondern von einer einfachen Parlamentsmehrheit gestützten Regierung sind schwach und verhallen ungehört.

Vierundvierzig aus ganz verschiedenen Fakultäten und politischen Richtungen kommende Wissenschaftler sind der Meinung, daß die Annahme nicht utopisch, sondern wahrhaft vernunftvoll ist, daß das Freibleiben Deutschlands von Atomwaffen die Wahrscheinlichkeit vergrößert, daß die beiden getrennten Teile Deutschlands einmal nicht der sicheren Vernichtung anheimfallen und daß Berlin wieder die von den meisten Deutschen ersehnte Hauptstadt eines einheitlichen Deutschland werden kann.

Gerade wenn man der — richtigen — Meinung ist, daß die weltpolitische Unsicherheit wesentlich durch die Spaltung Deutschlands hervorgerufen ist und erhalten bleibt, muß man alles tun, was geeignet erscheint, diese Spaltung und Spannung nicht noch zu vertiefen. Die Einheit Deutschlands unter Bedingungen der Freiheit und unter Achtung vor dem, was an Wertvollem in dem jeweils anderen Teil geschaffen worden ist, muß das Ziel aller Deutschen sein.

Es sind keine Landesverräter, sondern gute Deutsche, keine Demagogen, sondern gute Humanisten, die hoffen, daß dieser Kelch, der auch für die Wiedervereinigung bitter wäre, schließlich doch an Deutschland vorübergehen möge.

---

Dr. Hans-Joachim Tepe

# Der hippokratische Eid und die Atomrüstung

Auf Initiative des Verfassers dieses Beitrages unterzeichneten 936 Hamburger Ärzte einen vielbeachteten Aufruf, in dem vor den verheerenden gesundheitlichen Folgen atomarer Versuchsexplosionen gewarnt und die Sinnlosigkeit jeglichen Luftschutzes festgestellt wird. Der Wortlaut des Aufrufes ist in der Dokumentation dieses Heftes wiedergegeben. Dr. Tepe ist als Facharzt für Radiologie am Strahleninstitut der Universitätsklinik in Hamburg-Eppendorf tätig. D. Red.

Die moderne Form der menschlichen Gesellschaft in unserem Jahrhundert und ihr Zusammenleben in verschiedenen Staatsformen ist durch eine weitgehende Spezialisierung gekennzeichnet. Unsere Zeit hat uns u. a. den Berufspolitiker, den Parlamentarier, den Funktionär beschert. Den Menschen dieser Art ist vornehmlich die Aufgabe zugedacht, die Geschicke ihres Landes zu lenken, sie zu beeinflussen, indem sie Gesetze einbringen, Entscheidungen und Abstimmungen herbeiführen. Und auch sie werden mehr und mehr zu Spezialisten auf einem engen Gebiet ihrer Tätigkeit.

Der Wiederaufbau unseres Landes nach dem letzten verlorenen Krieg hat den größten Teil unseres Volkes in Westdeutschland derart in Anspruch genommen, daß die meisten sich fast ausschließlich mit ihren privaten Angelegenheiten befaßt haben. Unser politischer Werdegang wurde nur allzu bereitwillig ausschließlich den Parlamentariern und politischen „Fachleuten" überlassen. Die ungewohnte Demokratie, der noch nachwirkende Zug zum absoluten Respekt vor der Obrigkeit, der zunehmende materielle Wohlstand, verbunden mit einem satten Hang zur Bequemlichkeit und zu Trägheit, haben Zivilcourage, politisches Gewissen und das Gefühl der Mitverantwortlichkeit an der Entwicklung der Politik unserer Bundesrepublik derartig verkümmern lassen, daß es selbst bei einer so alarmierenden Frage wie der Atomrüstung enormer Energien einsichtiger Kreise bedarf, um überhaupt erst einmal nur aufklärend in die Bevölkerung hineinzuwirken. Wie sehr z. B. die verharmlosende Bezeichnung „taktische Atomwaffen" arglose Menschen — und deren gibt es mehr als genug — beruhigt, wie sehr diese Bezeichnung in beängstigender Form zu einer allgemeinen Gleichgültigkeit geführt hat, habe ich erst so recht im Laufe der letzten Wochen im Zusammenhang mit unserer Aktion der Hamburger Ärzte erfahren. Allein diese Erkenntnis würde mir nachträglich unsere Aktion als vollauf gerechtfertigt erscheinen lassen. Doch ich möchte an dieser Stelle noch einige weitere Motive meines Handelns darlegen.

Als Arzt, der täglich mit Strahlen zu diagnostischen und therapeutischen Zwecken umgeht, fühle ich mich verantwortlich, meine Mitmenschen auf die Tatsachen hinzuweisen, die sie nicht ohne weiteres wissen können, jedenfalls nicht wie ein Arzt und Radiologe. Ich meine, daß in einem Augenblick, in dem die Politiker über solch weittragende Probleme wie die Atomrüstung unseres Landes entscheiden, in dem der Regierungschef taktische Atomwaffen als logische Folgeentwicklung der Artillerie bezeichnet, ohne das Volk über die Wirkungen dieser Waffen gründlich aufzuklären, eigentlich alle Ärzte ihre Stimme erheben müßten und die ihnen sonst wohlanstehende politische Neutralität vorübergehend aufgeben sollten.

Genau genommen hätten wir Hamburger Ärzte unsere Adresse auch an Washington und Moskau richten müssen. Es wäre durchaus logisch gewesen, wenn auch etwas überheblich. Ich bin jedoch der Meinung, man fängt im eigenen Hause an, klare Verhältnisse zu schaffen, und gibt als Christ der Tat der übrigen Welt ein moralisches Beispiel. Ich verstehe unseren Aufruf nicht als einen Appell an die Angst, sondern als eine Mahnung an das Gewissen in Form einer Unterrichtung darüber, was es eigentlich mit den Wirkungen von Atomwaffen auf sich hat.

In unserem Aufruf haben wir diese Wirkungen genau umrissen, und ich möchte dazu noch einige Angaben machen. Wir haben z. B. überhaupt noch keine ausreichend exakten Vorstellungen und Erfahrungen, um die Schädigungen, die durch atomare Waffen im Ernstfall oder durch Versuche mit solchen Waffen am menschlichen Erbgut auftreten, beurteilen zu können. Über das, was die „Genetiker", also die entsprechenden Fachwissenschaftler, ermittelt haben, besteht noch nicht einmal Einigkeit. Ihre Versuche haben sie zumeist mit einzelligen Lebewesen, Fruchtfliegen und Getreidearten angestellt. In letzter Zeit hat man auch Mäuse benutzt. Wir wissen heute nur soviel: Die chemische Zusammensetzung der Erbanlagen ist bei Bakterien, Fruchtfliegen, Mäusen und Menschen dieselbe. Die Erbfaktoren werden bei allen Lebewesen in gleicher Weise bei der Fortpflanzung übertragen. Energiereiche Strahlen wirken auf die Erbmerkmale stets in gleicher Weise ein. Jede Körperzelle enthält eine große Anzahl Erbfaktoren, die von den Vorfahren über die Eltern dem jeweiligen

Individuum übertragen worden sind. Diese Erbfaktoren nennt man auch „Gene", die, zusammengenommen, den Lebewesen ihr charakteristisches äußeres und inneres Gepräge geben. In der Empfindlichkeit gegenüber Strahleneinflüssen stehen nun diese Zellen, welche für die Fortpflanzung entscheidend sind — also die Keimzellen mit ihren Genen — an der Spitze. Sie sind besonders zu Änderungen, den „Mutationen", disponiert, und diese Änderungen sind

1. in ihrer Richtung nicht voraussehbar,
2. bezüglich ihres Umfanges nicht übersehbar,
3. in keiner Weise wieder rückgängig zu machen,
4. in biologischer Hinsicht fast ausschließlich negativ,
5. oft erst von der übernächsten Generation ab feststellbar.

Im ungünstigsten Falle führen die Mutationen zum Tode, zu Fortpflanzungsunfähigkeit oder schweren Abnormitäten. Bedeutsamer aber sind die kleineren, oft zunächst verborgenen und einen größeren Personenkreis betreffenden Schäden. Über diesen Fragenkomplex hat die National Academy of Sciences — National Research Council, Washington, einen sehr eindrucksvollen und aufschlußreichen Bericht 1956 veröffentlicht, auf den man nachdrücklichst die verantwortlichen Politiker aller Länder hinweisen sollte.

Streifen wir ein weiteres Thema: Was kann beim Absturz eines zu Übungsflügen unterwegs befindlichen Flugzeugs passieren, das eine „inaktive" H-Bombe mit sich führt? Kürzlich brachte eine deutsche medizinische Fachzeitschrift ein interessantes Referat aus dem „British Medical Journal". Eine Gefahr dabei besteht in der Wirkung von Kernreaktionen infolge des Erschütterungseffektes im spaltbaren Material (sog. „fizzle"). Also auch dann, wenn die H-Bombe nicht explodiert, würden genügend Neutronen und Spaltprodukte frei, um eine Gefährdung für die Bevölkerung der Umgebung der Absturzstelle zu bewirken. Die größere Gefahr stellt jedoch die Plutoniumzündladung der Bombe dar. Plutonium oxydiert schon bei normaler Temperatur. Durch das meist bei Abstürzen von Flugzeugen entstehende Feuer ist mit vollständiger Oxydation und weiter Zerstreuung des radioaktiven Elementes zu rechnen. Plutonium ist einer der giftigsten Stoffe, die wir kennen, und es kann bei solchen Unfällen in den Organismus von Menschen gelangen, z. B. durch Inhalation. Von der Dichte der Besiedelung, der Dauer des Feuers und den atmosphärischen Bedingungen hängt also das Ausmaß der Schädigung der Bevölkerung ab. Wenn solche Unglücksfälle auch selten sind, so demonstrieren sie doch, wie ungeheuer vielfältig und schwer übersehbar die atomaren Gefahren sind.

Neben meiner Einstellung als Arzt, meiner Fachkenntnis und dem Gefühl der Verantwortung für den Mitmenschen haben mich persönlich noch folgende Umstände zur Initiative veranlaßt:

1. Die Einsicht, daß offenbar die zwei großen Kriege dieses Jahrhunderts der älteren Generation nicht genügen, um sie auf phantasievollere Lösungen kommen zu lassen, als Rüstungen und Drohungen mit Atomwaffen.

2. Die Frage, daß eine atomare Bewaffnung Westdeutschlands die friedliche Wiedervereinigung unseres Vaterlandes praktisch in noch weitere Ferne rückt, als es die bisherige „Politik der Stärke" schon getan hat.

3. Abgesehen von der moralischen Ablehnung der Rüstung und der Verwendung von Atomwaffen vertrete ich die Auffassung, daß die Anwendung von Atomwaffen militärisch gesehen völlig widersinnig ist, weil sie dem Selbstmord von Angreifer und Verteidiger entspräche.

4. Die Tatsache, daß die beiden Hauptrivalen dieser Welt atomar bewaffnet sind, genügt völlig als „Abschreckung".

5. Die oft zitierte Behauptung, die jüngere Generation sei politisch desinteressiert.

6. Meine Meinung, daß die Demokratie in Westdeutschland nicht zweckmäßig funktioniert. Die Länder hinter dem „eisernen Vorhang" darf man nicht als Vergleich wählen, um zu behaupten, bei uns seien die Verhältnisse vorbildlich. Ohne der plebiszitären Demokratie das Wort reden zu wollen, bleibt festzustellen, daß unsere parlamentarische Staatsform eine Einparteien-Herrschaft zuläßt, die mehr als bedenklich ist. Wenn eine Wahl einer Regierung vier Jahre offenbar völlige Handlungsfreiheit einräumen soll, wie wir dies jetzt erleben, dann ist es höchste Zeit, an Maßnahmen zu denken, die hier ein Korrektiv schaffen. Wenn außerdem Entscheidungen über Dinge von so weitreichender Bedeutung, wie z. B. die atomare Rüstung, starr unter parteipolitisch abgegrenztem Fraktionszwang getroffen werden, dann ist doch eine Parlamentsdebatte zu einer Farce und Schaustellung ersten Ranges herabgewürdigt worden. Frankreichs Demokratie ist gewiß sehr labil und nicht vorbildlich; aber unsere ist zu einer „Demokratur" geworden, die ihren legalen Charakter betont, weil sie die letzte Wahl als Freibrief für alle künftigen Entschlüsse auffaßt. Ich finde, da müssen wir als wache und kritische Staatsbürger unsere Stimmen erheben, und zwar ohne Rücksicht darauf, welcher Partei wir unsere Sympathie darbringen.

---

Alfred Merkens

# In memoriam Reinhold Schneider

„Dort, wo die Brücke einstürzt, eile hin!
Zur Flamme werde, die dein Werk verbrennt!
Ob dich das Volk verleumdet und verkennt:
Tus doch! Das Zeichen selber ist Gewinn."

Dieses sein eigenes Wort letzter Entschiedenheit und opferbereiter Hingabe beglaubigt den Menschen Reinhold Schneider und sein Werk. Es bezeichnet Leben und selbstgestellte Aufgabe dieses Mannes, besonders in der leidvollen Begegnung mit Unterdrückung und Zwang in den Jahren des Terrors, mit Verdächtigung und Verleumdung, leider auch in den Jahren seit 1945. Die Propheten, deutend und fordernd, können als Getriebene und Treibende nicht bequem sein.

Als die Werke Schneiders durch den brutalen Zugriff des Naziregimes verboten wurden, ist der Verewigte in zahlreichen Kleinschriften und Traktaten von höchstem geistigen und geistlichen Rang tätig geblieben. Unzähligen wurden sie zugänglich, vielfach handgeschrieben oder privat vervielfältigt, zur Stärkung für Geist und Herz, bis in die Frontgräben des zweiten Weltkrieges hinein. Sie wurden oftmals auf Knien entgegengenommen, gelesen, betrachtet und als unverlierbar erwogen. Aus einer letzten unbeirrbaren und durch nichts zu betrügenden Kraft der echten Unterscheidung der Geister, der sicheren Prüfung zugleich des geschichtlich Mächtigen und Fruchtbaren, wie des anmaßend Macht und Kraft vortäuschenden, hat er den Geist dieser dunklen und rauschhaften Epoche, ihre zur Katastrophe drängende verzweifelnde Hybris, durchschaut und

gedeutet. Er hat den Ablauf bis hin zu jenem Flächenbrand von 1945 mit einer wahrhaft prophetischen Sicherheit vorausgesagt.

Reinhold Schneider hat niemals die Augen verschlossen vor dem wohl übermächtig schwierigen Problem des irrenden und schuldig werdenden politischen und damit geschichtsmächtig tätigen Menschen, der entscheidenden Gruppe, der Staunen, Bewunderung und Schrecken erregenden Bewegungen des Gemeingeistes einzelner Völker und ihrer Wege, an deren Ende zuzeiten Herrlichkeit, oft aber auch schuldbeladener Untergang steht. Er wußte zutiefst um die teuflischen Schwächen der Macht. „Es ist verhängnisvoll, wenn die Wahl zwischen Vertrauen und Stärke gestellt wird, denn Stärke ohne Vertrauen reicht nicht aus. Stärke bewährt sich erst dann, wenn sie in selbstgewisser Entsagung Vertrauen schafft."

Aber Reinhold Schneider hat eine weitere Frage noch entschiedener — entscheidend gestellt: Dürfen, ja, müssen wir tun, was wir können; oder können wir nur tun, was wir dürfen? Daß die Menschenwelt, die Geschichte, je nach der Antwort auf diese Frage, sich abgrundtief verschieden — ganze Epochen hindurch — entwickelt hat, ist in diesem Kernsatz beschlossen. Auch heute und künftig ist unsere Antwort gefordert. Von dem praktischen Bekenntnis zu dem einen oder dem anderen Schluß wird es geradezu abhängen, ob unsere Erde überhaupt noch ein für den Menschen bewohnbarer Platz bleiben wird, ob lange Zeit hindurch geschichtsmächtig gewesene Völker, ob politische Ordnungen und Systeme überleben, die Kraft echter verjüngender Wandlung gebären oder verlöschen. An dieser Frage erweist sich, ob die Menschheitsfamilie von innen her bestehen wird, oder ob das Leben zum Sklavenmechanismus dumpfen Maschinenhandelns sich herabwürdigt. Gerade die Schärfe und Unabweisbarkeit dieser Frage, nie ohne Erbarmen und Liebe durchdacht, durchlitten, ins Wort gebannt, hat ihn getrieben und befähigt, in seinen letzten Büchern unsere gegenwärtige politisch-geschichtliche Perspektive vor dem flammend aufgerissenen Atom-Hintergrund unserer Zeit zu sehen, vor den falschen Strahlen unserer Anti-Sonnen prophetisch warnend aufzuzeigen. Das gerade ist ihm vielfach mit tief beschämender und vordergründiger Überheblichkeit übel genommen worden und mit Kränkung und Haß selbst von denen beantwortet, die in den dunkelsten Jahren der letzten Vergangenheit seiner Darbietung Weisung und Stärkung zu verdanken hatten, und die deshalb heute nachdenklicher und bewußter mit offenem Gewissen denken und handeln sollten.

Wir leben heute in unserem politischen Denken und Tun, in unseren Entwürfen, Mitteln und Methoden nicht selten aus einer tiefen uneingestandenen Resignation und Verzweiflung. „Mehr und mehr scheinen die Zeitgenossen sich der Meinung zuzuneigen, daß die Katastrophe unabwendbar sei, sich aber nicht mehr zu ihren Lebzeiten ereignen werde: es ist eine frivole Resignation". Aus ihr erwächst allzuleicht vorgetäuschte Entschlossenheit und leere Bravour. Für das Problem des Friedens aber gibt es in unserer Zeit keine äußere Lösung, aus der falschen Schatzkammer der zu letzter Vernichtungskraft emporgesteigerten, gehorteten und blind-gierig beherrschten Naturgewalt bezahlbar. „Und so hat Kant wohl darin recht, daß die Weltgeschichte im Ganzen bisher nur Waffenstillstände, aber keinen Friedensschluß kenne, nur Friedenslügen, Verträge Erschöpfter, Besiegter, zur Einsicht Gelangter, die sich zum ‚Aufschub der Feindseligkeiten' entschließen, ‚dem das Beiwort ewig anzuhängen ein verdächtiger Pleonasmus ist'. Friede, als Idee gefaßt, im eigentlichen Sinne des Wortes, bedeutet ja einen unveränderlichen Zustand. Erweist es sich, daß er gebrochen werden konnte, so ist auch erwiesen, daß es kein Friede war, sondern nur ein

vorübergehendes, aus irgendeinem Grunde vereinbartes Einstellen feindlicher Handlungen, nicht aber, wie Kant formulierte, ‚das Ende aller Hostilitäten'. Es ist kennzeichnend für unser Dasein in der Geschichte, daß das Wort Friede in diesem echten Sinne fast gar nicht gebraucht wird, daß wir uns, wenn wir es aussprechen, stillschweigend mit der Bedeutung ‚Waffenstillstand' begnügen." An anderer Stelle sagt Schneider: „Im Widerspruch zur empirischen Geschichte haben europäische Denker Gedanken des Friedens gedacht. Von den wenigsten Urhebern bedeutender Friedensschriften und -entwürfe ließe sich ernsthaft behaupten, daß sie weltfremd gewesen seien, wenn sie auch keine Staatsmänner waren; vielmehr haben sie Weltkenntnis mit einer Erwartung verbunden, für deren Erfüllung es bisher kein Beispiel gab. Ist es ein Vorwurf, daß sie vom Menschen mehr erhofften als er bisher geleistet hat, daß sie die Gegensätze der Geschichte für aussöhnbar hielten?" „Uns geht es nicht um eine Geschichte der Friedensbestrebungen, nur um entschiedene Konzeptionen des Friedens, um ihre Stellung, ihr Los in der Geschichte, um die Bereitschaft ungewöhnlicher Männer, sie zu vertreten: gegen alle und alles." Aus dieser Sicht stellt er Erasmus vor uns hin: „Hauptanliegen war für ihn: seine Auffassung vom Christentum, die ihm gegenwärtige Gestalt Christi dem Krieg gegenüberzustellen. Schon das Vaterunser konnte der Soldat nach seiner Überzeugung nicht beten; er konnte schon den Anruf nicht sprechen, weil dieser den Vater Unser Aller meine, nicht die folgende Bitte um Heiligung, weil der Krieger ja den angerufenen Namen entheilige. ‚Kaum ein Friede ist so ungerecht, daß er nicht dem gerechtesten Kriege vorzuziehen wäre.' Welch eine Antwort an die Theologen des gerechten Krieges!"

Was mag würdiger sein im Gedenken, als die Verlebendigung seiner Worte? Was mag mehr seinen Anruf zum Frieden aus christlicher Menschlichkeit sichtbar machen?

„Wo keine Persönlichkeit ist und sein kann, wo die Menschen verbrannt werden wie Stroh, der das Geschoß Werfende ein stummer Hebel ist, ein Knopf, auf den die anonyme Hand eines Stabes oder Staates drückt: da ist überhaupt keine Tragik, weil keine Würde da ist und keine Person; da sind nur Greuel, Angst und Verbrechen, Entstellung der Menschengestalt, die zum scheußlichen Klumpen zusammenschrumpft und an abstoßender Mißbildung nur noch von der Seele des unglücklichen Täters übertroffen werden könnte — falls sie sichtbar würde. Das ist ja nicht mehr Krieg in dem Sinne, in dem das Wort noch in unseren Büchern steht, nämlich im Sinne bisheriger Geschichte; das ist ein Vorgang, vergleichbar nur der heute von Flugzeugen über absterbenden Wäldern geübten Insektenvertilgung... Wir befinden uns in einem Zwischenzustand, der nach allem Ermessen nicht lange wird dauern, nicht lange wird unentschieden bleiben können ... Ungewiß bleibt es bis zur Stunde, ob die Menschheit fähig ist, sich als solche zu verstehen. Alle Erfahrung spricht dagegen. Aber alle Erfahrung sagt über das Mögliche nicht das letzte Wort. Die Unvergleichlichkeit der von der Geschichte, vom Denken heraufgerufenen Situationen steigert sich von Jahrhundert zu Jahrhundert, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt, von Jahr zu Jahr. Wo die Klimax endet, ob sie im Geschichtlichen gipfelt, ob die Entwicklung umschlägt, wissen wir nicht. Gewiß ist: es müßte geschehen, was noch niemals geschehen ist, wenn die uns bekannte Welt, der uns noch bekannte Mensch gerettet werden sollen. Es müßte geschehen: ein Denken des Friedens von Grund aus, wahrhaftig in jeder Faser."

General a. D. Dr. Franz Beyer

# Deutsche Atomrüstung und Rapacki-Plan

Seit der dreitägigen Bundestagsdebatte über dieses Thema ist der Welt der tiefe Riß deutlich geworden, der in dieser Frage das ganze deutsche Volk spaltet und in diesen Tagen sogar zu Entscheidungen (Arbeitsniederlegungen, Generalstreik, Atomdienstverweigerungen) treiben will, die nicht nur das innere Gefüge unserer politischen Willensbildung zu Erschütterungen zu führen, sondern unseren politischen und wirtschaftlichen Kredit im Ausland zu unterhöhlen drohen.

Durchaus mit Recht hat die politische Führung der Bundesrepublik, allerdings von der Opposition scharf gedrängt, diese für die deutsche Zukunft existenzentscheidenden Fragen im Bundestag zur Debatte gestellt. Aber ebenso mit Unrecht hat sie diese Entscheidung so präjudiziert (hinsichtlich der Atomrüstung durch Ankauf der Matador-Raketen, hinsichtlich des Rapacki-Planes durch seine a limine-Ablehnung, ohne ihn zum Gegenstand diplomatischer Vorbesprechungen zu machen), daß sie im weißen Gewande eines treuen Jüngers von Herrn Dulles auf einer möglichen Gipfelkonferenz auftreten kann. Unsere junge, unerfahrene Demokratie hat eben auch heute noch nicht begriffen, daß in grundsätzlichen Fragen auch in der repräsentativen Demokratie die Repräsentanz keine größeren Befugnisse und Entscheidungsfreiheiten hat, als sie ihr in concreto vom repräsentierten Volke übertragen werden. Kollidieren offensichtlich die Ansichten von Parlament und Volk — wie hier und heute —, dann ist das Volk der omnipotente Souverän.

Können nun auch die Fragen der atomaren Aufrüstung ebenso wie die des Rapacki-Planes letztlich nur politisch entschieden werden, so setzen sie doch so erhebliche und detaillierte, militärische Fachkenntnisse voraus, daß man für ihre Entscheidung der Beratung durch militärische Fachleute in möglichst großem Umfange nicht entraten kann. Und sogar der Herr Bundesverteidigungsminister, der ja gern Politiker und militärischen Fachmann in seiner temperamentvollen Person vereint, hat dem Verteidigungsausschuß ein fachmännisches Gutachten seines Ministeriums in Aussicht gestellt, — allerdings post festum, nachdem die Entscheidung gefallen war.

Sehen wir uns nun einmal die beiden Fragen vom militärischen Standpunkt an:

## Atomrüstung

Selbst den Anhängern der Atomrüstung im Bundestag, also der Adenauer-Mehrheit, war bei ihrer Entscheidung offenbar nicht wohl. Und deshalb befürworten sie eine Wiederabschaffung der deutschen bzw. der auf deutschem Gebiet zur amerikanischen Verfügung bereitstehenden Atom- und Raketenwaffen, falls eine allgemeine Abrüstung zustandekommt. Und da auch sie offenbar einsehen, daß allgemeine Abrüstung vorläufig noch ein Wunschtraum, höchstens ein Fernziel ist, wären manche von ihnen bereit — und es herrscht keineswegs Einigkeit selbst in der Regierungskoalition —, sogar einer stufenweisen Atom-Wiederabrüstung zuzustimmen.

Aber wozu eigentlich erst aufrüsten, wenn man doch im Innersten überzeugt ist, doch wieder abrüsten zu müssen? Sieht das nicht zu sehr wiederum nach Präjudizierung aus, etwa um noch zögernde Nato-Bundesgenossen erst mal mit auf die schiefe Ebene zu ziehen? Und wie soll der verantwortliche Nato-Oberbefehlshaber seine Operationen planen und zur Ausführung seiner Pläne die

notwendigen und nicht immer zu improvisierenden Vorbereitungen treffen, wenn ihm die Grundlagen zerbröckeln und aus seinem Schachspiel heute der, morgen jener Stein genommen wird?

Aber das alles sind Dinge, die überwunden werden können — und zugunsten höherer Interessen überwunden werden müssen. Aber liegen nun hinsichtlich der deutschen Aufrüstung mit Atom und Rakete solche höheren Interessen vor, höhere Interessen für Deutschland, den deutschen Menschen und das deutsche Land?

Wenn man heute von Deutschland als Brennpunkt unseres geistigen, politischen, wirtschaftlichen und militärischen Interesses spricht, dann muß man mit dem Vorwurf rechnen, daß man ein verkalkter Nationalist sei, der im Zeitalter kontinentaler Kräfte-Ballungen den Geist unseres Jahrhunderts noch nicht begriffen habe.

In der Tat ist die Einstellung der jungen Bundeswehr, die grundsätzlich etwas anderes sein will als die alte Wehrmacht des Kaiserreiches, der Weimarer Republik und des Dritten Reichs, nicht nur ein Generationsproblem, das die Niederlage zweier Weltkriege als Schuld der damals führenden Generation ansieht. Und wenn nach dem ersten Weltkrieg das Überschäumen der deutschen Jugend noch durch die Tradition in dem erhalten gebliebenen Rahmen der Reichswehr eingedämmt war, so haben die neuen „Scharnhorsts", wie sie sich selbst bezeichnen, sicherlich insofern recht, als man heute auch militärisch nicht mehr mit den bislang gewohnten Begriffen staatlicher Souveränität und den geographischen Grenzen der westeuropäischen Zwergstaaten auskommt. Was die Wirtschaft — etwa im Gemeinsamen Europäischen Markt — begriffen hat, bahnt sich in der Nato (und im Warschauer Pakt) heute auch militärisch an, noch stark behindert durch nationale Egoismen und Eitelkeiten. Ja, genau so wie nach 1918 die damalige Reichswehr wieder die erste, tragfähige Reichsorganisation wurde, so könnte man die Nato als erste, tragfähige Gesamtorganisation Europas betrachten, selbst wenn man über das egoistische Verhalten Englands und Frankreichs in der Suez-Krise, über die Verlagerung fast der gesamten französischen Wehrmacht nach Nordafrika zu antiquierten, friedensgefährdenden Kolonialabenteuern oder den Kuhhandel Englands mit seinen europäischen Stationierungskräften als Finanzobjekt hinwegsehen wollte. Außerdem wird man solche universalen Einsichten in der Bundeswehr vielleicht beim höheren Führer, niemals aber beim einfachen Soldaten voraussetzen können.

Er will noch immer „sein Vaterland verteidigen", wie es seine Väter und Großväter vor ihm taten, — und er hat recht damit. Denn wie wir wiederholt nachzuweisen versuchten, ist Europa für moderne militärische Operationen zu klein, sein Raum für eine Verteidigung ungeeignet, seine Tiefe für hinhaltenden Widerstand zu gering. Auf jeden Fall würde unser Vaterland zum europäischen Hauptkriegsschauplatz, der für Amerika im Sinne seiner Stützpunkt-Politik vielleicht noch ein „Theater of war", für uns aber eine sterile Atomwüste bedeuten würde. Und daran könnten auch deutsche „taktische Atomwaffen" gar nichts ändern, sondern würden nur zu der beschämenden Feststellung führen, daß wir unsere Vernichtung nicht nur dulden, sondern daran sogar eifrig mitarbeiten.

Und dann gäbe es keine Wiedervereinigung Deutschlands mehr, überhaupt kein deutsches Vaterland, über dessen Verteidigung als Nation oder als Nato-Partner einige noch vegetierende Atom-Krüppel debattieren könnten.

Und es ist ebenso müßig, über große und kleine Kriege noch zu streiten, wenn der von uns selbst geförderte Atomtod über uns hinwegrast.

Rapacki-Plan

Bereits am 2. Oktober 1957 unterbreitete Polen der Vollversammlung der Vereinten Nationen einen Vorschlag für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, den die Tschechoslowakei und die DDR von vornherein billigten. Am 14. Februar 1958 überreichte der polnische Außenminister Rapacki ein gleichlautendes Memorandum an die diplomatischen Vertreter von USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich, Tschechoslowakei, DDR, Belgien, Dänemark und Kanada und unter Inanspruchnahme der guten Dienste der Regierung Schwedens auch der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, mit der Polen bislang keine diplomatischen Beziehungen unterhält.

Der Wortlaut dieses Memorandums ist bei uns wenig bekanntgegeben worden. Der hier interessierende militärische Inhalt des Rapacki-Planes besagt Folgendes:

1. Auf dem Gebiet der Rapacki-Zone, das Polen, die Tschechoslowakei, die DDR und die Bundesrepublik umfaßt, dürfen Kern- und Raketenwaffen nebst Zubehör nicht produziert, gelagert, stationiert, unterhalten und nicht gegen Ziele in dieser Zone eingesetzt werden, auch nicht von den Besatzungsmächten (Stationierungsmächten) in und am Rande der Zone, die auch keinerlei solche Waffen an irgendwen in der Zone liefern dürfen.
2. Die bisherigen Atom- und Raketen-Mächte dürfen solche Waffen nicht gegen Ziele in der Zone anwenden.
3. Auf dem Territorium der Zone wird ein umfangreiches Kontrollsystem in der Luft und auf der Erde eingerichtet, das gleichzeitig Erfahrungen für eine spätere, allgemeine Abrüstungskontrolle sammeln könnte.
4. Der Rapacki-Plan erleichtert ein danach abzuschließendes Abkommen über Begrenzung der im Gebiet der Zone stationierten konventionellen Truppenstärken und ihrer Rüstung.

Sicherlich bedeutet der Plan Rapackis keine den Weltfrieden garantierende, totale Abrüstung, die wohl nur eine Art Weltstaat bringen kann. Aber seine Durchführung könnte die Befriedung des europäischen Kontinents bringen und durch eine atomwaffen- und raketenfreie Zone im Nahen Osten ergänzt werden.

Der Rapacki-Plan ist zudem kein Vorschlag eines internationalen Abkommens, das entweder angenommen oder abgelehnt werden muß, sondern die militärisch gut fundierte Anregung eines klugen Staatsmannes zu Verhandlungen über dieses Thema. Ihn von vornherein ablehnen oder von der Ausdehnung auf räumlich nicht mit Mitteleuropa zusammenhängende Räume abhängig machen oder ihn gar an den Schluß von Abrüstungsverhandlungen schieben zu wollen, heißt entweder seine Bedeutung und seine Möglichkeiten nicht zu erkennen oder sie nicht wirksam werden lassen zu wollen. Wenn man aber, wie wir, im Rapacki-Plan einen Fortschritt im europäischen Frieden und damit zum Weltfrieden hin sieht, dann erkennt man auch folgende militärischen Vorteile dieses Projekts:

a) Im Frieden, auch in Spannungszeiten, sind die beiden potentiellen Feinde soweit auseinandergerückt, daß die Wahrscheinlichkeit örtlicher Zwischenfälle erheblich vermindert wird und damit auch die Ursache für sog. „Kleine Kriege".
b) Damit liegt die Entscheidung über Krieg und Frieden fast nur in der Hand der beiden Mammut-Mächte Amerika und Rußland, deren politische Willensbildung stabil, deren Mittel ebenso gigantisch in der Anwendung wie in der Rückwirkung auf ihre eigenen Völker sind — und die sich schließlich militärisch auf das Gleichgewichtssystem nuklearer Abschreckung geeinigt haben.

c) Da eine militärische Verteidigung Mitteleuropas heute nicht mehr möglich ist, gewinnen politische Verteidigungsmaßnahmen (Rapacki-Plan) und solche völkerrechtlicher Natur (ein daraus folgendes Rapacki-Abkommen) erhöhte Bedeutung.

d) Nach den Erfahrungen der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse, obwohl sie einen ganz anderen Zweck verfolgten, werden solch internationale Abmachungen heute weniger leicht gebrochen werden als früher — zumindest von dem führenden Soldaten, da ihm im Falle der Niederlage seines Landes der Henker droht.

e) Vor allem würde unser Deutschland von dem „cauchemar des coalitions" (Militärkoalitionen) befreit und könnte eine eigenständige, wirklich deutsche Politik an Stelle der jetzigen, mehr oder weniger Satelliten-Politik betreiben.

f) Und last not least, da der Rapacki-Plan in dem in Frage kommenden Ausland von Tag zu Tag immer mehr Anhänger findet, erscheint er als einer der wenigen, noch gangbaren Wege zur deutschen Wiedervereinigung, die auch ein Hauptziel vernünftiger, deutscher Militärpolitik sein sollte, weil sie militärisch brauchbare Kräfte auf beiden Seiten des Eisernen Vorhanges zusammenführt, anstatt wie bisher immer nur Kräfte zu spalten.

So scheint es einem alten Soldaten, der ein Leben lang in der nüchternen Beurteilung der Lage und in der Forderung der Kräftekonzentration erzogen wurde, in diesem kritischen Augenblick deutscher Geschichte notwendig, nicht die Dinge einfach treiben zu lassen, sondern das deutsche Schicksal energisch und klug neu zu formen — auf Grund der sich gerade jetzt ergebenden neuen Möglichkeiten.

---

Dr. Achim von Borries

# Deutsch-Polnische Chronik

Am 22. März, jenem Samstag, an dem die außenpolitische Debatte des Bonner Bundestages über die westdeutsche Atomwaffen-Aufrüstung ihren ersten Höhepunkt erreichte, meldete die der Bundesregierung gegenüber sehr wohlwollende „Frankfurter Allgemeine" in einem vom 21. März datierten Eigenbericht aus Warschau: „Der stellvertretende polnische Außenminister Winniewicz hat, wie erst jetzt bekanntgeworden ist, vor einigen Tagen den amerikanischen Botschafter in Warschau, Beam, zu einer vertraulichen Aussprache gebeten, in der in beschwörender Weise die polnischen Befürchtungen wegen einer atomaren Bewaffnung der Bundesrepublik vorgetragen wurden. Winniewicz soll vor allem auf die Folgen hingewiesen haben, die das Fait accompli einer Atombewaffnung in Mitteleuropa noch vor neuen Verhandlungen für die innere und äußere Situation Polens haben müsse, ein demonstrativer Ausbau sowjetischer Atombasen werde unvermeidlich sein." Da die Bonner Regierung es bis heute abgelehnt hat, diplomatische Beziehungen zu Warschau aufzunehmen, blieb der polnischen Regierung nur der Weg über den amerikanischen Botschafter, um noch einmal in letzter Stunde die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik auf die Tragweite des geplanten westdeutschen Fait accompli hinzuweisen. Ihr

Herantreten an den Vertreter der USA in Warschau bildete nur das letzte Glied in einer Reihe von Versuchen, durch konkrete Vorschläge über einen Atomrüstungs-Stop und Anregungen zu ernsthaften Verhandlungen über eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa jene deutsche Entscheidung abzuwenden. Seit dem Herbst des vorigen Jahres war die polnische Regierung sich über die unausbleiblichen Folgen einer solchen für die weltpolitische Lage im Klaren. Und sie erkannte gleichzeitig, in welchem Maße gerade Polen von ihren Auswirkungen würde betroffen werden. So entschloß sie sich zur Entwicklung einer eigenen außenpolitischen Initiative, die insbesondere an die Bundesrepublik appellierte und dieser gemeinsame deutsch-polnische Bemühungen um die Ausklammerung Mitteleuropas aus dem Atomrüsten vorschlug. Eine solche Zusammenarbeit hätte dem Weltfrieden ebenso wie der Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen dienen können. Ungeachtet dieses polnischen Bestrebens aber gab die Bundesregierung seit dem Herbst immer wieder zu verstehen, daß gerade sie an einer solchen Zusammenarbeit nicht interessiert sei. Ihre Reaktionen auf Inhalt und Ziel des Rapacki-Planes demonstrieren unzweideutig den Geist ihrer Außenpolitik überhaupt. Und sie sind ein Exempel der bundesdeutschen Ost-Politik, das an erschreckender Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Bonn setzte dem polnischen Vorschlag „Verhandeln statt Rüsten" sein massives „Rüsten statt Verhandeln" entgegen und lehnte die Entspannungs-Initiative des europäischen Staates ab, der das erste Opfer des Hitlerkrieges und des nationalsozialistischen Feldzuges gegen die „östlichen Untermenschen" gewesen ist.

### Das Bonner Fait accompli und der Rapacki-Plan

Die sehr begründeten und sehr aktuellen polnischen Befürchtungen im Hinblick auf die geplante Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen lagen dem Plan zugrunde, den Außenminister Rapacki am 2. Oktober 1957 der UNO-Generalversammlung vortrug. Der Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa zielte darauf ab, die beiden deutschen Staaten, Polen und die Tschechoslowakei aus dem Atomrüsten auszuklammern und damit der drohenden Verschärfung der militärpolitischen Spannung zwischen den Nato-Mächten und denen des Warschauer Paktes in einer begrenzten Zone vorzubeugen. Die polnische Regierung verband damit offensichtlich die Hoffnung, ein solches Übereinkommen könne gewissermaßen ein Exempel sein und weiteren Entspannungsverhandlungen zwischen Ost und West den Weg ebnen. Das heißt: die politisch-psychologischen Auswirkungen eines Atom-Rüstungs-Stops in Mitteleuropa galten Warschau als vielversprechend im Sinne des im Interesse aller Völker liegenden weltpolitischen Fernzieles einer Beendigung des Kalten Krieges und der Atom-Angst. Die mittelbaren politischen Absichten der Initiative Rapackis waren nicht weniger bedeutsam als die unmittelbar militärisch-politischen.

Der sog. Rapacki-Plan ist seit jenen Erklärungen des polnischen Außenministers in allen westlichen Hauptstädten, und zwar in Regierungskreisen ebenso wie in der politisch interessierten Öffentlichkeit, lebhaft diskutiert worden. Er erweckte Interesse und Bedenken, Aufmerksamkeit und Ablehnung. Nirgendwo wurde er als ein „Patentrezept" verstanden, mit dem sich alle Probleme zwischen Ost und West auf einmal würden lösen lassen. So realistisch wie der Plan selbst, so realistisch war durchweg die Reaktion auf ihn gerade da, wo man einsichtig genug war, das Problem der Verhinderung einer neuen Kriegs-Katastrophe als das im Augenblick vordringliche weltpolitische Problem zu begreifen. Das heißt, wo im Westen überhaupt ernsthafte Überlegungen darüber angestellt wurden, auf welchem Wege sich dieses Ziel am ehesten erreichen lasse, fand der

polnische Vorschlag Anerkennung als seriöse und konkrete Diskussions- und Verhandlungsgrundlage. Man konnte ihm um so mehr eine Chance geben, als die spezifisch polnischen Motive unverkennbar waren, die ihn leiteten, und das besondere polnische Interesse im Falle der Atom-Rüstung doch zusammenfiel mit dem Lebensinteresse aller mitteleuropäischen Völker. Außerdem war es bald bekanntgeworden, daß Rapackis Plan zwar von der Sowjetunion akzeptiert, keineswegs aber von ihr inauguriert worden war.

Die polnische Regierung ging sehr realistisch von der Annahme aus, daß eine vollständige Auflösung der beiden sich in Europa gegenüberstehenden politisch-militärischen Paktsysteme unmittelbar nicht zu erreichen sei, sondern selbst erst ein Fernziel sein könne. So stellte sie an die Bundesrepublik keineswegs das Ansinnen, aus der Nato auszutreten, so wenig wie sie selbst sich verpflichten konnte, den Warschauer Pakt zu verlassen. Die übergeordneten Probleme der beiden Pakt-Organisationen selbst wurden also bewußt ausgespart, um eine begrenzte Initiative im Rahmen dieser Organisationen zu ermöglichen. Es sollten bestimmte Zonen auf beiden Seiten der Ost-West-Front von der Bestückung mit Atomwaffen ausgenommen werden. Das galt den Initianten des Rapacki-Planes als ein Anfang, der umfassendere politische Verhandlungen möglich machen sollte.

Die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakei erklärten ihr Einverständnis mit diesem polnischen Vorschlag, der das Territorium ihrer Staaten von der Hypothek zu entlasten versprach, Atomwaffen-Front zu werden. Während also drei der präsumptiven vier Partner des vorgeschlagenen Abkommens über eine atomwaffenfreie Zone zu einem solchen Abkommen bereit waren, und während überall im Westen der Rapacki-Plan als Diskussionsgrundlage ernst genommen wurde, ließ die Bonner Regierung von Anfang an keinen Zweifel, daß sie ihn lediglich als eine unliebsame Störung ihrer ehrgeizigen Atomwaffen-Pläne betrachtete und nicht einmal gesonnen war, ihn selbst zu diskutieren oder auch nur auf seine Intention und Polens Motive einzugehen. Die Bundesregierung wies den Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone als völlig undiskutabel zurück. Es ist besonders aufschlußreich, welcher Argumente Bonn sich dabei bediente, zeigt sich dabei doch, daß man nicht vor einer offenen Brüskierung Polens zurückscheute — um des lange geplanten Atomwaffen-Fait-accompli willen.

Die erste Ablehnung des Rapacki-Planes in Bonn ging auf Einwände zurück, die gerade auch in westlichen Kreisen erhoben worden waren, die im Prinzip Interesse an der polnischen Initiative bezeugt hatten und nur deren Formulierung selbst für noch nicht völlig befriedigend erklärten. Die Argumente einer bedingten Kritik wurden in Bonn zu Argumenten der unbedingten Zurückweisung. Im ersten Entwurf Rapackis war das Problem der Kontrolle der vorgeschlagenen atomwaffenfreien Zone nicht erwähnt worden. Das nahm Bonn zum Anlaß, den Plan selbst für reine Propaganda zu erklären, in der Hoffnung, damit seiner Diskussion enthoben zu sein. Indes wurde deutlich, wie ernst es der Warschauer Regierung mit ihrer Initiative war, denn sie ging auf diese westliche Kritik durchaus ein. Zunächst erklärte sie sich grundsätzlich bereit, über alle erdenklichen Modifikationen ihres Planes zu verhandeln. Sie gab wiederholt zu verstehen, daß sie diesen keineswegs für alleinseligmachend halte und vollends keiner anderen Regierung ihn einfach oktroyieren wolle, sondern daß es ihr um einen ernsthaften Ansatz in dem Bemühen um Entspannung und Rüstungs-Stop ginge. Warschau blieb aber nicht bei solchen Erklärungen stehen, sondern nach Verhandlungen mit der Sowjetunion Ende Januar 1958 ergänzte die pol-

nische Regierung ihren Vorschlag gerade im Sinne jener westlichen Kritik. Sie gab bekannt, sie sei zu einer solchen Kontrolle einer atomwaffenfreien Zone bereit. Darüber hinaus erklärte noch nach Abschluß der Bonner Atomdebatte am 28. März der stellvertretende polnische Außenminister Winniewicz ausdrücklich, Polen werde westlichen Beobachtern Einlaß gewähren, die die Einhaltung der vorgeschlagenen Übereinkunft überprüfen sollten.

Zweifellos setzte diese verbindliche und keineswegs unnachgiebige Haltung der polnischen Regierung Bonn in Verlegenheit. Der Einwand, eine Kontrolle der Durchführung des Planes sei nicht gewährleistet, war nicht mehr stichhaltig. Überall im Westen wurde das Eingehen Warschaus auf die westliche Kritik an seinem Vorschlag als Zeichen der ernsten polnischen Absichten anerkannt und begrüßt. Das Gespräch über den Rapacki-Plan ging weiter. Daraufhin ersann die Bundesregierung neue Argumente, die diesen für ihre Atomwaffen-Politik gefährlichen Plan endgültig torpedieren könnten. Sie konstruierte das seither immer neu beschworene Junktim zwischen Abrüstung und deutscher Wiedervereinigung, das unter den heutigen politischen Umständen jede Abrüstung und Entspannung verhindert. Anders gesagt: Bonn drohte offen mit den deutschen Atomwaffen. Es lehnte rundweg jede Teil-Initiative ab, die der Entspannung und Abrüstung dienen könnte. Und es blockierte damit bewußt alle Schritte zu einer langsamen politischen und psychologischen Entschärfung des weltpolitischen Konfliktes. Ganz offensichtlich kann das Gespräch über die deutsche Wiedervereinigung nur am Ende eines solchen Prozesses stehen. Die Bundesregierung aber tat alles, um alle diese Voraussetzungen der Wiedervereinigung unmöglich zu machen, indem sie das „Alles oder Nichts" proklamierte, und zwar nunmehr Polen gegenüber ebenso, wie schon seit langem gegenüber der Sowjetunion. Dem realistischen polnischen Minimal-Programm, das von einem gemeinsamen Interesse aller präsumptiven Partner eines Abkommens über eine atomwaffenfreie Zone ausging, setzte die Bundesregierung ein utopisches deutsches Maximalprogramm entgegen, das jene gemeinsamen Interessen spezifisch deutschen Problemen unterordnete. Selbstverständlich ist diese Koppelung von Atom-Rüstungs-Stop und deutscher Wiedervereinigung für Polen und die Tschechoslowakei nicht akzeptabel. Und Bonn wußte das natürlich vorher, so daß nur der Schluß bleibt, es habe mit seinem Junktim überhaupt nur destruktiv wirken und die atomwaffenfreie Zone um jeden Preis verhindern wollen. Während Warschau vorschlug, um der Entspannung willen auf Atomwaffen zu verzichten, war es das Bonner Konzept, um der deutschen Atomwaffen willen die Entspannung zu torpedieren. Der polnische Sicherheitswunsch wurde einfach ignoriert. Dasselbe Fait accompli, das Polen fürchtete, weil es die weltpolitische Lage und die besondere Lage Polens erneut unabsehbar verschärfen mußte, wurde von der Bundesregierung angestrebt.

Man blieb aber in Bonn nicht nur bei der These, die polnische Initiative fördere die Wiedervereinigung nicht. Und man beschränkte sich nicht allein darauf, den Rapacki-Plan demonstrativ zu verwerfen und seine Intentionen ebenso zu verschweigen wie die Tatsache, daß die polnische Regierung ihn immer wieder als bloßen Ausgangspunkt von Gesprächen über die atomwaffenfreie Zone erklärt hatte. Der Bundeskanzler krönte die rücksichtslose deutsche Desavouierung dieser ernsthaften und selbständigen polnischen außenpolitischen Initiative, indem er diese offen denunzierte. In seiner Rundfunkrede im Anschluß an die für ihn so peinlich ausgegangene Bundestagsdebatte vom 23. Januar erklärte Dr. Adenauer rundweg, was bis dahin noch kein einziger kritischer Kommentator des polnischen Vorschlages zu behaupten gewagt hatte: „Die

sowjetrussische Regierung hat Polen dazu veranlaßt, den Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone zu machen ... Die Schaffung dieser Zone würde das Ende der Nato und damit das Ende der Freiheit Europas und auch das Ende unserer Freiheit bedeuten ..." Das sollte nunmehr das Alibi für die geplante Forcierung der westdeutschen Aufrüstung sein. Zahlreiche westliche Politiker und Publizisten zeigten sich nicht wenig erstaunt über die unglaublich entstellenden Behauptungen des Kanzlers und seine demagogische Identifizierung von europäischer Freiheit und Nato, von Nato und deutschen Atomwaffen und von deutschen Atomwaffen und deutscher Freiheit. Es störte Dr. Adenauer offensichtlich auch nicht, daß längst bekannt war, Polen habe erst in schwierigen Verhandlungen der Sowjetunion die Zustimmung zu ihrem Projekt abgerungen. In dem Augenblick, als alle bisherigen Argumente der Bundesregierung fadenscheinig geworden waren und die Regierungsfraktion im Bundestag eine vernichtende öffentliche Niederlage erlitten hatte, scheute sich der westdeutsche Regierungschef nicht, Warschau öffentlich zu unterstellen, es habe einfach einen „Auftrag Moskaus" ausgeführt. Die offene Fälschung politischer Zusammenhänge war die letzte Waffe der Bonner Rüstungspolitiker gegen den polnischen Plan. Sie zeigt die grenzenlose Rücksichtslosigkeit der westdeutschen Außenpolitik sowohl gegenüber der schwierigen außen- und innenpolitischen Situation der Regierung Gomulka wie gegenüber dem Sicherheits- und Friedensbedürfnis des ganzen polnischen Volkes und seinen verständlichen Befürchtungen angesichts einer neuen deutschen Großmacht-Politik. Auf derselben Linie der offenen Brüskierung Polens lag das Verhalten des Bundesverteidigungsministers. Dieser hatte in einer Anwandlung von konstruktiver außenpolitischer Phantasie oder um den Eindruck einer solchen zu erwecken, eine Erweiterung der atomwaffenfreien Zone nach Südosten gefordert, damit den polnischen Vorschlag selbst aber grundsätzlich als Ausgangspunkt anerkannt. Es folgte prompt das Zurückschwenken auf die offizielle Bonner Linie der absoluten Intransigenz allen Anregungen Rapackis gegenüber. Und während seines Aufenthaltes in den USA erklärte Strauss nach seinem Gespräch mit Staatssekretär Dulles in typisch Bonner Übermut zynisch, er habe mit Mr. Dulles über alles gesprochen — nur über den Rapacki-Plan nicht! Bonn ließ es also je länger desto weniger an starken Tönen fehlen und erteilte Polen eine Lektion über seinen Begriff von Politik und Diplomatie.

Das unverhohlene absolute Nein der Bundesregierung gegenüber dem Vorschlag der atomwaffenfreien Zone und der klar erkennbare Drang zur Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen hinterließen in Polen einen starken, man darf sagen für Deutschland vernichtenden Eindruck. Der Regierung in Warschau aber ging es in dieser ernsten Situation nicht um Propaganda, sondern um Politik. Nachdem sie ihr Einverständnis mit einer Kontrolle der atomwaffenfreien Zone erklärt hatte, wandte sie sich am 14. Februar durch schwedische Vermittlung mit einem Memorandum an die Bundesregierung, in dem sie dieser zweiseitige konsultative Gespräche über das Thema eines Atom-Rüstungs-Stops in Mitteleuropa vorschlug. Ferner ließ Warschau abermals offiziell verlauten, es wolle alle seine Vorschläge, auch in der modifizierten Form, keineswegs als unbedingt bindend verstanden wissen, sondern sei zu einer Erörterung aller umstrittenen Probleme im Zusammenhang des Rapacki-Planes bereit (vgl. den Eigenbericht der „Frankfurter Allgemeinen" aus Warschau vom 19. 2.). In einem Interview mit der „Times" (18. Februar) erläuterte Parteisekretär Gomulka das polnische Interesse am Plan der atomwaffenfreien Zone und den Standpunkt seiner Regierung zum Problem der deutschen Wiederver-

einigung. Er forderte eine bedingte militärpolitische Entspannung gerade als Voraussetzung der deutschen Wiedervereinigung, die überdies nur durch Vereinbarungen zwischen den beiden deutschen Staaten zustandegekommen, nicht aber durch deutsche Atomwaffen erpreßt werden könne. Die Durchführung des Rapacki-Planes werde selbstverständlich die Wiedervereinigung nicht unmittelbar herbeiführen, sie aber wesentlich erleichtern. Während die polnische Regierung auf diese Weise weiter bemüht war, den Sinn ihres Vorschlages zu erklären und für dessen Diskussion zu werben, gingen in Bonn die Vorbereitungen für die Atomrüstung weiter. Am. 20. März erklärte das polnische Außenministerium sein Befremden darüber, daß Bonn auf das Memorandum vom 14. Februar in der Sache noch immer nicht ernsthaft geantwortet habe. Warschau warnte noch einmal: „Man sollte annehmen, daß bis zur Aufnahme von Gesprächen über die Abschaffung von Atomrüstungen in der vorgeschlagenen Zone die interessierten Staaten keine Schritte unternehmen, die diese Gespräche erschweren würden. Der Beginn der Verwirklichung eines Programms zur Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen ist ein Versuch, vollendete Tatsachen zu schaffen." (DPA aus Warschau, 20. März) Und die Tageszeitung der Vereinigten Arbeiterpartei, Tribuna Ludu, gab am 21. März zu verstehen, daß man nunmehr in Warschau eingesehen hatte, alle polnischen Bemühungen um den Atomrüstungs-Stop seien angesichts des ungehemmten deutschen Dranges zu den Kernwaffen vergeblich. Das Blatt kommentierte in diesem Zusammenhang auch die in Polen überall als verletzend empfundene, symptomatische Aufnahme von Dr. Adenauer und Bundesverteidigungsminister Strauss in den „Deutschen Ritterorden": „Für Leute, die den Sinn ihres Lebens in der Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomraketen und ihre höchste Ehre im Beitritt zum Deutschritterorden sehen, muß eine atomwaffenfreie Zone in der Tat ein Unsinn sein, weil sie ihre Pläne bedroht." Die Korrespondenten der großen deutschen Zeitungen in Warschau wußten übereinstimmend zu berichten, daß die eindeutigen Absichten Bonns nicht etwa nur in Regierungs- und Parteikreisen, sondern in weiten Schichten der polnischen Bevölkerung, gleich welcher politischen Gesinnung, Befremden und Unruhe hervorgerufen hatten. Die nationalpolitische Einmütigkeit ganz Polens in dieser Frage war so offensichtlich wie das spezifisch polnische Interesse, dem der Rapacki-Plan hatte Rechnung tragen sollen. Man begann sich angesichts der deutschen großen Worte und schwerwiegenden Taten mehr denn je der Vergangenheit zu erinnern. Der Besuch von Professor Carlo Schmid in Polen im Februar hatte dort den Eindruck hinterlassen, daß es in Westdeutschland doch auch Kreise gibt, die sich der Hypotheken auf dem deutsch-polnischen Verhältnis bewußt und bereit sind, im Geiste der Aufrichtigkeit, der Besonnenheit und des Vertrauens den verständlichen polnischen Besorgnissen gegenüber einem neuen deutschen Drang nach Osten Rechnung zu tragen. Der Bonner Mehrheitsbeschluß Ende März belehrte Polen darüber, daß diese gutwilligbesonnenen deutschen Kreise weiterhin parlamentarisch in der Minderheit sind und die Regierung sich nicht scheut, über alle Bedenken der Opposition und den Widerwillen in weiten Schichten der Bevölkerung sich hinwegzusetzen. Bereits am 24. März meldete der Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen," es herrsche in Polen „tiefe Resignation". Man habe dort den Eindruck, das deutsche Drängen auf vollendete Tatsachen mache nun alle weiteren polnischen Alternativ-Vorschläge zum Rapacki-Plan sinnlos: „Polen steht nun unter dem Alpdruck des Ausbaues sowjetischer Atombasen und einer eigenen Atombewaffnung." Ebenfalls von weit verbreiteter Resignation und bitteren Gefühlen gegenüber der Bundesrepublik berichtete der Korrespondent der „Welt" am 25. März. Den traditionell antideutschen nationalistischen Kreisen in Polen habe

der Bonner Mehrheitsbeschluß psychologisch Auftrieb gegeben. Das überrascht nicht, disponiert doch das jetzt eingeleitete Avancement der Bundesrepublik zur Atom-Macht diese dazu, die Nachfolge des alten machtpolitischen deutschen Nationalismus und seiner imperialistischen Bestrebungen anzutreten, deren Opfer gerade die osteuropäischen Völker gewesen sind. Selbst in der westdeutschen Öffentlichkeit mehrten sich die warnenden Stimmen. Einige der angesehensten unabhängigen Blätter gaben ihrer großen Besorgnis über die folgenschwere neue Belastung des deutsch-polnischen Verhältnisses Ausdruck und zeigten Verständnis für die Situation Polens im Angesicht deutscher Atomwaffen. Selbst die regierungsfreundliche „Frankfurter Allgemeine" beschwor Bonn, sich der Tragweite seines Fait accompli bewußt zu sein und alles zu tun, um eine weitere Verschärfung der deutsch-polnischen Beziehungen zu verhindern. Das Blatt empfahl dringend die von der Bundesregierung bisher immer wieder hintertriebene Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Warschau („Frankfurter Allgemeine" vom 31. 3., vgl. ferner die Leitartikel der „Süddeutschen Zeitung" und der „Frankfurter Rundschau" vom 26. 3.). Alle diese Stimmen der Vernunft zeigen, daß die Bundesregierung mit ihrer maßlosen und radikalen Atomrüstungspolitik, die zugleich eine spezifisch antipolnische Politik (und zwar, wie hier gezeigt wurde, in der Sache wie in der Form) ist, in Westdeutschland große Unruhe hervorgerufen hat. Doch bleiben die Proteste und Warnungen vorerst nur ein psychologisches Faktum post festum und können darum die polnischen Befürchtungen kaum abschwächen. Daß man in Warschau die Bonner Lektion verstanden hatte, zeigte ein Kommentar der „Tribuna Ludu" vom 24. März, der die Auffassung des ganzen polnischen Volkes wiedergeben dürfte: „Der Beschluß, die Bundeswehr mit atomaren Waffen auszurüsten, wird in einem Augenblick gefaßt, in dem die Diskussion über den Plan, in Europa eine atomwaffenfreie Zone zu schaffen, noch andauert, der so viele Hoffnungen in der Welt erweckt hat. Es ist die Antwort, vollendete Tatsachen zu schaffen, wie das in der Geschichte des deutschen Imperialismus schon so häufig der Fall war." Selbst in westlichen Kreisen hatte das ungestüme Drängen des Kanzlers Erstaunen hervorgerufen. In Polen mußte es Empörung erwecken. Ganz offensichtlich war gerade die polnische Rapacki-Plan-Initiative für die Bundesregierung nicht etwa ein Anlaß, ihre folgenschwere Entscheidung zugunsten von Verhandlungen zurückzustellen, sondern ein Antrieb auf dem Wege zum Fait accompli. Denn Bonn fürchtete den Rapacki-Plan und mußte ihn fürchten, weil er realistisch und konkret war und überall als diskussionswürdiger Vorschlag Anerkennung gefunden hatte. Fast konnte man den Eindruck haben, Bonn wolle um jeden Preis Polen unter Druck setzen und scheue vor keiner militärpolitischen Aktion zurück, die gerade das deutsch-polnische Verhältnis belasten mußte. Bald nach seiner Rückkehr aus den USA leitete Bundesverteidigungsminister Strauss den inzwischen beschlossenen Ankauf von Matador-Raketen in den USA ein. Das tat ein übriges, Polen zu schockieren. Die angesehene britische Sonntagszeitung „Observer" nannte diesen Beschluß militärisch sinnlos, politisch-psychologisch dafür besonders unklug: „Das Matadorgeschoß hat nur sehr begrenzten Aktionsradius und kann nur Ziele in Polen erreichen. Auf diese Weise trägt es dazu bei, Polens Wunsch im Keime zu ersticken, eine gelöstere Position im Ost-West-Kampf zu erwerben." (23. 3. 58.)

Die Reaktionen der Bundesregierung auf die polnischen Vorschläge und Warnungen im Zusammenhang der Diskussion über den Rapacki-Plan sind ein exemplarisches Kapitel der Bonner Politik des Kalten Krieges. Nicht allein, daß die Bundesregierung diesen Plan zurückgewiesen, sondern wie sie ihn desavou-

iert hat, demonstriert unmißverständlich die Grundkonzeption dieser Regierung: Aufrüstung um jeden Preis, Verhinderung von Abrüstung und Entspannung um jeden Preis. Die doppelte Chance, das deutsch-polnische Verhältnis durch eine loyale Diskussion der Rapacki-Initiative zu verbessern und gleichzeitig die weltpolitische Entspannung durch einen eigenen Beitrag und eine Demonstration deutschen guten Willens zu fördern, wurde ausgeschlagen. Die Bundesregierung tat im Gegenteil von Anfang an alles, Polen zu brüskieren und damit das verständliche polnische Mißtrauen gegen jede deutsche Machtpolitik und die polnischen Befürchtungen im Hinblick auf einen Atomkrieg zu erhöhen. Und sie lieferte de facto Polen nunmehr dem Schicksal aus, selbst Atom-Macht im Rahmen des Ostblocks werden zu müssen. Während die in Bonn als „Satellit" denunzierte polnische Regierung ihren unmißverständlichen Willen zu erkennen gab, auf solche Waffen zu verzichten, und während sie auf der Basis ihrer Mitgliedschaft im Warschauer Pakt eine aktive Entspannungspolitik einleitete — bewährte sich die Bundesregierung abermals als eifrigster Vorkämpfer der Dulles-Linie, als eilfertiger amerikanischer Festlanddegen (Strauss: die USA setzen „grenzenlose Hoffnungen" auf die Bundesrepublik) und damit als die treibende Kraft innerhalb der Nato bei der Blockierung von Abrüstungsverhandlungen. Mit den deutschen Atomwaffen wird die Nato, ungeachtet aller Beteuerungen, zu einer Bedrohung für den Frieden, weil diese deutsche Atom-Macht in den Händen der antikommunistischen Kreuzritter ist, für die ungeachtet aller Weltkriegsgefahr die Vernichtung des kommunistischen und sozialistischen Gesellschaftssystems das einzige Ziel ihrer Machtpolitik ist. In den Rahmen dieser Politik gehört die Bonner Kampagne gegen den Rapacki-Plan und für deutsche Atomwaffen.

### Die „Befreiungs-Politik"

Die Frage liegt nahe, worauf denn nun eigentlich die westdeutsche Polen-Politik abziele, sofern von einer solchen überhaupt gesprochen werden kann. Angesichts der Tatsache, daß Polen das erste Opfer des Hitler-Krieges und der anti-slawischen deutschen Ausrottungspolitik gewesen, das deutsch-polnische Verhältnis also wie kein zweites vor-belastet ist, wird die polnische Haltung gegenüber Westdeutschland so verständlich, wie die wiederholte Brüskierung Polens durch Bonn unbegreiflich. Offensichtlich aber handelt es sich dabei keineswegs nur um einzelne westdeutsche Ungeschicklichkeiten, sondern um konsequente Methode. Die Antwort auf unsere Frage nach dem wahren Ziel der deutschen Polen-Politik hat der Bundeskanzler selbst gegeben. Angesichts der absolut negativen Haltung Bonns in der Frage der diplomatischen Beziehungen und der destruktiven Taktik gegenüber der Diskussion des Rapacki-Plans fragte die Opposition in der denkwürdigen Debatte vom 23. Januar Dr. Adenauer, ob es denn nicht irgendein gemeinsames Interesse zwischen Deutschland und Polen gebe. Der Kanzler erwiderte, die gemeinsamen Interessen beider Länder richteten sich „doch nur auf die Zurückdrängung des Kommunismus". Diese Erklärung ist verblüffend offenherzig und macht die Ambitionen jener deutschen Politik der Stärke besonders deutlich, von der sich gerade Polen in diesem Augenblick akut bedroht fühlt. Für Bonn gibt es zwischen Deutschland und Polen nicht das primäre gemeinsame Interesse der Verhinderung eines Atomkrieges und der beiderseitigen Förderung der Entspannung zwischen Ost und West — sondern nur das einer imaginären „Neuordnung des Ostraumes", wie sie, ebenfalls unter anti-kommunistischen Vorzeichen, bereits Hitler zum Programm der deutschen Machtpolitik erklärt hatte. Für Bonn ist das heutige

Polen nichts als ein „Satellitenstaat", den „befreien" zu wollen man vorgibt. Die erwähnte Äußerung Dr. Adenauers steht nicht allein. In der Neuen Zürcher Zeitung, die wie kaum ein zweites namhaftes westliches Blatt das Sprachrohr der Dulles- und Adenauer-Politik ist, und demgemäß jedes Bemühen um Entspannung und Abrüstung eifervoll als „Verrat am Westen" deklariert, hat am 7. Dezember 1957 Salvador de Madariaga (der kurz vor dem 15. 9. 1957 Adenauer als den „größten Staatsmann des Westens" den Deutschen anempfohlen hatte) die Politik der intensiven Aufrüstung und des Dranges nach Osten für die „einzig realistische" Politik des Westens erklärt: „Jede Politik des Westens, die nicht darauf aus ist, die Kommunistische Partei allmählich aus ihren Vorposten in Europa und schließlich aus Moskau zu vertreiben, ist schon im Voraus zum Scheitern verurteilt." Das läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Daß jede Politik, die sich dieses Ziel setzt, im Zeitalter der Vernichtungswaffen unweigerlich die Katastrophe eines dritten Weltkrieges heraufbeschwören muß, daß sie eine Absage an alle Diplomatie ist und die Ausschließlichkeit der Rüstung postuliert, hat Madariaga wohlweislich verschwiegen. Es liegt seiner These derselbe vermessene weltpolitische Manichäismus zugrunde, dem auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Jaeger Ausdruck gegeben hat, als er am 21. März in der außenpolitischen Debatte mit Emphase behauptete, man könne doch nicht moralisch die USA und die UdSSR auf eine Ebene stellen, die Menschen im Kreml seien „völlig unberechenbar, moralischen Kategorien nicht zugänglich". Diese Irrationalisierung des mitentscheidenden außenpolitischen Verhandlungspartners und Nachbarn Deutschlands dient dazu, zu suggerieren, irgendeine politische Verständigung mit diesem Nachbarn ebenso wie mit dem kommunistischen Gesellschaftssystem sei unmöglich. Wiederum in der Neuen Zürcher Zeitung erklärte de Madariaga am 4. April 1958 abermals: „Zwischen der kommunistischen und der freien Welt besteht eine ständige Spannung. Sie ließe sich nur lösen, wenn es gelänge, die Kommunistische Partei aus der Machtposition zu verdrängen, die sie zum Herrscher über Rußland und seine Bevölkerung macht ... Jeder westliche Politiker, der über eine Verminderung der Spannung spricht, spielt also — bewußt oder unbewußt — das Spiel unserer Feinde".

Hier wird offenbar, zu welch totalitärer Praxis das Kreuzzugsdenken innerhalb der westlichen „freien" Welt führen muß. Jeder westliche Politiker oder Publizist, der eine Verminderung der weltpolitischen Spannung und nicht die „Vernichtung des Kommunismus" anstrebt, weil eine solche Politik unweigerlich zur Weltkatastrophe führen würde, ist ein „Helfershelfer" des „Feindes". Derselbe Madariaga hatte in einem Artikel wenige Wochen zuvor auf die besonderen Aufgaben der Bundesrepublik in diesem Programm der Dulles-Politik hingewiesen. Deren Ambitionen aber haben durch die Atomwaffen-Entschließung neuen Auftrieb erhalten.

Es ist ein Zeichen für die Verblendung der Bonner Regierung, daß sie ausgerechnet Polen gegenüber diese ihre Fernziele proklamiert und ausgerechnet der Bundesrepublik Deutschland die Rolle des „Befreiers" auferlegt. Denn gerade Polen hat sich ja seit dem Oktober 1956 auf der Basis des Sozialismus und im Rahmen des Ostblocks durch eine kluge und maßvolle Politik ein beträchtliches Maß von innen- und außenpolitischer Selbständigkeit erkämpft. Und das polnische Volk dürfte nur ein einziges Interesse haben: nämlich, daß der Prozeß der wirtschaftlichen Gesundung und des gesellschaftlichen Fortschritts nicht durch politische oder gar militärische Eingriffe von außen gestört werde. Das Beispiel Polen ist im Westen weithin verstanden worden. Es zeigt, wie vermessen und unsinnig alle westlichen Spekulationen auf einen „Zusam-

menbruch des Kommunismus" sind. Gleichzeitig demonstriert es aber auch, welche Möglichkeiten einer Liberalisierung des Kommunismus selbst sich ergeben, wenn jede abenteuerliche „Alles-oder-Nichts"-Politik vermieden wird. Aber nicht nur hat Polen gar kein Interesse, von außen „befreit" zu werden, schon darum, weil das nur auf dem Wege über kriegerische Unternehmungen katastrophalen Ausmaßes denkbar wäre. Es hat ebensowenig ein Interesse daran, westliches Vorfeld für einen Angriff auf die Sowjetunion zu werden und das loyale Verhältnis zu dieser durch irgendwelche Spekulationen solcher Art zu trüben. Vollends aber muß Polen es als befremdend empfinden, daß ausgerechnet die militanten Nachfahren Hitlers die Rolle des „Befreiers" usurpieren. Solche Ambitionen werden in Polen nur den verständlichen Verdacht erwecken, es verstecke sich hinter dem Gerede von der „Zurückdrängung des Kommunismus" nichts als der alte deutsche Imperialismus, nunmehr mit dem Nato-Alibi. Jedenfalls kann das geringste Anzeichen einer derart vermessenen deutschen Polen-Politik nur die Wirkung haben, Polen noch enger an die Sowjetunion zu binden, weil diese als einzige Weltmacht im Augenblick politisch und militärisch die territoriale und staatliche Integrität Polens garantiert.

Nicht grundlos lehnt Moskau es immer wieder ab, den Status der osteuropäischen Staaten auf der geplanten Gipfelkonferenz zur Diskussion zu stellen und diese Frage wie die der deutschen Wiedervereinigung mit dem Problem der Abrüstung unmittelbar zu verbinden. Dieses Junktim wird die Sowjetunion sich desto weniger aufdrängen lassen, je offensichtlicher das „Neuordnungs"- und „Zurückdrängungs"-Denken jenes amerikanische Begehren bestimmt und die westdeutsche Politik leitet. Das heißt, solange Bonn auf seiner absoluten Intransigenz gegenüber Verhandlungen mit der Deutschen Demokratischen Republik verharrt und solange es Vorschläge wie den Rapacki-Plan brüsk ablehnt und denunziert, wird die weltpolitische Spannung in Europa nur zunehmen und die deutsche Wiedervereinigung immer unwahrscheinlicher werden. Das ist die ganz elementare außenpolitische Logik dieser Monate. Es ist nun auffallend, daß in demselben Augenblick, da in Bonn der Griff nach den Atomwaffen vorbereitet wird, auch das Bemühen um eine straffe Sprachregelung im Sinne der Kreuzzugspolitik gen Osten festzustellen ist. In dem bekanntlich dem Bundeskanzler besonders nahestehenden Rheinischen Merkur forderte am 23. März Dr. Anton B ö h m eine „offensivere Politik" der CDU: „Zur Entschlossenheit in der Sache muß sich eine klare, selbstgeschaffene Sprache gesellen. Die Terminologie des Gegners anzunehmen, ist schon die halbe Niederlage. Ein Beispiel dafür bietet der Ausdruck ‚Wiedervereinigung'; daß man ihn akzeptiert und nicht durch Befreiung oder Anschluß ersetzt hat, mußte Vorstellungen wie ‚Provisorium Bundesrepublik' oder ‚zwei deutsche Staaten' den Weg frei machen und es disponiert heute dazu, auf die Föderationsstrategie des Kreml und Ost-Berlins einzugehen." Deutlich ist die Besorgnis, die die Verfechter des antikommunistischen Maximal-Programms angesichts der zunehmenden Diskussion über Abrüstung und Entspannung befallen hat. Dem klerikalen Imperialismus des Rheinischen Merkur assistierte wiederum ausgerechnet das Orakel des internationalen Liberalismus, ein Zeichen dafür, welch ungleiche Partner sich im Kreuzzugswahn zusammengefunden haben. Madariaga erklärte in dem schon zitierten Artikel der Neuen Zürcher Zeitung vom 4. April: „Gibt es noch Deutsche, die nicht erkennen, daß es ein Problem der deutschen Wiedervereinigung nicht gibt, sondern nur ein Problem der Befreiung der Ostzone?" Solche Formulierungen gerade im Augenblick des internationalen Abrüstungsgesprächs und der deutschen Aufrüstung machen die besondere Funktion dieser

deutschen Atombewaffnung offenbar und zeigen das Bemühen, mit ihr eine ideologische Aufrüstung zu verbinden, die jede friedliche Lösung der weltpolitischen, der europäischen und der deutschen Probleme verhindern muß. Man versuche nur einmal zu bedenken, welchen Eindruck in Polen diese ideologischen Fanfaren, die die ohnehin schon für Polen unabsehbare folgenschwere deutsche Atomrüstung begleiten, machen müssen. Man hat in Warschau allen Grund, den latenten deutschen Revisionismus zu fürchten. Und man sieht nun, daß diesem Revisionismus Vernichtungswaffen in die Hand gegeben werden, die sein Selbstbewußtsein immer höher treiben. Es erstaunt denn auch nicht, was der Korrespondent der Welt am 26. März aus Warschau meldete: man befürchte nun dort nach dem Atomwaffen-Fait accompli in Bonn, daß „trotz aller gegenteiligen Versicherungen die Bundesregierung eines Tages versucht sein könnte, die Frage der deutschen Wiedervereinigung und der deutschen Ostgrenze von einer Position der Stärke aus lösen zu wollen". Diese Befürchtungen sind, das muß im deutschen wie im polnischen Friedensinteresse gesagt werden, nicht grundlos. Und die Haltung der polnischen Regierung ist verständlich, die es ablehnt, eine deutsche Wiedervereinigung zu befürworten, der nicht Abrüstungsvereinbarungen vorausgegangen sind. Kein osteuropäischer Staat wird daran denken, unter dem Druck deutscher Atomwaffen und angesichts westdeutsch-abendländischer Kreuzzugsabsichten für eine Wiedervereinigung unter einseitig westdeutschen Vorzeichen einzutreten. Denn wer garantiert diesen Staaten, daß der abendländisch-deutsche Drang nach Osten nicht einen Weltkrieg heraufbeschwören und daß er an der deutschen Grenze halt machen würde?

### Oder-Neiße-Linie und Wiedervereinigung

Genau wie die Sowjetunion hat auch Polen seine Erfahrungen mit einer militanten anti-kommunistischen deutschen Großmacht gemacht. Und welche internen Differenzen immer zwischen diesen beiden osteuropäischen Staaten bestehen mögen, das gemeinsame Sicherheits-Interesse gegenüber Deutschland verbindet sie. Die Identität der sowjetischen und der polnischen Haltung gegenüber dem Problem der deutschen Wiedervereinigung ist nur logisch. Man darf sogar sagen, daß Polen aus zwei Gründen noch ein besonderes Sicherheitsinteresse hat. Einmal, weil es bevölkerungsmäßig und militärisch einem wiedervereinigten Deutschland unterlegen wäre. Und zum anderen, weil das Problem der deutsch-polnischen Grenze bis heute ein ernster Differenzpunkt zwischen Polen und der Bundesrepublik ist. Die Oder-Neiße-Linie, die auf der Konferenz von Potsdam als provisorische polnische Staatssgrenze festgelegt wurde, ist das Ergebnis der deutschen Polen-Politik unter Hitler, genauso wie die Vertreibung von Millionen Deutscher aus den früher deutschen Ostgebieten. Es ist unpopulär, aber notwendig, in Westdeutschland an diesen Zusammenhang zu erinnern. Und es muß ferner in Rechnung gestellt werden, daß die deutschen Ostgebiete, die unter polnische Verwaltung gestellt wurden, für Polen eine Kompensation für die territorialen Veränderungen an seiner eigenen Ostgrenze darstellen sollten. Dementsprechend sind bekanntlich zahlreiche frühere Einwohner der an die Sowjetunion gefallenen Gebiete im Osten Polens unter großen Anstrengungen in die neu-polnischen Gebiete umgesiedelt worden. Die polnische Regierung hat am 12. Januar 1949 die Oder-Neiße-Linie zur definitiven polnischen Staatsgrenze erklärt und es seither immer wieder abgelehnt, diese Grenze erst noch zum Diskussionsgegenstand zu machen. Von besonderer Bedeutung ist aber, daß die Regierung der Ostzone, der Deutschen Demokratischen Republik, am 6. Juni 1950 diese neue polnische Staatsgrenze als „Friedensgrenze" anerkannt und damit die Entscheidung über die Grenzregelung zwischen sich und Polen präjudiziert hat.

Die DDR stellte sich dabei auf den Standpunkt, es sei unbedingt notwendig, daß zwischen Polen und Deutschland endlich vertrauensvolle Beziehungen sich entwickeln können. Und sie anerkannte darum die neue Grenze ausdrücklich als Ergebnis des Hitlerkrieges und schwor jedem Revisionismus ab. Hingegen stellte sich die Bundesregierung rein legalistisch auf den Standpunkt, die Frage der Grenze müsse dem Friedensvertrag vorbehalten bleiben. Sie vermochte es auch nicht, in der Bundesrepublik Verständnis für einen realistischen und vertrauenswürdigen deutschen Standpunkt in der Grenzfrage zu erwecken und auf diese Weise zumindest psychologisch die Voraussetzungen für ein befriedigendes deutsch-polnisches Verhältnis zu schaffen. Ganz im Gegenteil gab sie mehr als einmal zu dem Verdacht Anlaß, unter dem Druck jener latent revisionistischen Kräfte zu stehen, die sich vor allem aus den Funktionärskadern der Flüchtlingsorganisationen rekrutieren. Während die Mehrzahl der Ostflüchtlinge längst in die wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik eingegliedert sind, versuchen diese Kreise immer neu, die Grenzfrage zu einem national-politischen Tabu zu erklären. Sie sehen ihre einzige Daseinsberechtigung in der Propagierung dieser unnachgiebigen Haltung gegenüber Polen.

Es ist leicht einzusehen, daß für Polen das Problem der deutschen Wiedervereinigung schon darum ein heikles ist, weil der eine der beiden deutschen Teilstaaten diplomatische Beziehungen zu Warschau unterhält und die Oder-Neiße-Linie feierlich anerkannt, damit die Integrität des heutigen polnischen Staatsgebietes garantiert hat, während der andere deutsche Teilstaat sowohl in der Frage der diplomatischen Beziehungen wie in der Grenze eine für Polen schockierende Intransigenz zeigt. Unter diesen Umständen wäre es unsinnig von Warschau ein besonderes Interesse an einer deutschen Wiedervereinigung zu erwarten, die ohnehin von dem Polen gegenüber sehr abweisenden westdeutschen Teilstaat noch immer als „Befreiung" oder „Anschluß" deklariert wird.

Der Trend des deutschen Revisionismus ist unterirdisch längst stärker als ein oberflächlicher und argloser Blick erkennt. Dieser Trend ist darum so gefährlich, weil er eines Tages auf der Basis einer neuen deutschen Großmacht weite Schichten abermals zu einem nationalistischem Abenteuer mitzureißen droht. Es ist nahezu nichts an Aufklärung in dieser Frage geschehen und bis heute ist es in Westdeutschland fast unmöglich, das Problem der Oder-Neiße-Linie realistisch und verantwortungsbewußt auch nur zur Diskussion zu stellen, geschweige, die Proportionen dieses Problems vernünftig zu bestimmen. Allzu gern wird vergessen, daß der deutsche Angriff auf Polen und die Versklavung des polnischen Volkes der Ausgangspunkt dieser für Deutschland gewiß bitteren Entwicklung gewesen sind. Der Repräsentant des deutschen Ost-Revisionismus in der Öffentlichkeit ist ein Mann, dessen politische Vergangenheit ihn zu dieser Rolle geradezu prädestiniert. War schon das politische Hervortreten eines Professor Theodor Oberländer in der Flüchtlingspartei ein bedenkliches Symptom, so mußte die Berufung ausgerechnet dieses ehemaligen nationalsozialistischen Ost-Ideologen zum westdeutschen Flüchtlingsminister im In- und Ausland als eine einzige Provokation aller von Deutschland überfallenen Ostvölker verstanden werden. Ganz offensichtlich steht die Bundesregierung unter dem scharfen Druck der von Oberländer repräsentierten Kräfte, deren sie sich selbst wiederum als antikommunistischer Kader zu bedienen sucht. Die neuesten öffentlichen Erklärungen dieses westdeutschen Bundesministers haben denn auch durchaus gehalten, was die Vergangenheit des Mannes versprach. Im Anschluß an die Reise von Prof. Carlo Schmid nach Polen hat Oberländer (gemäß seiner „Richtigstellung" in der Frankfurter Allgemeinen vom 19. 3. 1958) erklärt: „Man

kann nicht diplomatische Beziehungen mit einem Land aufnehmen, von dem ein wesentliches Gebiet staatsrechtlich nach wie vor zu Deutschland in den Grenzen von 1937 gehört". Oberländer wandte sich gleichzeitig gegen die „hektische Verhandlungssucht unter dem Angebot von Vorleistungen". Und derselbe westdeutsche Minister proklamierte auf einer CDU-Versammlung in Münster ebenfalls im März 1958: „Unter einem Verzicht auf die deutschen Ostgebiete hat die CDU an einem Friedensvertrag für Deutschland kein Interesse". Diese Erklärungen folgten der unmißverständlichen Feststellung Gomulkas und Rapackis, Polen denke nicht daran, seine heutige Westgrenze in Frage stellen zu lassen. Herr Oberländer macht also die Rückgabe der Ostgebiete zur Vorbedingung diplomatischer Beziehungen und eines Friedensvertrages. Wiederum also deutsche Maximalforderungen als „Voraussetzung" einer Entspannung zwischen Deutschland und einem von Deutschland überfallenen und verwüsteten Land. Das Votum Oberländers wurde ergänzt durch den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der Deutschen Partei — also immerhin einer westdeutschen Regierungspartei — Schneider, der die Reise Carlo Schmids nach Polen zwar grundsätzlich akzeptierte, dann aber erklärte: „Allerdings gefällt es meinen Freunden nicht so sehr, daß Herr Professor Carlo Schmid dort vielleicht in etwas übertriebener Weise der Selbstbezichtigung gehuldigt hat ... Es steht fest, daß unser Schild, Gott sei es geklagt, nicht rein ist. Aber ich sage ihnen: kein Brite, kein Franzose und kein Amerikaner würde soweit gehen, wie Herr Schmid in Warschau gegangen ist. Es gibt auch noch eine nationale Würde. Fehler haben alle Nationen begangen und Schuld am letzten Krieg ist nicht allein Deutschland gewesen." Die Sprecher der Opposition haben Herrn Schneider mit Recht sofort entgegengehalten, daß es nicht um „Fehler", sondern um Verbrechen, nicht um „Selbstbezichtigung", sondern um Aufrichtigkeit gehe. Und sie haben betont, daß die „nationale Würde", wenn irgendwo, dann überhaupt nur noch auf der Seite solcher menschlicher und politischer Aufrichtigkeit sei. Die Äußerung Herbert Schneiders ist ein Zeichen der deutschen Vergeßlichkeit und des altdeutschen Nationalismus, der seine Stunde wieder näher rücken sieht. Oberländers und Schneiders Erklärungen fielen in dieselbe Zeit, in der die Bonner Kampagne gegen den Rapacki-Plan und für deutsche Atomwaffen ihren Höhepunkt erreicht hatte. Das Mißtrauen Polens konnte dadurch nur hochgetrieben werden, und es war folgerichtig, was Gomulka der Times erklärte: „Es gibt Leute, die nicht verbergen, daß sie Ansprüche auf unsere Westgebiete erheben. Im Hinblick auf diese Lage sind wir verpflichtet, die Wiedervereinigung Deutschlands sorgfältiger zu behandeln als westliche Länder". Das war an die Andresse der „Befreiungs- und Anschluß"-Politiker in Deutschland gerichtet.

Das Problem der Oder-Neiße-Linie ist für die Bundesrepublik ebenso wie für ein späteres Gesamtdeutschland ein bedeutsames nationalpolitisches Teilproblem. Ein vertrauensvolles deutsch-polnisches Verhältnis aber ist auf Grund der furchtbaren Hypothek der Vergangenheit für beide Länder ein staats- und nationalpolitisches Lebensproblem. Jede deutsche Politik, die das verkennt oder verwechselt, ist ein vermessener Rückfall in den gerade gegenüber Polen einst besonders brutalen deutschen Nationalismus. Eine Infragestellung der Oder-Neiße-Linie selbst bedeutet für Polen, daß das Problem seiner Ostgrenze ebenfalls wieder aufgerollt werden muß. Das aber würde für Polen eine neue und untragbare Belastung seines Verhältnisses zur Sowjetunion bedeuten und in Osteuropa eine gefährliche Unruhe schaffen. Schon aus diesem Grunde wird es die Aufgabe einer friedenswilligen und verantwortungs-, aber auch vergangenheitsbewußten deutschen Politik sein müssen, über das Problem der Oder-Neiße-

Linie im Sinne dieser übergeordneten Notwendigkeit eines Vertrauens zwischen Deutschland und Polen zu entscheiden. Für Polen ist heute die Oder-Neiße-Linie staatspolitisch lebenswichtig. Für beide deutsche Staaten aber ist eine Revision dieser Linie nicht lebenswichtig, höchstens wünschbar. Da aber dieser Wunsch auf jene polnischen staatspolitischen Gegebenheiten stößt, stellt sich die Frage, wieweit er überhaupt noch berechtigt ist im Rahmen des friedlichen Zusammenlebens der europäischen Völker. Jedenfalls wird auf lange Sicht auch für Deutschland diese friedliche Ordnung wichtiger sein als irgendein territorialer Anspruch, der ein ewiger Unruheherd sein würde.

Das legalistische Verhalten der Bundesregierung in dieser Frage ist nur eine Ausflucht. Es soll dazu dienen, eine klare, wenn auch vielleicht schmerzliche Entscheidung zu vermeiden. Damit nährt es die Illusionen und Ambitionen der Revisionisten selbst und fördert zugleich das polnische Mißtrauen gegenüber Westdeutschland. Vollends aber legt es der polnischen Regierung nahe, in der Frage der deutschen Wiedervereinigung besonders zurückhaltend zu operieren und auch von dem Faktum der zwei deutschen Staaten nicht zu abstrahieren (wie es der längst ad absurdum geführte Wunsch Bonns ist), von denen der eine gerade in der Lebensfrage Polens im Sinne der Verständigung Stellung bezogen hat.

Die Bundesregierung hat immer wieder erklärt, wie stolz sie darauf sei, bei den ehemaligen Gegnern Deutschlands „Vertrauen" gefunden und das Verhältnis zu ihnen freundschaftlich gestaltet zu haben. Das bedrückende Kapitel „Polen-Politik" zeigt exemplarisch, womit dies Vertrauen der westlichen Mächte erkauft worden ist: mit einem ständig anwachsenden und nur allzu begründeten Mißtrauen bei den östlichen Völkern, die ihre Erfahrungen mit Deutschland von 1939 bis 1945 gemacht haben und ihr Überleben und vielleicht ihr bloßes Dasein allein dem Sieg der Alliierten verdanken. Gerade das von der Bundesrepublik angestrebte und nunmehr mit der Hypothek ihrer Atom-Waffen- und Zurückdrängungs-Ambitionen schwer belastete Nato-Bündnis ist der Anlaß jenes Mißtrauens und jener Unruhe. Für das Verhältnis Bonns zur Sowjetunion gilt dasselbe wie für seine Behandlung des Polen-Problems. Hier wie dort ist die Bundesregierung gerade in jüngster Zeit nicht als vermittelnder und maßvoller außenpolitischer Faktor in Erscheinung getreten, sondern hat alles getan, um Westdeutschland in die Rolle der alle Entspannungs- und Abrüstungs-Bemühungen von östlicher und westlicher Seite blockierenden Macht zu drängen. Es ist mehr denn je Sache der verantwortungsbewußten deutschen Öffentlichkeit, dieser de facto provokatorischen deutschen Ost-Politik um des Weltfriedens und der Verständigung zwischen allen europäischen Völkern willen Einhalt zu gebieten.

# *Dokumente zum Zeitgeschehen*

## Wortlaut des Beschlusses des Obersten Sowjets zur Einstellung der Atom- und Wasserstoffwaffenversuche

Die Frage der Einstellung der Atom- und Wasserstoffwaffenversuche nimmt mit jedem Jahr, mit jedem Monat immer größere Bedeutung für die Sache des Friedens und der Wohlfahrt der Völker an.

Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung des Erdballs fordert heute die Einstellung der Versuche. Obgleich die Völker seit vielen Jahren beharrlich für die Einstellung dieser Experimente eintreten, werden sie fortgesetzt. Dies führt zur Schaffung immer neuer Arten todbringender Kernwaffen, erhöht die Konzentration radioaktiver Elemente in der Luft und im Boden, vergiftet den Organismus der Menschen und gefährdet die normale Entwicklung der kommenden Generationen.

Die Sowjetunion hat beharrlich und konsequent Anstrengungen gemacht, um mit den über Atom- und Wasserstoffbomben verfügenden Mächten über die sofortige und vorbehaltlose Einstellung der Kernexperimente übereinzukommen. Der Oberste Sowjet der UdSSR und die Sowjetregierung haben in den letzten Jahren wiederholt zur Einstellung der Experimente konkrete Vorschläge gemacht, auf deren Grundlage eine Vereinbarung in dieser Frage seit langem hätte erreicht werden können.

In dem Appell an den Kongreß der Vereinigten Staaten von Amerika und an das Parlament Großbritanniens vom 10. Mai 1957 rief der Oberste Sowjet der UdSSR den USA-Kongreß und das Parlament Großbritanniens auf, zur Erzielung eines Abkommens zwischen den Regierungen der UdSSR, der USA und Großbritanniens über die sofortige Einstellung der Versuchsexplosionen von Atom- und Wasserstoffbomben beizutragen.

Auf seiner letzten Tagung im Dezember vorigen Jahres machte der Oberste Sowjet der UdSSR, entsprechend dem unbeugsamen Willen und dem einmütigen Streben des Sowjetvolks nach Frieden, den Vorschlag, die Sowjetunion, Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika sollten die Verpflichtung eingehen, ab 1. Januar 1958 alle Experimente mit Atom- und Wasserstoffwaffen einzustellen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien gingen jedoch auf alle diese Vorschläge der Sowjetunion nicht ein. Infolgedessen nehmen bald in dem einen, bald in dem anderen Teil des Erdballs Versuchsexplosionen von Atom- und Wasserstoffbomben ihren Fortgang, was von der weiteren Verstärkung des Wettrüstens in der Schaffung noch gefährlicherer Arten von Massenvernichtungswaffen zeugt.

Geleitet von dem Bestreben, einen praktischen Anfang zur allgemeinen Einstellung der Atom- und Wasserstoffwaffenversuche zu machen und so den ersten Schritt in der Richtung der endgültigen Befreiung der Menschheit von der Gefahr eines verheerenden Atomkriegs zu tun, beschließt der Oberste Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken:

1. In der Sowjetunion werden die Versuche mit allen Arten von Atom- und Wasserstoffwaffen eingestellt.

Der Oberste Sowjet der UdSSR erwartet, daß die Parlamente der anderen über Atom- und Wasserstoffwaffen verfügenden Staaten ihrerseits alles Erforderliche tun werden, damit die Versuchsexplosionen dieser Arten von Waffen auch in den betreffenden Ländern eingestellt werden.

2. Der Ministerrat der UdSSR wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zur Verwirklichung des Punktes 1 dieses Beschlusses zu ergreifen und an die Regierungen der anderen über Atom- und Wasserstoffwaffen verfügenden Staaten zu appellieren, ähnliche Maßnahmen zu treffen, um die Einstellung der Atom- und Wasserstoffwaffenversuche überall und für ewige Zeiten zu gewährleisten.

In dem Falle, daß die anderen über Atom- und Wasserstoffwaffen verfügenden Mächte die Experimente mit diesen Waffen fortsetzen, wird die Regierung der UdSSR im Hinblick darauf selbstverständlich Handlungsfreiheit in der Frage der Vornahme von Versuchen mit Atom- und Wasserstoffwaffen haben, wobei sie die Interessen der Sicherheit der Sowjetunion im Auge hat.

Der Oberste Sowjet der UdSSR hofft aufrichtig, daß die Initiative der Sowjetunion in der Einstellung der Kernwaffenexperimente von den Parlamenten der anderen Staaten gebührenderweise unterstützt werden wird.

Der Oberste Sowjet der UdSSR ist zutiefst überzeugt: Wenn als Antwort auf den Beschluß der Sowjetunion die anderen über Kernwaffen verfügenden Staaten ihrerseits gleichfalls die Experimente mit diesen Waffen einstellen, so wird damit ein wichtiger praktischer Schritt zur Festigung des Friedens und zur Stärkung der Sicherheit aller Völker gemacht werden. Dieser Schritt hätte zweifellos große Bedeutung für die Gesundung der ganzen internationalen Lage und würde zur Befreiung der Menschheit von der drückenden Sorge um das Geschick des Friedens, um die Geschicke der künftigen Menschengenerationen beitragen.

Kreml, den 31. März 1958

## Wortlaut des Aufrufs der 936 Hamburger Ärzte

„ . . . , drohen ihnen aber Fährnis und Schaden,
so werde ich sie davor zu bewahren suchen."
(aus dem hippokratischen Eid)

Angesichts der großen Gefahren, die der Menschheit durch die atomare Waffentechnik drohen, und im Hinblick auf die bevorstehende Entscheidung über die Stationierung von Atomwaffen in der Bundesrepublik erheben wir deutschen Ärzte unsere Stimme. Gebunden an den hippokratischen Eid, fühlen wir uns als Anwälte und Hüter des Lebens und der Gesundheit unserer Mitmenschen und deren Nachkommenschaft verpflichtet, die Aufmerksamkeit der verantwortlichen Politiker und der Öffentlichkeit auf die medizinischen Tatsachen und Probleme der Atomwaffen zu lenken.

Allen Verharmlosungsversuchen wehrend, ohne jedoch dramatisieren zu wollen, erklären wir hiermit in nüchterner Erkenntnis der medizinischen Sachlage und um der Wahrheit willen folgendes:

Schon die Anwendung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken führt möglicherweise zu radioaktiven Einwirkungen auf den menschlichen Körper und stellt damit den Arzt vor schwierige, noch nicht zu übersehende Probleme. Die Anwendung der Atomenergie zu militärischen Zwecken jedoch hat verheerende gesundheitliche Folgen.

Man muß vier Wirkungen unterscheiden:

1. Die Druckwellen der Explosion.
2. Die Hitze.
3. Die radioaktive Strahlung aus der Explosion und der aufsteigenden Wolke.
4. Die radioaktive Verseuchung aus dem radioaktiven Staubfall und Niederschlag nach der Explosion.

Wenn auch die beiden erstgenannten Wirkungen alle im letzten Krieg erlebten Explosionswirkungen um ein vielfaches übersteigen und deshalb schon Schrecken genug in sich bergen, so ist doch die Strahlenwirkung am gefährlichsten und nachhaltigsten; besonders darum, weil die durch sie verursachten Schäden zunächst unbemerkt bleiben.

Zu den Krankheiten, die allein durch die Strahlenwirkung erzeugt werden, gehören schwere Geschwulstbildungen an der Körperoberfläche, Leukämien und Knochenkrebs. Darüberhinaus entstehen aber durch die Einwirkung der Gammastrahlen auf die Fortpflanzungsorgane in ihrem Ausmaß heute noch nicht abzusehende Erbschäden, die erst an den Nachkommen offenbar werden.

Gegen alle diese Schäden und Krankheiten gibt es keine wirksame Hilfe, es gibt keine Erholung der betroffenen Gewebe und Organe; insbesondere ist die Rückbildung einmal eingetretener Erbschäden nicht möglich.

Das fürchterliche Ausmaß dieser Strahlenschäden wird an der Tatsache deutlich, daß noch im Jahre 1957 in Hiroshima 185 Opfer der 12 Jahre zuvor abgeworfenen Atombombe gestorben sind, — einer Bombe, die „nur" die Wirkung einer heutigen, sogenannten taktischen Atomwaffe besaß.

Entgegen allen irreführenden Verlautbarungen stellen wir weiter auf das nachdrücklichste fest:

Selbst bei Aufwendung größter finanzieller Mittel gibt es keinen wirksamen Schutz der Bevölkerung in einem Atomkrieg.

Es besteht Übereinstimmung darüber, daß jede, auch die kleinste Strahlungszunahme, die Aussicht auf Zunahme von Leukämien, Knochenkrebs und genetischen Schäden erhöht. Auch sehr schwache Strahlenwirkungen sind noch gefährlich, wenn sie entsprechend lange Zeit bestehen. Die Wirkungen summieren sich.

Aus diesen unbestreitbaren medizinischen Tatsachen ergeben sich in ärztlich-menschlicher Hinsicht zwingende Konsequenzen, die wir nachfolgend so zusammenfassen:

Wir erachten es als notwendig, die Versuchsexplosionen der Atomwaffen zu beenden, da die Versuche eine steigende Gefahr für geborenes und ungeborenes Leben bedeuten. Jegliche Verwendung von Atomwaffen verstößt gegen vitale Interessen der Bevölkerung und schließt schwere Gefahren für die biologische Substanz unseres Volkes und der gesamten Menschheit in sich. Wir können nicht umhin, weiter zu erklären, daß ein etwaiger politischer Nutzen durch die Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden in gar keinem Verhältnis zu der ernsten Bedrohung der Bevölkerung durch diese Massenvernichtungsmittel steht.

In Erkenntnis der medizinischen Tatsachen und Zusammenhänge und in tiefer Sorge um die uns als Ärzte anvertrauten Mitmenschen warnen wir deshalb die verantwortlichen Politiker auf des eindringlichste vor der Einführung atomarer Waffen in der Bundesrepublik.

## Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai 1958

Erfüllt von einer großen Sorge begehen wir den 1. Mai dieses Jahres. Wir stellen die Frage nach dem Sinn des Lebens, da die allgemeine Rüstung und die Gefahr der Aufrüstung mit Atomwaffen und Atombomben immer größer wird. Frieden und Existenz der Menschheit sind bedroht, wenn dem Wettrüsten, der Herstellung und Lagerung von Atomwaffen und Versuchen damit kein Ende gemacht wird.

Wir wissen uns einig mit unseren über sechs Millionen Gewerkschaftsmitgliedern und weiten Kreisen unseres Volkes, wenn wir von Bundestag und Bundesregierung verlangen, sich dem Wettrüsten in der ganzen Welt entgegenzustellen.

Frieden, Freiheit und Fortschritt sind große Ziele, für die es sich lohnt einzutreten. Darum haben die Besten aus unseren Reihen gekämpft, viele haben dafür ihr Leben gegeben.

25

Frieden, Freiheit und Fortschritt sind der Lohn und der Preis für das Bekenntnis, die Mitarbeit und die Hingabe an unsere gute Sache.

Frieden, Freiheit und Fortschritt, nicht nur für uns, sondern auch für unsere Brüder und Schwestern in Mittel- und Ostdeutschland und ihre alsbaldige Wiedervereinigung mit uns.

Frieden, Freiheit und Fortschritt für alle Menschen auf dem weiten Erdenrund durch solidarische Zusammenarbeit mit allen im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften zusammengeschlossenen Gewerkschaftsbünden.

Für unsere Tagesarbeit hat unser Aktionsprogramm seinen vollen Sinn behalten. Wir sind stolz darauf, daß es unseren gemeinsamen Anstrengungen gelungen ist, die Arbeitszeit für Millionen Arbeitnehmer weiter zu verkürzen, den Lebensstandard weiter anzuheben, die Sorgen der Rentner zu mindern und den Arbeitsschutz auszubauen.

Vor 25 Jahren wurden die Gewerkschaften von den Nationalsozialisten zerstört. Die Freiheit ging damit verloren, der Krieg kam über uns, und Deutschland wurde geteilt.

Baut Eure Gewerkschaften aus. Solange sie bestehen und Einfluß besitzen, könnt Ihr hoffen, daß der Friede gewahrt, die Freiheit gesichert und der Fortschritt möglich ist. Ihr, die Arbeiter, Angestellten und Beamten, müßt es wollen und gemeinsam mit Euren Gewerkschaften dafür kämpfen!

---

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 7. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,— DM zuzüglich 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr.
Druck: A. Oelschläger'sche Buchdruckerei, Calw